



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2016



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

„Marienborn oder die Vergänglichkeit der Grenzen“ – Festvortrag zum 20. Jahrestag der Eröffnung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 13. August 2016	
György Dalos	1
Aktion „Neues Leben“. Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR im Bezirk Magdeburg an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1961	
Rainer Potratz	10
„Ich hab mich immer als Zaungast des 20. Jahrhunderts gefühlt“ – Interview mit Achim Walther	
Susan Baumgartl	22
Überlegungen zur medialen Präsentation von Geschichte(n) am historischen Ort am Beispiel der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	
Ilona Wuschig	34
Die Lebensstationen des Oskar Brüsewitz von 1929–1964	
Alexander Richter-Kariger	46
Zugkontrolle und Hinterlandsicherung – Die Transportpolizei im Grenzbezirk Magdeburg	
Jana Birthelmer	53
„Du hast den Farbfilm vergessen!“ – Jugend in der DDR 1961 bis 1989	
Kerstin Dietzel	64
Bericht über die wissenschaftliche Tagung „Kein Krieg nirgends“ – Sowjetische Kriegsgefangene in Halberstadt und Umgebung am 25. Juni 2016 in der Hochschule Harz in Halberstadt	
Evelin Wittich	74

**„Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi
in Niedersachsen aufarbeiten“
Eine Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages**
Daniela Münkelt

77

Aus der Arbeit der Stiftung

**„Den Frieden selbst gestalten“.
Das Internationale Jugendcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
zu Gast in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen**
Andreas Froese-Karow

82

Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Tangermünde
Edda Ahrberg, Daniel Bohse

86



György Dalos

Marienborn oder die Vergänglichkeit der Grenzen

Festvortrag von György Dalos zum 20. Jahrestag der Eröffnung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 13. August 2016

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, sehr geehrter Herr, lieber Freund Roland Jahn! Meine Damen und Herren!

Es gibt keinen demokratischen Staat, der seinen Bürger so glücklich machen kann wie eine Diktatur, indem sie ihm durch einen Reisepass ermöglicht, das Land zu verlassen. Dieses Glück ist mir im Sommer 1976 zuteil geworden. Jahrelang davor stellte ich den Antrag für eine einmalige 30-tägige Reisegenehmigung hinter den Eisernen Vorhang als individueller Tourist und erhielt immer wieder die Ablehnung der Behörde mit der üblichen Begründung: „Ihre Ausreise verletzt das Interesse der Allgemeinheit“. Was immer man unter dem schwammigen Begriff „Allgemeinheit“ verstand, für mich war eines sicher: Meine Reisebeschränkung hing, ähnlich wie mein Berufs- und Publikationsverbot, mit meinem Status als Dissident zusammen. Allerdings unterzeichnete die

Volksrepublik Ungarn 1975 das Abkommen von Helsinki und bemühte sich, wenn nicht dem Text, dann wenigstens dem Geist dieser Vereinbarung gerecht zu werden, nicht zuletzt um mit Westkrediten den baufälligen Sozialismus aufzupäppeln. Ich gehörte sozusagen zu den Nutznießern dieser Taktik. Laut der neuen Passverordnung durfte ich zu meiner, jedes dritte Jahr genehmigten Westreise sogar 300 DM in der Ungarischen Nationalbank kaufen und die Fahrkarten in Forint erwerben. Um die Übernachtungen musste sich der gewöhnliche Reisende allerdings selber kümmern, meistens mithilfe von westlichen beziehungsweise im Westen lebenden ungarischen Freunden – Hotels kamen nicht in die Frage.

Über Europas Autoatlas gebeugt, plante ich wie ein Strategie die Fahrt. Da ich nicht sicher sein konnte, noch einmal eine derartige Gnade der Staatsmacht zu erhalten, versuchte ich, in den dreißig Tage möglichst viele Stationen unterzubringen. Schließlich entwarf ich mit einem Lineal und Rotstift die folgende Route: Budapest – Flughafen Schönefeld – West-Berlin – Dortmund – Düsseldorf – Köln – Brüssel – Paris – Köln – Frankfurt – Wien – Budapest. Mit ähnlicher Gründlichkeit parzellierte ich die zur Verfügung stehende Zeit auf: West-Berlin gewann eine ganze Woche, wobei ich auch meine Ost-Berliner Freunde mehrmals besuchen wollte. Fünf Tage widmete ich der Licherstadt Paris, zwei Tage Brüssel, wo ich bei einem ehemaligen Klassenkameraden, nun Handelsattaché, wohnen durfte. Die Nacht vor der Rückreise wollte ich in Wien verbringen, wo eine Großtante als Exilungarin lebte. Zum Erwerb der bundesdeutschen, belgischen und französischen Visa brauchte ich noch zweieinhalb Monate. Mein Reiseantritt fiel auf Sonntag, den 7. November 1976, den 59. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Am Vortag meiner Abreise hörte ich noch in unserer Wohnung, am Budapester Lenining, den Sender Freies Europa. Zwei Nachrichten fand ich besonders aufregend: Laut der ersten wurde der Dichter Reiner Kunze wegen der Veröffentlichung seines Buches „Die wunderbaren Jahre“ bei Suhrkamp aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen. Die andere Information betraf Wolf Biermann, dem die ostdeutschen Behörden erlaubt hatten, eine Einladung der Gewerkschaft IG-Metall zur Konzertreise wahrzunehmen. Kunze lernte ich ein paar Jahre davor bei einem Budapester Poesiefestival kennen, ich las seine Gedichte und vertraute ihm einige, im unbeholfenen Interlinear

übersetzte Texte an, die er auch bald ins Deutsch gebracht hat. Biermann hingegen war für mich nur eine heisere Stimme vom Tonbandgerät meiner Jenaer Freunde. Es war also ein Samstagnachmittag, als ich die aufregenden Nachrichten in Budapest hörte. Als ich am nächsten Montag entlang des Kurfürstendamms spazieren ging, entdeckte ich im Schaufenster eines Buchladens „Die wunderbaren Jahre“ von Reiner Kunze und begriff plötzlich die ganze Absurdität der Lage. Ein Buch, das in der von mir soeben verlassenem Welt als zu verfolgendes Delikt galt, ist hier einfach als kulturelle Ware in die Vitrine gestellt. Dabei trennten das eine Universum von dem anderen höchstens ein paar S- oder U-Bahnstationen sowie eine Mauer, immerhin mit Minenfeldern und Maschinengewehren ausgerüstet. Dass es eine Grenze zwischen den beiden politischen Kontinenten gab, akzeptierte man als Ostblockbürger fast wie etwas Naturgegebenes, aber ausgerechnet in Berlin schien die deutsche Spaltung unvorstellbar zu erscheinen.

In den nächsten Tagen überquerte ich die Grenze mehrmals und besuchte, wie geplant, Freunde aus der DDR. So saß ich in der mehr als puritanisch eingerichteten Wohnung von Thomas Brasch und Kathi Thalbach. Thomas' Büchlein „Vor den Vätern sterben die Söhne“ stand kurz vor dem Erscheinen bei dem West-Berliner Rotbuch-Verlag und er befürchtete mit Recht Retorsionen. „Wie ist West-Berlin?“, stellte er mir die Frage, denn er war noch nie in der anderen Hälfte der Stadt. „Schön“, antwortete ich, verblendet und betäubt von dem Lichtermeer und Konsum der westdeutschen Metropole. „Das wollte ich nur hören“, quittierte Brasch meine Zufriedenheit.

Laut offizieller ostdeutscher Auffassung galt West-Berlin als „kein Teil der Bundesrepublik“. In der Tat fühlte ich mich während der ersten Reiseweche wie auf einer exotischen Insel. Eindeutig angekommen war ich in der Bundesrepublik erst am nächsten Montag, als ich das Bahnhofsschild „Marienborn“ hinter mich gebracht hatte. An dem Abend befand ich mich bereits in Dortmund bei einem Freund und erfuhr aus der Tagesschau über Biermanns triumphales Konzert in Köln. Genau zwei Tage darauf erreichte mich die Nachricht über die Ausbürgerung des Liedermachers. Ich geriet in einen Zustand elementarer Empörung, der leider auch den weiteren Verlauf der Westreise beeinträchtigte. Mit meinem in Forint bezahlten Zugticket absolvierte ich die Route Brüssel-Paris, aber selbst den Louvre und die Notre Dame bewunderte ich dummerweise mit einem Auge, mit dem anderen ständig auf die Ereignisse in der DDR

schielend. Ich las in den Zeitungen, dass das infame Verfahren des Regimes gegen den Liedermacher einen überraschend heftigen Protest ausgelöst haben sollte, an dem auch meine Freunde – Brasch, Thalbach, Klaus Schlesinger, Bettina Wegner, Heiner Müller, Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn – beteiligt waren. Ich machte mir Sorgen und versuchte sie immer wieder telefonisch zu erreichen – ohne Erfolg. Der Kontakt war einfach unterbrochen.

Mein Rückweg führte über Köln, wo ich den Mitschnitt des Konzerts hörte und dank befreundeter Journalisten sogar bei der Pressekonferenz Biermanns anwesend sein konnte, bei der Heinrich Böll und Günther Wallraff mit im Podium saßen. Nach dem Abschluss drängelten die Neugierigen um den länglichen, mit Mikrofonen und Kabeln vollgespickten Tisch. Ich stand in zwei Meter Entfernung von dem Helden des Tages, hatte den heißen Wunsch, aber ehrlich gesagt, keinen Mut ihn anzusprechen. Einerseits konnte man kaum ausschließen, dass eines der zahllosen Mikrofone meine Stimme direkt an die Stasi weiterleiten würde, andererseits stellte ich mir die Frage: Wie komme ich, als völlig unbekannter osteuropäischer Autor dazu, mit Weltberühmtheiten zu plaudern? Das Erlebnis war ohnehin perfekt: Jemand hat hier meine damalige Utopie vertreten, einen Sozialismus ohne geographische, militärische und spirituelle Grenzen, in dem man frei lesen, schreiben und reisen kann. Als dann die dreißig staatlich genehmigte Tage vorbei waren, kehrte ich als braver Bürger, tief deprimiert nach Ungarn zurück. Im ersten Programm des Budapester Fernsehens lief der sowjetische Dokumentarfilm „Der Generalsekretär“ zum Anlass von Leonid Breschnews siebzigstem Geburtstag, im zweiten sendete man, vielleicht zum Trost, „Derrick“. Ich schaltete ab, lauschte lieber an meinem winzigen Transistorgerät deutsche Informationen und hörte kurz vor dem Einschlafen die Nachricht im Bayerischen Rundfunk, wonach der DDR-Autor Thomas Brasch und seine Frau, die Schauspielerin Katharina Thalbach nach West-Berlin ausgeist seien. In diesem Augenblick bin ich seelisch zum Grenzgänger geworden.

Überholen, ohne einzuholen – hieß jahrzehntelang der berühmte Slogan des real existierenden Sozialismus. Zweifelsohne handelte es sich um eine Schnapsidee. Aufgrund technischer Rückständigkeit und ideologisch-bürokratisch geknebelter Wirtschaft konnte der Ostblock diesen so genannten friedlichen Wettbewerb der Systeme niemals

gewinnen. Trotzdem erreichte die Sowjetunion gewisse Teilerfolge, so auf militärischen und wissenschaftlichen Gebieten wie Raketenbau und Kosmonautik und kleinere sozialistische Staaten konnten sich mit ihren kulturellen und sportlichen Leistungen rühmen. In einem Punkt hatte die DDR sogar eine Spitzenposition inne: Im Jahre 1967 besaßen 230 von 1.000 Einwohnern des Landes einen Fernseher. Damit lagen die Ostdeutschen nicht nur im Vergleich mit den Verbündeten an der Spitze (ČSSR 181, Ungarn 114, Sowjetunion 96, Polen 92, Bulgarien 50, Rumänien 48), sondern nahmen sogar im westlichen Kontext den vornehmen vierten Platz ein (nach den USA mit 376, Schweden 277, und Großbritannien 254 Fernsehgeräten pro 1.000 Einwohner). Selbst die Bundesrepublik Deutschland hinkte ihrer Rivalin mit dem bescheidenen Proporz 221 zu 1.000 knapp hinterher. Da allerdings 70 Prozent der ostdeutschen Zuschauer das erste oder das zweite Programm des Westfernsehens empfangen konnten, gab es eine kontinuierliche Medienpräsenz der einen deutschen Republik in der anderen. Mehr als dreißig Jahre lang lebte die Bevölkerung in der visuellen Parallelität mit ihrem westlichen Nachbarn, mit dem sie durch gemeinsame Sprache, Kultur und Tradition verbunden war.

Der Nähe zur Bundesrepublik versuchte die DDR durch ein zweifaches Programm entgegenzuwirken. Einerseits forcierte man die Erhöhung des Lebensniveaus, den Wohnungsbau und die Konsummöglichkeiten, andererseits sollte das stärkste Grenzbefestigungssystem des Kontinents dafür sorgen, dass niemand das Territorium des Landes unkontrolliert verlassen beziehungsweise betreten konnte – die Berliner Mauer war nur ein Teil dieser Struktur. Obwohl durch die Abriegelung Massen von einfachen Bürgern an einer Form von Platzangst, Atemnot, Klaustrophobie und Maueralbträumen litten, war das Grenzregime zu keiner Zeit hermetisch wie etwa in Nordkorea, obwohl die Propagandisten gerne diesen Eindruck erweckt hätten. So berichtete die Nachrichtenagentur ADN im Januar 1980 über einen fürchterlichen Smog in West-Berlin, der aber erstaunlicherweise an sämtlichen Grenzübergangsstellen Berlins gestoppt werden konnte.

Nicht zuletzt unter dem Einfluss der europäischen Entspannung entstand dann ein unauflösbarer Widerspruch des Grenzregimes. Intellektuelle Kritiker, wie Biermann, Brasch oder Rudolf Bahro, oppositionelle Gruppen oder einzelne Protestler sollten wegen ihres Zugangs zu den westlichen Medien möglichst rasch neutralisiert werden.

Diesem Zweck diente die Ausweisungs- und Ausbürgerungspraxis, die jedoch den besagten Widerspruch offenbarte. Ein Staat, der seinen Bürgern elementare Bewegungsfreiheiten und ihnen förmlich um die Ecke liegende Reiseziele mit der Waffe in der Hand verweigerte, praktizierte zunehmend den Hinauswurf als Bestrafung oder als Teil von Sanktionen. Während loyale Antragsteller allein für die Absicht, die DDR zu verlassen, mit Verlust ihres Arbeitsplatzes und den Tantalusqualen des „Laufzettels“ gestraft wurden, kamen Autoren, Dissidenten oder Wehrdienstverweigerer auf einen Wink der Staatssicherheitsdienste hin, oft gegen ihren erklärten Willen, binnen vierundzwanzig Stunden „frei“. Dabei liefen Willkür und Großzügigkeit, Hinauswurf und Hinauslassen durch ein und denselben trüben Kanal – den des zwischenstaatlich ausgehandelten Kopfgeldes, mit dem die BRD den unstillbaren Devisenhunger der DDR zu stillen suchte. Daraus entstand jene politische Psychose, welche die spätere Gruppen- und Massenflucht in die westlichen diplomatischen Vertretungen in Berlin, Warschau, Prag und Budapest geradezu provozierte.

Was meine eigenen Reisefreiheiten betraf, standen diese in einem engen Zusammenhang mit der Erosion des Systems. 1978 durfte ich zu einer Lesung nach West-Berlin ausreisen, allerdings nicht als Schriftsteller, sondern als Privatperson. Der zuständige Beamte im Kulturministerium erklärte mir höflich diese Bedingung: „Die Sache ist die, dass West-Berlin kein Teil der Bundesrepublik ist, obwohl mir das schon auf die Nerven geht“. 1980 erhielt ich sogar zwei Monate Aufenthaltsgenehmigung, obwohl die Behörden wussten, dass ich in Deutschland von dem Honorar meines beim West-Berliner Rotbuch Verlag publizierten Buches leben werde. Dieses erschien im Herbst 1979 als deutsche Bearbeitung meiner interlinearen Texte unter anderem durch Thomas Brasch. Die ungarischen Behörden reagierten auf diese eindeutig illegale Publikation mit keiner Silbe. Im Gegenteil: Bald darauf erschien nach neunzehn Jahren Pause mein zweites ungarisches Buch. Der Staat hatte bereits größere Sorgen, als ein paar Intellektuelle, die aus der Reihe tanzten. Er kämpfte mit der eigenen ökonomischen Pleite, die für jeden Interessierten ein offenes Geheimnis war.

Versucht man den Unterschied zwischen der Reisepolitik der DDR und Ungarns exakt festzustellen, kommt man unvermeidlich zur paradoxen Formel: In der DDR durfte im Prinzip niemand reisen, bis auf die Ausnahmen, während in Ungarn nach der Konfe-

renz von Helsinki im Prinzip jeder reisen durfte, bis auf die paar Hunderttausende, denen dieses Recht bis 1988, zum Beispiel wegen der Beteiligung am Aufstand 1956 strikt verweigert wurde. Außerdem war das Verlassen des Staatsgebiets, egal ob per Bahn, mit Flugzeug oder per Schiff, wegen der bedrohlichen Pass- und Zollkontrolle immer ein Abenteuer und bei der Rückkehr schlug einem das wohlbekannte Gefühl auf den Magen, ohne jede Schuld eingesperrt zu werden. Und obwohl sich die Volksrepublik Ungarn mit dem zweifelhaften Ruf des „fröhlichsten Lagers“ in der Baracke erfreute, blieb sie durch den Warschauer Vertrag in derselben Struktur gefangen, welche von Polen bis Bulgarien selbst innerhalb des Ostblocks bewegungshemmend wirkte.

1984 und 1985 konnte ich für zwei Jahre die Volksrepublik in Richtung West-Berlin verlassen, allerdings mit einer einmaligen Reisegenehmigung. Das hieß, dass ich meinen Aufenthalt durch keine Rückkehr unterbrechen durfte. Zu dieser Zeit lernte ich aber bereits eine ganz andere Reisebeschränkung kennen. Zu Weihnachten 1979, wollte ich wirklich privat nach Ost-Berlin fahren, um die Zeit zwischen den Feiertagen bei meinen Freunden zu verbringen. Ich reiste mit meiner damals sechsjährigen Tochter und einem ehemaligen Schulkameraden. Dieser passierte den schmalen Gang der Passkontrolle als erster und wartete auf meine Tochter und mich. Auf seine hartnäckigen Fragen erhielt er die Antwort, dass ein Reisender namens Dalos nicht auf der Passagierliste sei. In Wirklichkeit hatte man mich und meine Tochter bereits in den Transitraum begleitet. Mir wurde amtlich mitgeteilt, dass mir als unerwünschter Person die Einreise in die DDR verweigert wurde. Auf dem Rückweg versuchte ich die sechsjährige Anna davon zu überzeugen, dass eine schnelle Hin- und Rückreise mit dem Malév-Flugzeug auch gewisse Vorteile habe. So kann man innerhalb von drei Stunden zweimal Salamibrötchen essen und man kriegt auch zweimal Milkschokolade geschenkt. Im Grunde aber war ich tief deprimiert. Das Einreiseverbot wurde später auch auf die Transitlinien erweitert, so dass ich West-Berlin nur von Tegel aus, mit dem Flugzeug, verlassen konnte. Völlig unkompliziert passierte ich den Übergang an der Friedrichstrasse erst am 2. Dezember 1989. Die innerdeutsche Grenze erblickte ich ein Jahr später zwischen Lüchow und Salzwedel. Ich sah die verwaisten ehemaligen Kontrollposten und rundherum sonnengelbe Rapsfelder – endlich eine kleine Unendlichkeit!

Letzten Endes scheiterte die DDR an ihren Grenzen. Die Fluchtbewegung suchte sich sowohl legale als auch illegale Wege. Die Hälfte der zwischen August 1961 und Dezember 1989 eingereichten Ausreiseanträge, mehr als eine halbe Million, fiel in das Jahr 1989, und auch der Strafbestand „ungesetzliches Verlassen der DDR“ kulminierte mit ca. 200.000 Fällen in derselben Zeitspanne. Die Zahl der bearbeiteten Anträge wuchs vom Monat zu Monat (Januar: 3.741, Oktober: 30.598 Genehmigungen), konnte jedoch mit illegalen Grenzüberquerungen nicht Schritt halten (Januar: 4.627, Oktober: 57.024 Flüchtlinge). Neben der ökonomischen Pleite, der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung und der verstärkten Aktivität der Bürgerbewegung spielte der Exodus eine wichtige Rolle für den moralischen Niedergang der SED-Herrschaft.

Das Endspiel begann jedoch weder an der Berliner Mauer noch an der größten „GÜSt“, Marienborn, sondern an der ungarisch-österreichischen Grenze, welche am 10. September spätabends für die DDR-Flüchtlinge geöffnet wurde. Dieser kühne Schritt der letzten kommunistischen Regierung Ungarns folgte eigentlich aus der Logik der Öffnung des Landes selbst. Ab 1. Januar 1988 durfte jeder ungarische Staatsbürger frei reisen. Im Frühjahr 1989 trat die Volksrepublik der Genfer Konvention bei und empfing fünfundzwanzigtausend Flüchtlinge aus Ceaușescus Rumänien. Bereits diese Geste war ein Affront gegenüber einem „Bruderstaat“ aus dem Warschauer Pakt. Als dann zigtausende DDR-Touristen, die auf ARD oder ZDF die aufregenden Bilder von der Vernichtung des Eisernen Vorhangs mit ansehen konnten, Ungarn als Transitland in die Bundesrepublik wählten, konnte ihnen der Flüchtlingsstatus nicht verweigert werden. So kam es zu einem Eklat zwischen Budapest und Ost-Berlin. Schließlich galt noch das Abkommen von 1969, nach dem jeder an Ungarns Westgrenze bei versuchter Flucht aufgehaltene DDR-Bürger unverzüglich den ostdeutschen Behörden auszuliefern sei.

Ich kann diesen Gedankengang nicht abschließen, ohne daran zu erinnern, dass die bewegende Kraft der damaligen mutigen Entscheidungen unser Traum von Europa war. Die ungarische Gesellschaft glaubte zu der Zeit fest an jene Wertegemeinschaft, in der demokratische Prinzipien und soziale Garantien, trotz aller Schwierigkeiten der Transformation, ein friedliches Miteinander der frei gewordenen Völker ermöglichen. So gehörten Grenzen für uns nicht zu revidieren, sondern zu öffnen, überflüssig zu machen. Nach Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten Fremdbestimmung sollte die nationale

Unabhängigkeit keineswegs durch Abkapselung oder Identitätsbildung auf Kosten von Nachbarn erfolgen. Noch mehr hofften wir auf einen Kontinent, der sich als Teil einer friedlichen und demokratischen Weltordnung sieht und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch Sorgen der menschlichen Zivilisation mitträgt.

Leider erwies sich der Weg, sowohl der Demokratie als auch der europäischen Integration, als ziemlich steinig. In manchen Reformstaaten konnten die neuen Eliten den autoritären Versuchungen und nationalistischen Ideologien nicht widerstehen. Die internationale Finanzkrise und die neue Flüchtlingswelle zeigten Fehler und Mängel der neuen Strukturen auf, führten zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten und dort, wo früher die berüchtigten Grenzbefestigungen zerstört worden sind, werden neue Zäune gebaut – allein an der ungarisch-serbischen Grenze in 175 Kilometer Länge. Während es den ehemaligen Ostblockstaaten gut tun würde, sich auf ihre demokratischen Anfänge von anno 1989 zurückzubedenken, wäre es für den ganzen Erdteil ratsam, seine Ausgangsposition wiederzufinden, welche im Juli 1979 die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Weil vom Straßburger Rednerpult verkündete: „Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sehen sich einer dreifachen Herausforderung gegenüber: der Herausforderung des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands, und wie es scheint, ist es nur im europäischen Rahmen möglich, diese Herausforderung zu begegnen.“



Rainer Potratz beim Vortrag über die Zwangsaussiedlungen aus dem Sperrgebiet der DDR 1961 am 26. September 2016 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

Aktion „Neues Leben“. Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR im Bezirk Magdeburg an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1961

Rainer Potratz

„Und dann kam morgens früh um fünf, ich war gerade aufgestanden, die andere Familie lag noch, da bimmelte das draußen am Tor. Ich sage, ‚wer will denn jetzt schon am frühen Morgen was?‘... Wie ich dann die Tür aufmachte, da war der Schreck schon groß, zwei Herren in Ledermänteln, ’nen Haufen Leute und alles draußen. ‚Stop, Sie dürfen nicht raus, Sie dürfen das Haus nicht verlassen, kommen Sie bitte mit rein, wir möchten in Ihr Haus.‘ Er brachte mich in die Stube. In der Zwischenzeit wurden die Schwiegereltern wach und meine Frau und die Kinder. Und da wurde mir erklärt: ‚Sie müssen innerhalb von zwei Stunden Ihr Heimatdorf verlassen.‘“

Herr Hartung lebte am 3. Oktober 1961 mit seiner Familie bei den Schwiegereltern in Zwinge. Der Ort gehörte damals zum Kreis Worbis, Bezirk Erfurt, im nördlichen Thüringen und liegt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gegenüber Niedersachsen. Er und seine Familie waren einige von insgesamt drei Familien in dem Dorf, die an diesem Morgen aus ihrer Heimat im 500-Meter-Schutzstreifen an der „Staatsgrenze West“ der DDR zwangsausgesiedelt wurden. Im Kreis Worbis waren es insgesamt 64 Personen, 0,76 % der Bevölkerung des 500 m tiefen Schutzstreifens und des 5 km tiefen Sperrgebiets, das die Regierung der DDR auf sowjetischem Befehl am 26. Mai 1952 geschaffen hatte.¹ Aus dem Grenzgebiet des Bezirks Erfurt wurden an diesem Morgen 560 Menschen gegen ihren Willen aus ihrer Heimat in das Innere des Bezirks umgesiedelt. In der gesamten DDR waren es 3.175 Personen, 372 von ihnen lebten im Grenzgebiet des damaligen Bezirks Magdeburg. Das waren ca. 0,43 % der Bewohner des damaligen Grenzgebietes im Bezirk Magdeburg. Warum mussten diese Familien ihre Heimat verlassen? Wer hatte dies angeordnet und wer bestimmte die Auswahl der Personen nach welchen Kriterien? Wer war an der Maßnahme beteiligt und wo kamen die Familien hin? Wie erlebten sie diesen gewaltsamen Einschnitt in ihr Leben und wie prägte er ihren weiteren Werdegang?

Diesen Fragen soll in dem Beitrag nachgegangen werden und zum Schluss auch noch auf die Situation der Zwangsausgesiedelten in der vereinten Bundesrepublik Deutschland eingegangen werden. Im Zentrum stehen die Opfer der Aktion „Neues Leben“, so lautete der Deckname der Einsatzleitung des Bezirks Magdeburg für die Zwangsausiedlungen am 3. Oktober 1961 in diesem Bereich.

Keine normale Grenze

Als die drei alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (die Vereinigten Staaten von Amerika, USA, das Vereinigte Königreich von England und Nordirland, UK, sowie die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR) im Februar 1945 beschlossen, Deutschland zu besetzen und vorübergehend in drei und später vier Besatzungszonen aufzuteilen sowie die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren, hatten sie nicht die Absicht das Land insgesamt zu teilen. Die Zonenbildung teilte die Verantwortung bei der Umsetzung der gemeinsam zu beschließenden Politik. Dies änderte sich sehr schnell und aus den vier Zonen wurden 1949 zwei deutsche Staaten mit stark beschränkten Souveränitätsrechten. Die Grenzen zwischen den Zonen, die auch nach der doppelten

Staatsgründung von allen Demarkationslinien oder im Umgangsdeutsch Zonengrenzen genannt wurden, verloren schnell ihren provisorischen Charakter. Die entscheidende Zäsur war hier der 26. Mai 1952, als der Ministerrat der DDR in einer Verordnung den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, beauftragte, ein besonderes Regime an der Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen zu schaffen, um das Eindringen von „Spione(n), Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik“ zu verhindern.² Am folgenden Tag erließ dieser eine Polizeiverordnung, die dieses Grenzgebiet definierte, den Zugang auf einen kleinen Kreis von Bürgern reduzierte und den Alltag der Bewohner stark einschränkte. Der Chef der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVdVP), Karl Maron, erließ unter anderem den Befehl 38/52 am 26. Mai 1952, der die Aussiedlung politisch unzuverlässig einzustufende Bewohner anordnete.³ All diese Maßnahmen hatte die sowjetische Besatzungsmacht beschlossen und in Gesprächen in Moskau und Ost-Berlin den Parteiführern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und den führenden Offizieren der Deutschen Grenzpolizei (DGP) der DDR mitgeteilt. Sie gingen einher mit dem Aufbau einer Rüstungsindustrie in der DDR, der Schaffung einer Armee, der Kasernierten Volkspolizei (KVP), der Abschaffung der Länder und Bildung von Bezirken, der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Ausbaus der Macht der SED innerhalb des Staatsapparats. Zwischen dem 28. Mai und dem 16. Juni 1952 wurden aus dem Grenzgebiet an der gesamten Demarkationslinie von der Lübecker Bucht bis Hof 8.165 Menschen in das Innere der DDR zwangsumgesiedelt. Mehrere tausend Menschen flüchteten in den Westen.

Der Sommer 1961

Die Herrschaft der SED beruhte in der DDR auf der Macht der sowjetischen Besatzungstruppen, die am 17. Juni 1953 gezeigt hatten, dass sie diese mit Gewalt aufrechterhalten würden. Streiks und Demonstrationen wurden in allen Teilen des Landes niedergeschlagen. Nach diesem Volksaufstand hatte die SED den Geheimdienst ausgebaut, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sollte nicht nur die Partei über eventuelle Unzufriedenheit informieren, sondern hatte auch das Recht, politische Gegner oder Unangepasste strafrechtlich zu verfolgen und festzunehmen. Daneben schuf die Partei die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, in denen politisch zuverlässig erscheinende Betriebsangehörige an der Waffe ausgebildet und bewaffnet wurden. Ebenfalls 1953

schuf die SED die Bezirkseinsatzleitungen (BEL) und Kreiseinsatzleitungen (KEL). Hier waren unter Führung des jeweiligen Ersten Sekretärs der SED-Gebietsleitung die Vertreter von MfS, Volkspolizei, Armee und Abteilung Inneres zusammengefasst. In einer Krisensituation sollten sie in der Lage sein, vereint und mit einem Stab bei der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), die Ordnung in ihrem Territorium herzustellen oder bei Evakuierungsmaßnahmen die Kräfte zu koordinieren. Angesichts der inneren Aufrüstung in der DDR blieb für die persönliche Entwicklung ihrer Bürger – und vor allem der jüngeren – kaum Platz. Entweder man passte sich an, gab dem Druck nach oder verließ das Land gen Westen. Bereits vor dem 17. Juni 1953 hatten mehrere Millionen Menschen das Land verlassen, doch die SED-Führung ignorierte diese Abstimmung mit den Füßen. Auch wenn bereits seit 1945 das Überschreiten der Demarkationslinie untersagt war, außer mit einem Interzonenpass, wurde das „unangemeldete Verlassen der DDR“ erst im November 1954 mit dem Passgesetz der DDR unter Strafe gestellt.⁴ Die meisten Menschen verließen die DDR über West-Berlin, weil es außer für die im Sperrgebiet Lebenden sehr schwer für Fremde war, überhaupt bis an die Grenze zur Bundesrepublik vorzudringen. Bereits in den Bussen und Zügen dorthin sowie auf den näherliegenden Bahnhöfen fanden Kontrollen statt. Im Winter 1958 leitete der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Nikita Chruschtschow, mit einer Rede und einem Ultimatum an die drei Westmächte eine neue Berlin-Krise ein. Die Westalliierten hätten Berlin zu verlassen und die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen West-Berlins mit Westdeutschland wären einzustellen. West-Berlin sollte eine „Freie Stadt“ werden. Die Ankündigung des Ultimatums erhöhte die Flucht aus der DDR. Letztendlich verschärfte diese die Wirtschaftskrise im Land und der von der SED im Frühjahr 1960 festgelegte Abschluss der „Kollektivierung der Landwirtschaft“ führte zu einem Anwachsen der Flüchtlingsströme nach West-Berlin. Im Juni 1961 scheiterten die Verhandlungen Chruschtschows mit dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy in Wien über die Berlin-Frage und die Nervosität stieg auf beiden Seiten: bei den Politikern und den Bürgern. Nach zahlreichen Gesprächen zwischen der sowjetischen Führung und dem Ersten Sekretär der SED und Vorsitzendem des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, fiel die Entscheidung, die Grenzen der DDR zu West-Berlin vollständig zu schließen. In den Morgenstunden des 13. August 1961 wurden die heimlich vorbereiteten Befehle verkündet und umgesetzt.

Die Planung der Zwangsaussiedlungen an der „Staatsgrenze West“

Zwei Tage später, am 15. August, trat das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED routinemäßig zusammen und beschloss, nun auch verstärkte Sicherungsmaßnahmen an der „Staatsgrenze West“ (so die damalige Bezeichnung der DDR für ihre Grenze zur Bundesrepublik) durchzuführen. Noch bis zum 28. August sollten der Minister für Nationale Verteidigung der DDR (MfNV), Heinz Hoffmann, sowie die Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, und für Inneres, Karl Maron, gemeinsam mit dem für Sicherheitsfragen zuständigen Sekretär im ZK der SED, Erich Honecker, entsprechende Maßnahmen erarbeiten.⁵ Einen Tag später wandte sich Walter Ulbricht mit einer Direktive an die ersten Sekretäre der SED in den Kreisen und Bezirken an der „Staatsgrenze West“. Die Parteisekretäre wurden aufgefordert die eigenen Reihen zu schließen und die Bevölkerung zu mobilisieren, um entsprechend auf „Provokationen“ reagieren zu können. „Der psychologischen Kriegsführung des Gegners im Grenzgebiet“, die Unruhe und Unsicherheit unter die Bevölkerung bringen, „den sozialistischen Aufbau stören und die weitere Festigung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung mit Partei und Regierung hemmen“ wollte, gelte es, „höchste Wachsamkeit“ entgegenzusetzen. Die Entwicklung des politischen Bewusstseins unter der Bevölkerung an der „Staatsgrenze West“ wäre hinter dem der übrigen Bevölkerung zurückgeblieben. Nun gelte es, neue Anstrengungen zu unternehmen und die ganze Bevölkerung zu mobilisieren, um endgültig ein illegales Überschreiten der Staatsgrenze ausschalten zu können. Zugleich wurde die Weisung erteilt, „feindliche Elemente, die eine Gefahr für die Sicherheit im Grenzgebiet bedeuten, z. B. Ehemalige Ortsbauernführer, SS-Angehörige u. ä. (...) in Anlehnung an die Verordnung des Ministerrats vom 26. Mai 1952 aus den Grenzkreisen auszusiedeln.“⁶

In der Verordnung vom 26. Mai 1952 stand nichts von Aussiedlungen, sondern damals gab es nur den geheimen Befehl 38/52 von Karl Maron. Mit dem Verweis sollte vermutlich eher auf eine rechtliche Legitimation verwiesen werden, mit der die Zwangsaussiedlungen zu begründen wären. Doch widersprach der Befehl 38/52 der auch noch 1961 gültigen Verfassung der DDR von 1949 und eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte kann nicht mit einer Regierungsverordnung legitimiert werden.

Nach der Sekretariatssitzung begannen Maron und Mielke mit der Abstimmung eines Befehls zur Aussiedlung von Menschen aus dem Grenzgebiet. Bereits am 22. August

fand beim MfS eine Besprechung „Betr. Aktion ‚Rose‘ Staatsgrenze West“ statt. An ihr nahmen Mitarbeiter der Kreis- und Bezirksdienststellen des MfS teil. Sie legten Kriterien für die Auswahl der Auszusiedelnden fest. Noch bevor der eigentliche Befehl für die Zwangsaussiedlungen erarbeitet und abgestimmt war, wurden bereits im Bereich des Bezirks Schwerin am 30. August 1962 Bürgerinnen und Bürger aus dem Grenzgebiet zwangsumgesiedelt. Am 11. September wurde ein erneutes Schreiben an die Ersten Sekretäre der SED-Kreis- und -Bezirksleitungen an der Grenze versandt, ihm wurde u. a. der Befehl 35/61 des Ministers des Inneren, Karl Maron, beigelegt. Dieser bestimmte, welche Bürger aus dem Grenzgebiet auszusiedeln seien und wie sie zu ermitteln waren.

Der Befehl 35/61 legte fest, dass aus dem 500-Meter-Schutzstreifen und aus dem 5 km tiefen Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Menschen auszuweisen und im Innern der Bezirke zwangsweise anzusiedeln seien, die einer von vier Gruppen angehörten:

- „a) Ehemalige Angehörige der SS, unverbesserliche Nazis, ehemalige Ortsbauernführer, Personen, die durch ihre reaktionäre Einstellung den Aufbau des Sozialismus hindern, sowie Personen, die ihrer Einstellung nach und durch ihre Handlungen eine Gefährdung für die Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet darstellen;
- b) Erstzuziehende aus Westdeutschland und Westberlin;
- c) Rückkehrer aus Westdeutschland und Westberlin, die bisher noch nicht durch gute Arbeitsleistungen ihre Verbundenheit zur Deutschen Demokratischen Republik unter Beweis gestellt haben und die bei der Eingliederung in das gesellschaftliche Leben große Schwierigkeiten bereiten;
- d) Personen, die als Grenzgänger aufgefallen sind oder die Arbeit der Deutschen Grenzpolizei erschwerten oder behinderten, darunter fallen arbeitsscheue und asoziale Elemente, HwG-Personen usw.;
- e) alle Personen, die der polizeilichen Meldepflicht nicht nachgekommen sind bzw. bewußt versucht haben, die Meldepflicht zu umgehen;
- f) Ausländer und Staatenlose.“⁷

Vergleichbar dem Befehl von 1952 sind die Gruppen unscharf formuliert. Deutlich wird, dass es sich um politisch unliebsame Menschen und um sozial ausgegrenzte handeln soll. Berücksichtigt man zudem, dass die DDR damals wenig gesicherte Kenntnisse über die NS-Vergangenheit ihrer Bürger hatte (das NSDAP-Parteiarchiv befand sich

unter Obhut der US-Streitkräfte in West-Berlin), dürfte in nicht wenigen Fällen die Zuordnung zur SS oder die frühere Funktion eines Ortsbauernführers vor allem auf Gerüchten beruhen. Auch die anderen unter a) sowie die unter c) und d) aufgeführten Personengruppen dürften nicht eindeutig bestimmbar sein, sondern die Zuordnung einer Person zu einem der Kriterien unterlag in der Willkür der Behörden. Die Direktive des SED-Sekretariats vom 16. August 1961 stellte zudem fest, dass der „politische Bewusstseinsstand“ der Grenzbevölkerung hinter den der Gesamtbevölkerung zurückgefallen sei, was daraus schließen lässt, dass breite Teile der Bevölkerung im Grenzgebiet nicht hinter der Politik der SED standen. Dementsprechend müssten breite Teile der Grenzbewohner zwangsumgesiedelt werden.

Wie bereits 1952 sollten Mitarbeiter der Volkspolizeikreisämter (VPKÄ) und der Kreisdienststellen (KD) des MfS die Auswahl vornehmen. Ihre Vorschläge mit jeweils kurzer Begründung sollten die KEL beschließen und den BEL zur Zustimmung vorlegen⁸. Damit stand die gesamte Aktion unter Führung des jeweiligen Ersten Sekretärs der SED. Sehr schnell stellte sich heraus, dass die Kriterien zu einer großen Zahl von Auszusiedelnden führen würden. Dies war aus mehreren Gründen nicht erwünscht: Das Sperrgebiet sollte nicht geräumt, sondern weiter bewohnt und bewirtschaftet werden. Von daher war es notwendig, dass eine ausreichende Infrastruktur und auch entsprechende Fachkräfte vor Ort blieben. Zudem würde die Bereitstellung von Wohnraum an den Zielorten noch komplizierter werden. Im Oktober 1961 gab es keinen ausreichenden Wohnraum in der DDR. Letztendlich würde eine zu hohe Zahl von Auszusiedelnden die Gefahr größerer Unruhe im Grenzgebiet aber auch während der Transporte verursachen können. Dies sollte vermieden werden. Dreiergruppen von Offizieren des MfS, der Deutschen Volkspolizei (DVP) und der Nationalen Volksarmee (NVA) wurden für jeden Grenzbezirk gebildet. Sie waren für die Umsiedlungsaktion verantwortlich und griffen bei der Aufstellung der Listen ein. Sie agierten im zentralen Auftrag ihrer Ministerien und reduzierten die Vorschlagslisten um mehrere tausend Betroffene. Von den aus dem Grenzgebiet des Bezirks Magdeburg Zwangsauszusiedelnden wurden am 16. September 1961 36 als ehemalige NSDAP-, elf als SS-Angehörige und fünf als ehemalige Ortsbauernführer eingeordnet. 76 galten als „sonstige reaktionäre Elemente“, sechs als Erstzuziehende und 34 als Rückkehrer. Eine Person galt als Ausländer. Die Zuordnungen waren in den meisten Fällen willkürlich und beruhten nicht auf konkreten Kenntnissen der politi-

schen Vergangenheit der Betroffenen. Unter den Landwirten waren viele, die sich der Kollektivierung der Landwirtschaft im Sommer 1960 lange verweigert hatten und nun als „feindlicher Kristallisationspunkt“ gesehen wurden.

Das MfS vergab den Codenamen „Aktion Festigung“ für die geheime Operation an der gesamten Staatsgrenze. Die bezirklichen Einsatzleitungen vergaben für ihren Bezirk jeweils eine eigene. Im Bezirk Magdeburg lautete der Codename „Neues Leben“, im Bezirk Karl-Marx-Stadt „Frische Luft“ und im Bezirk Rostock „Osten“.

Der Befehl lag Anfang September vor. Am 17. September standen die Kommunalwahlen in der DDR an. Sie sollten durchgeführt und nicht durch zuvor abschreckende Repressionsmaßnahmen tangiert werden. Von daher war klar, dass die Aussiedlungsaktion erst Ende September/Anfang Oktober stattfinden würde. Gegenüber 1952 hatten die Sicherheitsorgane und die Abteilungen Inneres in den Grenzkreisen und -bezirken mehr Zeit.

Im Gegensatz zur Aktion 1952 gab es keine gemeinsame zentrale Koordinierungsstelle für alle Bezirke – allerdings hatte das MfS eine eigene zentrale Einsatzführung, die von Erich Mielke persönlich eingerichtet war und an deren Sitzung er am 13. September in Berlin teilnahm. Es wurden sechs Beauftragte des Ministers für jeweils einen Grenzbezirk ernannt. Für den Bezirk Magdeburg wurde Major Muß abkommandiert. Sie sollten an der Auswahl der Auszusiedelnden mitwirken und die Zuwanderungsorte festlegen. Bis zum 23. September 1961 mussten alle BEL einen Einsatzplan erarbeitet haben. In ihm war festgelegt, welche Kräfte zu welchem Zeitpunkt in Alarmbereitschaft zu setzen und bis zu welcher Zeit sie an ihren Bestimmungsorten zu sein hätten. 130 inoffizielle (IM) und 250 hauptamtliche Mitarbeiter des MfS sollten bei der Aktion zum Einsatz kommen. Die meisten IM im Bezirk Erfurt wurden in Ellrich eingesetzt.⁹ Die Deutsche Grenzpolizei wurde im September 1961 als „Kommando Grenze“ dem MfNV unterstellt. Die Grenzsoldaten hatten die Grenze zu sichern und zu verhindern, dass Betroffene während der Aktion flüchteten.

Die Durchführung der Zwangsaussiedlungen im Bezirk Magdeburg

Am 29. September 1961 fand im MfS eine zentrale Besprechung statt. Die Listen der Auszusiedelnden aller Bezirke lagen vor und auch die Zielorte waren festgelegt. Das Eigentum der betroffenen Familien war ebenfalls bereits geschätzt und die notwendigen Entschädigungssummen bereitgestellt.¹⁰ Morgens um 6.00 Uhr sollten die Handlungs-

gruppen an die Haustür der Betroffenen anklopfen, im gleichen Moment würden die Transportfahrzeuge mit den Hilfskräften zum Verladen bereitstehen und Angehörige der Bereitschaftspolizei hätten die Orte umstellt. Am Sonntag, den 1. Oktober, wurde die Aktion ausgelöst. Die schrittweise einzubeziehenden Hilfskräfte wurden entsprechend des Einsatzplans mobilisiert. Am Nachmittag des 2. Oktober hatten sich alle in vorher festgelegten Räumen zu versammeln. Nachts fuhren sie an die Zielorte und versteckten sich dort. Am 3. Oktober 1961 um 5.30 Uhr morgens wurden in fast allen Grenzorten die Bürgermeister, die Mitglieder der SED und der Blockparteien zusammengerufen. Sie sollten der Ausweisung der jeweiligen Familien zustimmen. 30 Minuten später klopfte es an den Türen der Auszusiedelnden. Die Familien wurden überrumpelt. Die verantwortlichen Führer hatten vorbereitete Texte, die den Betroffenen vorgelesen, aber nicht ausgehändigt wurden. In ihnen stand, dass sie zu ihrer Sicherheit in das Innere des Bezirkes Magdeburg umgesiedelt werden und dort eine gleichwertige Wohnung erhalten würden. Das Vieh und landwirtschaftliche Geräte müssten zurückgelassen werden, ebenso die Werkzeuge der Handwerker.

Aus folgenden Orten des ehemaligen Bezirks Magdeburg wurden Familien ins Innere des Bezirkes umgesiedelt (nach den damaligen Kreisen von Nord nach Süd):

Aulosen (1), Schrampe (1), Gollensdorf (1), Markau (1), Lindhof (1) Reddigau (1), Hestedt (1), Kleistau (1), Siedendolsleben (1), Hohendolsleben (1), Kaulitz (1), Jahrstedt (1), Lüdelsen (1), Oebisfelde (3), Niendorf (1), Kunrau (2), Steimke (1), Wedden-
dorf (2), Wendischbrome (1), Gehrendorf (1), Ribbenstedt (1), Weferlingen (3), Beend-
dorf (6), Walbeck (3), Seggerde (1), Lockstedt (1), Alleringersleben (1), Bösdorf (1),
Kleinbartensleben (1), Rätzlingen (3), Harbke (6), Hötenleben (8), Völpke (6), Barne-
berg (2), Sommersdorf (1), Gunsleben (2), Veltheim (2), Wülperode (1), Rohrsheim (1),
Lüttgenrode (2), Suderode (1), Hessen (3), Vogelsdorf (2), Hoppenstedt (1), Bühne (1),
Aderstedt (1), Dedeleben (3), Göddekenrode (1), Ilsenburg (7), Benneckenstein (4),
Appenrode (1), Stapelburg (3) und Elend (1).

Die Betroffenen erfuhren den Namen des Zielortes, oft wussten sie allerdings nicht, wo dieser lag. Angehörige der Handwerkvereinigungen und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe erfassten das zurückgelassene Eigentum und schätzten es nach den in der DDR üblichen Sätzen. In kürzester Zeit wurde das Inventar zusammengepackt. Viele Betroffene waren handlungsunfähig. Sie konnten nicht verstehen, warum

sie ihre Heimat verlassen mussten, sie fühlten sich unschuldig. Es dauerte nur zwei bis vier Stunden, bis ihr Hab und Gut verladen war. Dann ging es in Lkw und Pkw auf Nebenstraßen an den Zielort. Die im Bezirk Magdeburg Ausgesiedelten kamen in die Kreise Schönebeck (8), Zerbst (8), Gardelegen (10), Wanzleben (7), Staßfurt (9), Stendal (7), Wolmirstedt (7), Havelberg (8), Tangerhütte (7), Kalbe (9), Genthin (8), Osterburg (8), Burg (9) und Magdeburg (6). Die neuen Quartiere waren katastrophal. Nicht wenige der Zwangsausgesiedelten hatten zuvor eigene Häuser mit ausreichendem Platz besessen und betrieben landwirtschaftlichen Nebenerwerb (74 Familien im Bezirk Magdeburg waren LPG-Bauern Typ 1 oder Typ 3, 7 waren Handwerker oder Gewerbetreibende). Niemand von ihnen erhielt ein neues Haus. Insgesamt nur 5 Familien erhielten eine Fünf-Zimmer-Wohnung – zuvor hatten 31 eine Fünf-Zimmer-Wohnung und 22 waren Hauseigentümer.

Im Gegensatz zu den Zwangsaussiedlungen 1952 war die Ankunft insgesamt stärker organisiert. An jedem Zielort waren IM des MfS bei der Ankunft dabei. Sie stellten sich den Zwangsausgesiedelten als Helfer, Nachbarn und Ansprechpartner vor und unterstützten diese scheinbar bei der Eingliederung. Abhängig vom Verhalten der Opfer hielt die Überwachung des MfS an. Auch die Arbeitsplätze waren in den meisten Fällen zuvor ausgesucht worden, so dass die Familienhäupter recht schnell eine Arbeit aufnehmen mussten. Für die meisten war dies anfangs mit einer Deklassierung verbunden bzw. mit einer angeordneten beruflichen Neuorientierung.

Wie bereits oben erwähnt, wurde das Eigentum der Betroffenen im Grenzgebiet geschätzt und gegen Entschädigung enteignet. Dies geschah nach dem Verteidigungsgesetz der DDR vom 20. September 1961. Damit sollten die Bindungen der Zwangsausgesiedelten in ihre Heimat aufgehoben werden. Demnach wurden Immobilien nach dem Einheitswert von 1936 entschädigt und Geräte sowie Tiere nach dem damaligen Schätzwert. Das Geld wurde auf ein Sperrkonto eingezahlt und konnte in Raten von jährlich maximal 3.000 Mark abgehoben werden. In Einzelfällen durfte es für den Erwerb eines Hauses genutzt und das Konto aufgelöst werden.

In nur wenigen Fällen wurde den Zwangsausgesiedelten die Rückkehr in die Heimat gestattet. Manchmal durften die mitausgewiesenen Familienangehörigen zu Familien-

feiern, z. B. Beerdigungen für einen Tagesaufenthalt zurück. Für die meisten Opfer bedeutete die Zwangsaussiedlung eine schwere Traumatisierung. Sie wirkte sich auf die Erziehung der Kinder aus, die oftmals erst sehr spät über die Hintergründe informiert wurden. Zugleich achteten Eltern nun darauf, dass ihre Kinder den Jungen Pionieren und der FDJ beitraten, statt der Konfirmation oder Firmung an der Jugendweihe teilnahmen, damit sie keine Nachteile in der Schulausbildung erleiden mussten. Im Gegensatz zum Sommer 1952 war nun auch nicht mehr an eine Flucht in die Bundesrepublik oder West-Berlin zu denken.

Die deutsche Einheit und die Zwangsausgesiedelten.

Bereits im Frühjahr 1990 versammelten sich in der Erfurter Thüringenhalle weit über tausend Zwangsausgesiedelte aus dem Grenzgebiet. Sie gründeten einen Interessenverband, den Bund der Zwangsausgesiedelten (BdZ) und setzten sich für ihre Rehabilitierung ein. Die am 18. März 1990 gewählte Volkskammer der DDR nahm die Forderungen in ihr Rehabilitierungsgesetz auf. Im Rahmen des Einheitsvertrages zwischen der DDR und der BRD wurde dieses Gesetz allerdings vorerst ausgesetzt. Für viele Zwangsausgesiedelte war dies nicht nachvollziehbar. Erst mit dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurde die Zwangsaussiedlung als „rechtsstaatswidrige“ Maßnahme anerkannt und den Betroffenen ein Recht auf Rehabilitierung zuerkannt sowie eine anschließende Rückgabe oder Entschädigung ihres früheren Eigentums. Hierbei wurden die in der DDR erhaltenen Entschädigungszahlungen abgezogen (eine Mark der DDR entsprach 0,50 DM der Bundesrepublik). Diese führte für viele Betroffene zu neuem Unrecht und Unzufriedenheit. Bis heute sind viele der aus dem Grenzgebiet Zwangsausgesiedelten mit dem Erreichten unzufrieden und vor allem ihre psychischen Folgeerkrankungen werden kaum anerkannt. Zwangsausgesiedelte, die kein Eigentum hatten, erhalten bis heute keine Entschädigung. Wenn sie von Gutachtern bestätigt bekommen, dass sie noch heute gesundheitlich leiden infolge der Zwangsaussiedlung vor 55 Jahren, haben sie Anspruch auf entsprechende Unterstützungsmaßnahmen. Dem Autor sind keine solcher Fälle bekannt. Eine Initiative des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, die vor allem Ausgleichszahlungen an Zwangsausgesiedelte vorsieht, die keine Entschädigung für ihr enteignetes Grundstück erhalten haben, würde nur einer Minderheit der Betroffenen zu Gute kommen. Notwendig ist eine gesellschaftliche Anerkennung der psychischen Schäden, die durch Stigmatisierung, Isolation und

persönliche Verunsicherung entstanden sind. Hierzu sind unabhängig vom derzeitigen Gesundheitszustand der heute noch Lebenden materielle Ausgleichszahlungen notwendig, wie sie z. B. aus politischen Gründen in der DDR Inhaftierte erhalten.

Anmerkungen

- 1 Bennewitz, Inge; Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, 4. aktualisierte Auflage, Berlin 2012, S. 28.
- 2 GBl. der DDR 65 vom 27. 5. 1952, S. 405f.
- 3 Bennewitz, Potratz 2012, S. 32ff.
- 4 § 8, Abs. 1, Passgesetz der DDR vom 15. 09. 1954. Dieser Passus wurde im Passgesetz vom 11. 12. 1957 verschärft, Gbl. 1 vom 17. 12. 1957.
- 5 Bennewitz/Potratz 2012, S. 107.
- 6 Ebenda S. 107f.
- 7 SAPMO-BArch, ZPA IV, 2/3/763, Bl. 178.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda, S. 121.
- 10 Ebenda, S. 125.



Achim Walther im Gespräch mit Dr. Susan Baumgartl, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

„Ich hab mich immer als Zaungast des 20. Jahrhunderts gefühlt“

Interview mit Achim Walther

Susan Baumgartl

Achim Walther wurde 1936 im Erzgebirge geboren. Nach dem Maschinenbaustudium in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) arbeitete er als Diplomingenieur in Frankfurt/Oder. 1973 zog er mit seiner aus Hötensleben stammenden Frau und den beiden Kindern in das DDR-Sperrgebiet zu den Schwiegereltern. Im Januar 1990 wirkte er aktiv daran mit, dass die direkt am Ortsrand gelegenen Grenzsperranlagen unter Denkmalschutz gestellt wurden. Als Mitarbeiter der Unteren Denkmalschutzbehörde (1991 bis 2001) sowie als Vorsitzender des 1993 gegründeten Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V. setzte er sich für den Erhalt der DDR-Grenzbefestigung bei Hötensleben ein. Für sein Engagement wurde Achim Walther 2013 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Er ist Autor von zwei Büchern zur Grenzgeschichte der Region um Hötensleben.

Herr Walther, Sie wohnen seit über 40 Jahren in Hötensleben, einen Steinwurf von der ehemaligen Grenze entfernt. 1990 haben Sie sich dafür eingesetzt, dass die Grenzsperranlagen vor dem Ort als Denkmal erhalten bleiben. Wie kam es zu diesem Engagement?

Die Frage wird mir öfter gestellt und sie ist nicht so einfach in drei Sätzen zu beantworten. Ich habe mich immer für Geschichte interessiert. Mir war klar, dass das ein Stück deutscher Geschichte ist. Und weil ich das DDR-System verabscheut habe, fand ich es einfach notwendig, diese brutalen Grenzanlagen zu erhalten. Auch, um den ehemaligen Bonzen vor Augen zu halten, was sie da angerichtet haben.

In den 1980er Jahren hatten wir in Hötensleben eine Interessengemeinschaft „Denkmalpflege und Heimatgeschichte“. Dabei gab es auch systemtreue Leute. Mit denen hatte ich mich politisch manchmal in den Haaren und hatte Angst, dass mir das mal gefährlich werden könnte. Naja, und in diesem Kreis zählten wir mal auf, welche lokalen Denkmale es so gibt. Da äußerte ich zum ersten Mal den Gedanken, dass die Grenzanlage dazugehört. Alle schauten mich verdutzt an.

Insofern war es für mich nur folgerichtig, dass wir dann 1989/90 beim Rat des Kreises beantragten, die Hötenslebener Grenzanlage in die Landesliste der Baudenkmale aufzunehmen. Am 12. Januar 1990 wurde dann das Stück Grenze noch nach dem DDR-Denkmalenschutzgesetz unter Schutz gestellt. Aber es war noch die wilde Umbruchszeit. Einige Teile der Mauer, der Panzerhöcker und weitere Elemente wurden einfach beschädigt oder weggeholt. 1993 haben wir Fördermittel beantragt und begonnen, den Wildwuchs im Sicht- und Schussfeld zu roden. Da brach ein Sturm der Entrüstung im Dorf aus und daraufhin kam auch ein weltweites mediales Interesse an der Diskussion über den Erhalt der Grenzanlagen auf. Es gab viel Gegenwehr, so dass einige Leute sich nicht mehr trauten, ihre Sympathie mit unserem Vorhaben offen zu bekunden, sondern nur hinter vorgehaltener Hand sprachen. Ich hatte damals einen Mitkämpfer. Das war Dieter Buchwald, der bei den ersten freien Wahlen 1990 zum Bürgermeister von Hötensleben gewählt worden ist und bis 2015 im Amt war. Er hatte das gleiche Ziel wie ich: Die Grenzanlagen müssen hundertprozentig im originalen Zustand erhalten bleiben. Und zwar weder als Ehrenmal noch als Mahnmal, sondern als Denkmal, als Geschichtszeugnis!

Ich bin dann in Archive gefahren und hab mich schlau gemacht. Insgesamt war ich in 26 Archiven, immer mit dem Gedanken, ein Buch über die Grenze zu schreiben.

Ermuntert hat mich dazu Edda Ahrberg, die damalige Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen. Im Jahr 1999 ist mein erstes Buch „Heringsbahn“ erschienen. Das sind 320 Seiten über die Zeit von 1945 bis 1952. Das zweite Buch „Die eisige Naht“ ist 2010 herausgekommen. Es behandelt den Zeitraum 1952 bis 1990. Das Manuskript hätte 700 Druckseiten ergeben. Ich habe es dann mit dem Verlag auf 480 Seiten gekürzt. Inzwischen ist es leider vergriffen.

Ursprünglich stammen Sie aus dem Erzgebirge. Das ist auch eine Grenzregion. Welche Erinnerung haben Sie daran?

Mein Heimatort Hohndorf ist etwa fünfzig Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt. Als Kind spielte die Grenze für mich keine Rolle. Woran ich mich aber recht gut erinnern kann, ist eine Bemerkung der Nachbarsfrau, also der Frau aus der sudetendeutschen Familie, die in der Wohnung nebenan einquartiert war. Die sagte noch während des Krieges, die Tschechen seien schlecht. Deshalb sei sie mit ihrer Familie in der Aktion „Heim ins Reich“ nach Deutschland übergesiedelt. Aber einen richtig glücklichen Eindruck machte sie auf mich damals nicht. Sie hatte ja ihre Heimat verlassen müssen!

Wann sind Sie das erste Mal mit dem DDR-Grenzgebiet in Berührung gekommen?

Meine Frau lud mich Ostern 1957 ein, ihre Familie zu besuchen. Wir hatten uns ein Jahr zuvor in Magdeburg bei einer Hochzeit kennengelernt. Der erste Schlagbaum, den ich passieren musste, war 16 Kilometer von der Grenze entfernt zwischen Badeleben und Ummendorf. An die Kontrollen kann ich mich gar nicht mehr erinnern. Hötenleben lag damals noch im 500-Meter-Schutzstreifen. Meine Frau hatte mir davon erzählt, aber darunter konnte ich mir nichts vorstellen.

Im Dorf selbst hab ich die Grenze eigentlich gar nicht wahrgenommen. Es ist auch nicht so, dass man ständig Grenzer oder Militär sah. Es sah aus wie ein normales Dorf, aber den Leuten steckte die Grenze in den Knochen! Bedenken vor Denunzianten oder Spitzeln hatte man auch sonstwo in der DDR. Aber im Sperrgebiet hatte es 1952 die Zwangsaussiedlungen, also staatlich organisierte Säuberungsaktionen, gegeben. Dabei waren ganze Familie von Haus und Hof deportiert worden. Innerhalb von Stunden mussten sie ihr Hab und Gut packen und wurden ins Landesinnere verbracht. Das

hat die Leute so nachhaltig verschüchtert, dass zum Beispiel ein Jahr später, um den Volksaufstand am 17. Juni 1953 herum, im Grenzgebiet nichts los war. Die Leute haben mir erzählt, dass sich nach den Zwangsaussiedlungen im Jahr vorher keiner mehr was getraut hat. Nachdem die Familien weggebracht worden waren, wurden ihre Häuser durchsucht. Davor hatten die Leute Angst. Ich bin erst 1973 nach Hötensleben gezogen. Selbst ich hatte Angst, dass Texte, die ich geschrieben hatte oder verbotene Bücher gefunden würden! Zum Beispiel hatte ich mir mal George Orwells *1984* von einem Kumpel aus Frankfurt/Oder geliehen und mit ins Sperrgebiet genommen. Papiere mit handgeschriebenen Texten habe ich in meiner Litho-Werkstatt im Haus zwischen Materialien in einem Regal versteckt.

Sie sprechen von der Angst vor Repressionen. Welche Erfahrungen verbinden Sie mit dem Alltag im Sperrgebiet, wie haben Sie sich mit dieser besonderen Situation arrangiert?

Was mir dann dort sehr aufstieß, war die ständige Kontrolle. Jederzeit konnte man angehalten und der Ausweis kontrolliert werden. Zwei Mal wurde ich für jeweils zwei Stunden lang in der „Kompanie“, also der Kaserne der Grenztruppen, festgehalten, weil ich den Personalausweis nicht bei mir hatte.

Ich habe immer aus Jux gesagt, nicht ich muss abhauen, die Russen müssen verschwinden. Das haben sie ja dann auch gemacht, aber viel zu spät.

Meine Frau und ich lebten seit 1961 in Frankfurt/Oder. Aber die Schwiegereltern waren schon alt und allein mit dem großen Garten in Hötensleben. Meine Schwiegermutter hatte uns in Frankfurt immer mit Eingewecktem aus dem Garten versorgt und wir wollten nicht, dass die beiden alten Herrschaften einmal in einem Altersheim dahindämmern müssen. Wir sind also wegen der Familie nach Hötensleben gezogen. Mir ging irgendwann auch der Verkehr in der Stadt auf die Nerven und ich dachte, die Kinder müssen aufs Dorf. Ich konnte mich trotzdem nur schwer von Frankfurt losreißen. Es war mir zur Heimat geworden. Ich hatte auch meine Zweifel, so ans Ende der Welt zu ziehen. Der Hötensleber Pfarrer sagte aber: „Wieso Ende, hier sind Sie doch mittendrin!“. Und das hat mir dann doch irgendwie eingeleuchtet. Das hat mich überzeugt. Dort war ich ja mitten in Deutschland, wenn auch mit dieser blöden Grenze!

Man hat versucht, sein Leben trotz der bestehenden Einschränkungen so normal wie möglich zu gestalten. Wir hatten Freunde, haben gefeiert und sind dabei „über Tische

und Bänke“ gegangen. Natürlich spielte auch die Furcht vor Spitzeln immer mit. Über die Grenze hat man sich nur hinter vorgehaltener Hand unterhalten. Ein guter DDR-Bürger hatte ja immer ein schlechtes Gewissen. Von Stasi-Aktivitäten habe ich aber trotz meiner 460-seitigen Akte damals nicht das Geringste bemerkt.

Ich erinnere mich noch daran, wie 1986 die Deckung der Kirchturmhaube erneuert wurde. Bei den Arbeiten fand man in der Kugel unter der Wetterfahne historische Berichte aus vergangenen Jahrhunderten. Ein Eintrag stammte aus dem Jahr 1774. Der Schreiber äußerte sich darin sehr kritisch über die Wirtschaftspolitik von Friedrich dem Großen. Das hat mich für meinen eigenen Bericht über Hötenleben in den 1980ern inspiriert. Ich beriet mich mit dem Pfarrer. Wir gingen für das Gespräch extra in seinen Schuppen, denn wir wollten gerade *nicht* schreiben, was offiziell in den Zeitungen stand, über FDJ-Einsätze und die Ernteerfolge und so. Der letzte Satz unseres Berichtes lautete ungefähr so: „Wir wünschen unseren Nachfahren ein demokratisches und geeintes Deutschland.“ Wer hätte es damals für möglich gehalten, dass sich dieser Traum schon drei Jahre später erfüllen wird?

Die Frau des Bürgermeisters hat die Texte auf Dokumentenpapier geschrieben. Alle Entwürfe und vorgeschriebenen Papiere wurden vernichtet. Ich habe meine behalten und habe sie heute noch.

Sie sind Jahrgang 1936 und waren ein Teenager, als beide deutsche Staaten gegründet wurden. Wie haben Sie das geteilte Land erlebt?

Nach dem 17. Juni 1953 hatte die DDR-Regierung die Grenzübergänge wieder geöffnet – als Zuckerbrot für das Volk. Ich war in den 1950er Jahren mehrmals im Westen: Zum Beispiel habe ich 1954 meine Verwandten im Emsland besucht. Den Passierschein für die Reise bekam ich überraschend schnell. In den beiden darauffolgenden Jahren war ich im Schwarzwald im Winterurlaub und ich war auch einige Male in West-Berlin.

Als Student hatte ich im Sommer 1956 mit zwei Klassenkameraden aus der Oberschule eine Fahrradtour von Leipzig über Magdeburg, Braunschweig, Lüneburger Heide nach Sylt gemacht. Da bin ich über den Grenzübergang Marienborn gekommen! Der Lebensstandard im Westen – und dann der Muff im Osten! Auch die Weltläufigkeit! Bei der Radtour 1956 stand ich in Hamburg in der Jugendherberge bei der Anmeldung an. Mein Vordermann war aus Hawaii und der hinter mir aus Venezuela! Oh Mann, und

bei den Russen wurde alles getrennt, wer mit wem sprechen darf und so weiter. Und dann kommt man in die Ostzone zurück und alles ist nur verklemmt und verboten! Nach dieser Radtour waren wir für den Osten verloren. Diese Reise war der Blick in die große weite Welt. Ich hab mich immer gefühlt als Zaungast des 20. Jahrhunderts: Auf der anderen Seite wird das richtige Leben gelebt und wir gucken zu, was die alles machen. Man hat in Höten leben, wie überall im Grenzgebiet, ja erstklassigen Empfang des Westfernsehens gehabt.

Sie sagten, Sie waren in den 1950ern in West-Berlin. Wie haben Sie die Berliner Sektorengrenze erlebt im Vergleich mit der Situation an der innerdeutschen Grenze, die damals ja bereits völlig dicht war?

Damals war es in Berlin ja vergleichsweise unkompliziert, so wie an der innerdeutschen Grenze vor 1952. Wenn kein Uniformierter in der Nähe war, wechselte man einfach über die Sektorengrenze, hin und zurück zwar mit Herzklopfen, aber es funktionierte. Meine Freunde und Kollegen waren öfter in West-Berlin zum Einkaufen oder im Kino. An der innerdeutschen Grenze bestand ja bereits ein tödliches Risiko durch die ausgebauten Grenzanlagen und den Schießbefehl.

Am 12. August 1961 war ich noch mit meiner Frau in West-Berlin unterwegs. Wir schwärmten beide von diesem Teil der Stadt, überlegten sogar, ob wir in der Jugendherberge in Tegel übernachten sollten. Aber dann entschieden wir uns, doch am noch Abend zurück zu fahren, da wir beide am übernächsten Tag arbeiten mussten. Die Luft „brannte“. Am Bahnhof Zoo sprach ich einen Polizisten an. Der fiel mir gleich ins Wort und sagte: „Ich weiß schon, was Sie wollen. Sie wollen wissen, wo es nach Marienfelde geht!“ „Nein“, sagte ich, „ich möchte wissen, wie ich am sichersten in den Osten zurück komme.“ „Das hat mich heute noch keiner gefragt“, sagte der verblüfft. Gegen 21 Uhr kehrten wir durch das Brandenburger Tor zurück in den Osten. Am nächsten Morgen, als ich wieder in Leipzig war, verkündete der Sprecher im Radio die Schließung der Grenze!

Man hatte vorher schon das Gefühl, dass was in der Luft lag. Die DDR-Regierung hatte vorher schon den Propagandaapparat heiß laufen lassen und derart über sogenannte Schleuser und Menschenhändler gehetzt, dass man den Eindruck hatte, da kommt was. Uns war natürlich klar, dass es die Menschen sind, die in Massen weg wollten und es nicht der Westen ist, der die Menschen abwirbt. Den wirklichen Menschenhandel hat später die DDR betrieben mit dem Häftlingsfreikauf!

Wir haben damals noch für einen Schreck in der Familie gesorgt: Während unseres Aufenthalts in West-Berlin am 12. August hatten wir noch Postkarten an die Verwandten geschickt. Als diese Karten Tage später ankamen, dachten die nun erstmal, dass wir im Westen geblieben wären. Im Sommer 1961 hatte das Thema Flucht überall zum normal Tagesgespräch gehörte: „Na wie geht's denn so?“ – „Ach, Mensch, weißte wer schon wieder abgehauen ist?“ Ich habe 1961 im Mai mein Diplom gemacht. Viele hielten nach dem Abschluss ihrer Ausbildung ab. Ich selbst wollte nicht weg. Ich war gefühlsmäßig zu sehr an meine Heimat gebunden. Ich wollte auch meine Mutter und meine Tante, die mich in der schweren Zeit nach dem Krieg aufgezogen hatten, nicht im Stich lassen. Und da war ja auch meine Freundin, meine spätere Frau, die ich nicht zurücklassen wollte.

Wie hielten Sie ihre familiären Kontakte, die ja durch den eingeschränkten Zutritt zum Sperrgebiet erheblich beeinträchtigt waren?

Dass wir kaum Besuche von Verwandten und Freunden außerhalb bekommen konnten, hat mich sehr gestört. Aber es ging eben nicht anders. Mein Vater lebte in Detmold. Ich durfte ihn im Westen nie besuchen, er durfte mich, auch nachdem der sogenannte kleine Grenzverkehr von West nach Ost eingeführt worden war, nie zuhause im Sperrgebiet besuchen. Für unsere Treffen bekam er Quartier bei einer Bekannten in Barneberg, außerhalb des Sperrgebietes.

Mit den anderen Westverwandten aus Helmstedt und Peine trafen wir uns von 1973 bis 1989 alljährlich zweimal in der Feldmark. Ich erkundete dafür immer eine schöne Stelle an einem Feldweg, einem aufgelassenen Steinbruch oder ähnlichem. Einmal trafen wir uns an der Autobahnabfahrt Ostingersleben, tauschten Geschenke aus. Währenddessen lief ein Volkspolizist auf der Brücke hin und her. Der guckte immer rüber. Später hab ich einen Bericht in meiner Stasi-Akte über dieses Treffen gefunden. Da war klar, wer uns da beschnüffelt hatte. Seither weiß ich genau, an welchem Datum wir uns damals getroffen haben.

Eigenartiger Weise hatte ich 1954 bei meinem ersten Besuch im Westen problemlos den Passierschein bekommen!

Mit den Passierscheinen ins Sperrgebiet habe ich später gegenteilige Erfahrungen gemacht, zum Beispiel, wenn ich Angehörige aus dem Erzgebirge zu mir ins Sperrgebiet einladen wollte und die Anträge abgelehnt wurden. Grundsätzlich musste man vier



Am 15. November 1989 forderten Hötensleber direkt an der Sichtblindmauer die Öffnung der Grenze auch in ihrem Ort.

Wochen vorher den Antrag stellen. Die Bearbeitungszeit dauerte real vielleicht eine halbe Stunde, aber nachfragen durfte man erst drei Tage vor dem Termin. Eine Ablehnung bekam man nie schriftlich, nur mündlich und ohne Begründung. Das ist übrigens ähnlich bei den Zwangsaussiedlungen: Es gibt keine Dokumente, die den Betroffenen mitteilen, dass und warum sie von Haus und Hof vertrieben werden.

Meine Mutter hat als Verwandtschaft ersten Grades immer einen Passierschein bekommen. Auf der Rückseite des Dokuments stand ein Vermerk, dass der Besuchte den Besucher über das richtige Verhalten im Sperrgebiet aufklären müsse. Aber worin dieses vorgeschriebene Verhalten bestand, wurde mir nie mitgeteilt. Ich bin davon überzeugt, dass dies eine kalkulierte Lücke war, um eine Rechtsunsicherheit zu schaffen und die Leute im Ungewissen zu halten.

Wie haben Sie die Grenzöffnung 1989 erlebt?

Im ganzen Herbst 1989 war die Entwicklung irgendwie auf den Niedergang der DDR ausgerichtet. Dass die Demonstrationen in Leipzig nicht niedergeschlagen wurden, keine Panzer auffuhren, die Russen nicht einschritten – das waren schon Zeichen des Aufweichens. Dann wurde Honecker abgesetzt.

Am 9. November abends hab ich die Pressekonferenz mit Schabowski gesehen, wie er den Zettel rausholte und sagte, dass die neue Reiseregelung unverzüglich gilt. Naja, aber damals hab ich gedacht, jeden Tag gibt es eine neue Meldung, ob das morgen noch stimmt? Ich bin jedenfalls in aller Ruhe zu Bett gegangen.

Beim Frühstück am nächsten Morgen hörte ich dann im Radio, dass die Grenzübergänge geöffnet sind. Die Grenze selbst – wie in Hötenleben – war ja nach wie vor zu. Auf Arbeit fehlten einige Kollegen. Die waren nach Helmstedt gefahren und haben alle Fünfe gerade sein lassen. Ich erinnere mich, dass wir damals nicht mehr gearbeitet haben. Es gab nur ein Thema. Manche Kollegen, und ich auch, waren natürlich dann bald in Helmstedt. Wir sind mit dem Auto bis Marienborn gefahren und dann mit der Bahn rüber. Die Züge waren so rammelvoll wie nach dem Krieg. Nur hatte man nach dem Krieg eine so fröhliche Fracht nicht gesehen. Die Leute waren so glücklich, es war ein einziger Rausch. Ich weiß noch, wie ich auf der Rückfahrt in Helmstedt einsteigen wollte. Der Zug war brechend voll, der Bahnsteig auch. Ein Kollege hat mich noch rein-gezwängt. Es war unglaublich.



November 1989: Kerzen auf der Sichtblindmauer als Zeichen der Verbundenheit mit den Schöninger Bürgern.

Wann und wie kam es zur Öffnung der Grenze in Hötensleben?

Nachdem am 9. November die Grenzübergänge geöffnet waren, gab es überall lokale Initiativen, die auch in ihren Dörfern die Grenze öffnen wollten und zum Teil auch schon neue Grenzübergänge geschaffen hatten, so dass man einfach durchgehen konnte. Bei uns gab es eine Initiative vom Armaturenwerk, die die Forderung aufstellte, dass auch in Hötensleben ein Übergang entstehen sollte. Da die oberen Genossen das Unruhepotenzial in der Bevölkerung gering halten wollten, gab es am 15. November eine Zusammenkunft an der Schöninger Straße, dort wo die Straße nach Schöningen durch die Sichtblindmauer unterbrochen war. Frauen aus dem Armaturenwerk kamen dazu, mit brennenden Kerzen, die sie mit der Hand vor dem Wind schützten. Es war eine absolut friedliche Stimmung. Der Landrat und die Bürgermeisterin fragten die versammelte Runde, was ihr Anliegen sei. Wir erklärten, dass wir die Straße nach Schöningen geöffnet haben wollten. Die nickten nur und teilten uns mit, dass unser Anliegen zur Kenntnis genommen sei, man aber erst mit einem Grenzzoffizier beraten müsse, an welcher Stelle die Grenze im Raum Hötensleben geöffnet werden könne. Die ganze Versammlung wurde beobachtet durch Grenzer auf dem Kommandoturm, der auch heute noch als Teil des Grenzdenkmals zu sehen ist. Wir hatten Kerzen auf die Sichtblindmauer gestellt,

weil auf der Westseite immer Schöninger Bürger standen. Nach einer Weile kamen die Genossen mit einem Grenzzoffizier zurück, der drei Botschaften verkündete: 1. Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze der DDR müssten weiterhin gewährleistet werden und wir sollten die Kerzen von der Mauer entfernen, 2. in wenigen Tagen würde ein provisorischer Grenzübergang entstehen. Dann hat man nichts mehr verstanden, denn die Leute haben bloß noch gejubelt. Die dritte Information bestand schließlich in der Aufforderung, nicht mehr an der Straße, die zur Mauer führte, zu parken, damit die Baufahrzeuge durchfahren konnten. Natürlich hat an diesem Tag niemand mehr die Kerzen von der Mauer genommen.

Ich bin dann noch einmal zur Straße nach Offleben gefahren, die ja auch nach Westen führt. Da tat sich nichts. Einziges Zeichen der Lockerung war, dass die Grenzer dort standen und rauchten, was sie normalerweise nicht durften.

Am nächsten Morgen war zunächst noch alles unverändert, aber auf Arbeit gab es das Gerücht, dass um 11 Uhr die Mauer aufgemacht würde! Da wir sowieso nicht mehr gearbeitet haben, sind wir einfach zur Grenze gegangen und sahen dort, wie hinter der Sichtblindmauer ein mit grüner Tarnfarbe gestrichener Baggerarm erschien und ein Mauersegment nach oben heraus zog. Das war so ein bewegender Moment! Ich weiß noch wie mein Vorgesetzter zuschaute und sagte: „Ich weiß gar nicht was mit mir ist, mir steht dauernd das Wasser in den Augen.“

Ich habe mehrere negative Ereignisse erlebt: 1945 die Russen, 1953 den 17. Juni, dann den Einmarsch in Prag 1968 – und plötzlich diese Grenzöffnung! Das war das größte politische Erlebnis meines Lebens, und sicherlich nicht nur meines. Wir sind in dieser Zeit auf Wolken gegangen!

Ich bin dann jeden Morgen dort vorbeigefahren, um zu sehen, wie es vorwärts geht. Am Sonntag, dem 19. November 1989, um 7.50 Uhr war es dann offiziell soweit: der provisorische Grenzübergang Hötensleben sollte eröffnet werden. Auf beiden Seiten der Straße, in Ost und West, warteten bereits hunderte Menschen auf das Durchschneiden des Flatterbandes an der improvisierten Straße durch die Mauerlücke. Während wir im Osten ganz preußisch auf das Startsignal um 8 Uhr warteten, griff der Schöninger Bürgermeister 7.50 Uhr einfach zur Schere und ging los. In einem Stasi-Bericht habe ich später gelesen, dass an diesem Tag auf beiden Seiten des Grenzübergangs 15.000 Menschen unterwegs waren.

Herr Walther, Sie haben im Februar 2016 Ihren 80. Geburtstag gefeiert und im März des Amt des Vorsitzenden des Grenzdenkmalvereins Hötensleben an die jüngere Generation abgetreten. Was ist Ihr Resümee und Ihr Ausblick für die Erinnerung an die Teilungsgeschichte und die innerdeutsche Grenze?

Je mehr ich über diese bolschewistische Diktatur erfahre, je besser ich ihr Wirken durchschaue, desto mehr verachte ich dieses System nachträglich. Ich lebe wieder in einem deutschen Staat, nicht mehr in einer sowjetischen Unionsrepublik. Ich bin dankbar für die heutige Demokratie, der ich ein Leben in größtmöglicher Freiheit und Sicherheit verdanke. Mit meiner Arbeit möchte ich dazu beitragen, das Bewusstsein der Besucher für die Vorteile von Demokratie zu wecken.

Die Grenzübergangsstelle Marienborn und die Grenzanlagen in Hötensleben gehören zusammen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, trotz der anfänglichen Widerstände aus der Bevölkerung, dieses Geschichtszeugnis zu bewahren, auch wenn der Erhalt vielleicht schwierig ist. Der Beton wird über die Jahre porös. Das sieht man zurzeit am Kommandoturm und an den Mauern, wo sich jede Menge Haarrisse gebildet haben. Irgendwann wird die Erinnerung an die Grenze versinken wie die Erinnerung an die Bombennächte im Zweiten Weltkrieg oder die Völkerschlacht bei Leipzig. Man kann das Lebensgefühl kaum transportieren. Aber man kann anhand der erhaltenen Grenzanlagen ein Gespür für den Charakter des DDR-Grenzregimes entwickeln. Denn man sieht, dass diese Grenze sich fundamental unterscheidet von anderen Grenzanlagen: Sie ist nicht zum Schutz vor Gefahren von außen gebaut, sondern nach innen, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet, eher vergleichbar mit einer Zuchthausmauer. Ich hoffe, dass wir auch in den Führungen am Grenzdenkmal das Zusammenwachsen und das gegenseitige Verständnis in Ost und West befördern können.



Für eine vielfältige Besucheransprache können auch klassische Bild-Text-Informationen im Postkartenformat dienen, die historische Fakten mit interessanten Detailansichten verbinden

Überlegungen zur medialen Präsentation von Geschichte(n) am historischen Ort am Beispiel der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Ilona Wuschig

Die Funktion von Museen, Gedenkstätten und Ausstellungen wird seit einigen Jahren überdacht. Im Kontext der Debatte über Erinnerung und Gedächtnis geht es auch um die Frage, wie sich gesellschaftliche Debatten auf die Art und Weise der Präsentation auswirken und wie Nutzergruppen erschlossen werden können, die nicht das klassische Gedenkstätten- und Museumspublikum sind.

Neben dem „Was“, also den Inhalten, geht es verstärkt um das „Wie“. Zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehrerer Seminare des Masterstudienganges Cross-Media an der Hochschule Magdeburg habe ich mich mit einem Teilaspekt dieses „Wie“, mit einem möglichen Medienkonzept für die Gedenkstätte Deutsche Teilung

(GDT) Marienborn beschäftigt. Wie kann eine mediale Konzeption für die Dauerausstellung auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn und am Grenzdenkmal Hötensleben aussehen – angefangen beim Logo, über eine mehrmediale Besucher- und Nutzerführung, bis zu modernen Aufbereitungs- und Strukturierungstools?

Im Studiengang Cross Media kommen junge Berufstätige aus verschiedenen Bereichen zusammen: Journalismus und Design, Kameraregie und Dokumentarfilm, Medienmanagement und Social Media. Ihre akademische Grundausbildung liegt zumeist in den Bereichen Politik, Kulturwissenschaften, Germanistik, Pädagogik, Marketing oder Medienmanagement. Die am Erstellen eines Medienkonzepts beteiligten Studierenden bringen also unterschiedliche, für das Projekt nützliche Kompetenzen und Erfahrungen mit. Auch ich, die Leiterin des Projekts, bringe verschiedene Wissensgebiete ein. Ich habe Politik, Soziologie und Geschichte studiert und war über 20 Jahre als Fernsehjournalistin tätig. Dies war im Hinblick darauf vorteilhaft, dass das Medienkonzept Trends zu Medialisierung und zur Ikonografierung, also zur Verbildlichung, berücksichtigen sollte. Journalisten erzählen wahre Geschichten, bringen komplexe Themen auf verständliche Beispiele – ein Ansatz, der auch in moderner Museums- und Ausstellungspädagogik zu finden ist. Wir haben von Anfang an berücksichtigt, dass besonders junge Menschen (inzwischen aber nicht nur sie) in Ausstellungen und Gedenkstätten einen themengerechten Medieneinsatz erwarten. Dieser setzt auf die Bildmedien Foto und Film, aber auch auf interaktive Grafiken, partizipative Tools und mobile Angebote.

Am Anfang der Seminararbeit stand eine intensive Recherche. Die Geschichte der GÜSt und die besonderen Anforderungen an die Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte wurden in Vor-Ort-Besuchen, in Gesprächen mit Gedenkstättenmitarbeitern und natürlich in einer breiten Literaturrecherche erarbeitet. Gelungene und weniger gelungene, strikt historische und historisierende Ausstellungskonzepte mit höherem oder geringerem Medieneinsatz wurden gesichtet und kritisch hinterfragt.

Eine Schwierigkeit ist jeder Entwicklung einer neuen Ausstellungskonzeption immanent: Es gibt keine ideale Abfolge der Arbeitsschritte zu Inhalt und Präsentation. Die Auswahl dessen, was dargestellt und vermittelt werden soll, ist kaum von Medien-

gestalten zu treffen. Für ein ausgefeiltes Medienkonzept müssen die vorrecherchierten Inhalte allerdings einen hohen Grad der Konkretisierung erreicht haben, um zentrale Themen und Fakten sowie Angaben zu wichtigen Orten, Personen und Ereignissen in ein moderne, nutzerzentrierte Präsentationsformate zu überführen. Es bedarf einer engen Abstimmung zwischen Medienmenschen und Historikern darüber, was zu den verschiedenen Themenblöcken und Themen anhand welcher Beispiele und Materialien vermittelt werden soll und wie diese Inhalte medial umgesetzt werden können.

Gedenkstätte – Museum – Medien

Eine Gedenkstätte hat gegenüber einem Museum einen unschlagbaren Vorteil – sie bietet den authentischen Ort. Das heißt aber auch: Alle Exponate müssen sich dem realen Ort unterordnen. Sie beleben diesen Ort, machen Vergangenes dort erfahrbar. Es ist ganz egal, ob es sich dabei um Artefakte oder um eine mediale Aufarbeitungen handelt: Was den Ort nicht stützt, was versucht, dem Ort „die Schau zu stehlen“, mindert seine Wirkung und gehört verworfen.

Ein Museum bietet in fast beliebigen Räumen eine thematische Sammlung an. Der genuine Ort einer Gedenkstätte erzählt eine, und nur eine Geschichte – diese aber mit hoher Authentizität. Das Gelände, die Gebäude und Räume bieten sinnliche Reize, die – sichtbar und verstehbar gemacht – intellektuell stimulieren und zu neuen Einsichten führen.

Begleitsystem

Warum ein Begleit- und kein Leitsystem? Zum einen erstreckt sich das Areal der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn über ein Areal von 7,5 Hektar und bietet an über 14 Orten und Gebäuden Ausstellungsbereiche zu verschiedenen historischen Themenbereichen an. Die Größe und Weitläufigkeit ist einerseits ein großer Vorteil der Gedenkstätte, da sie die Bedeutung der ehemaligen Grenzübergangsstelle sofort erahnen lässt. Andererseits ist das Gelände im jetzigen Zustand für die Besucherinnen und Besucher nur schwer oder gar nicht als zusammenhängend, als eine funktionale Einheit, zu verstehen.

Aber auch wenn diese Hürde genommen wurde, können sich Besucherinnen und Besucher nur schwer orientieren. Welche Gebäude gehören noch zum Gelände? Welche Bereiche sind zugänglich? Wo darf ich hin? Wo finde ich den Einstieg? Wo sind bestimmte Ausstellungsbereiche und die von mir gesuchten Informationen?

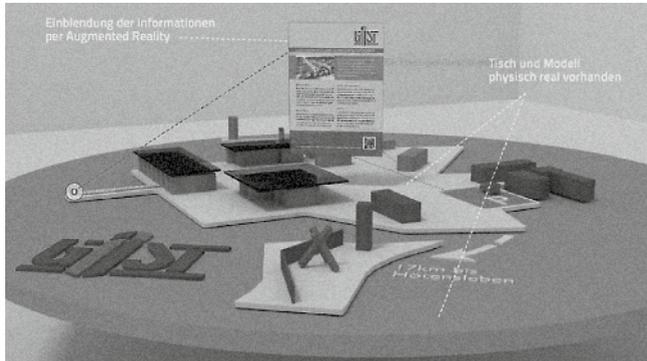
Das Gelände braucht also ein Leitsystem, das den Besucherinnen und Besuchern hilft, die Komplexität der Umgebung zu verstehen, diese zu reduzieren und sie über das Ausstellungsgelände führt. Eine klare Navigationsstruktur und ein systematisches Design stellen sicher, dass das Leitsystem einfach nutzbar ist und auch sprachliche Barrieren überwindet. Ein starres, unveränderliches Leitsystem kann nicht auf persönliche Interessen, auf ein persönliches Zeitbudget, auf den Wunsch nach mehr oder weniger Aufbereitung, mehr oder weniger Vorwissen, auf den Wunsch nach einem bestimmten Medium eingehen. Es kann auch nicht an eventuelle Wechselausstellungen oder Erweiterungen angepasst werden.

Das Areal der Gedenkstätte galt es also als erstes in den Fokus zu nehmen. Im ersten Schritt wurde ein Logo entwickelt, das den weithin sichtbaren Kommandantenturm an der A2 als Wiedererkennungsmerkmal aufnimmt. Ziel war es, das Logo plakativ genug für Werbegroßflächen zu gestalten und ihm eine Farbigkeit zu geben, die auch an nebligen Herbst- und Wintertagen gut erkennbar ist.

Die Besucherinnen und Besucher würden als Erstes zum Hauptgebäude der Gedenkstätte, als zentralem Anlauf- und Startpunkt, geleitet. Wir haben ein dreidimensionales Modell entwickelt, das den Besucherinnen und Besuchern eine Übersicht bieten kann und die Farbigkeit des geplanten Leitsystems vorgibt. Ebenso erstellten wir eine digitale Version des Modells, die für die Website der Gedenkstätte bzw. auf der App eingesetzt werden könnte. Zu den einzelnen Gebäuden und Stationen würden die Besucherinnen und Besucher per Mausclick geleitet. Zudem erhielten sie Basisinformationen, die ihnen die Entscheidung ermöglichte, sich nach eigenem Interesse mit bestimmten Gebäude oder Orten näher zu beschäftigen.

Direkt vor dem Modell stehend, könnte der Nutzer die Kamera seines Smartphones oder Tablets auf die Gebäude des 3-D-Modells richten und erhielte ebenfalls automatisch die passenden Informationen.

Museen und Gedenkstätten gehorchen (jenseits des authentischen Ortes) ähnlichen Prinzipien. Sie sind längst nicht mehr Orte der reinen Rezeption, des hehren Staunens, des rein rationales Lernens und des weihevollen Erinnerns. Das moderne historische Museum erfand das Erinnern meist in nationalen Kontexten im 18./19. Jahr-



Ein 3-D-Modell lässt die Gebäude und ihre Funktionen zuordnen und die Struktur der GÜSt erkennen.

hundert. Die Originalität und Authentizität der ausgestellten „historischen Objekte“ brachte den Erfolg. Seit den 1980er Jahren wird „Erinnern“ neu definiert. Alltagsgegenstände wie Möbel, Briefe, Kleidung und Fotos sollten die Vergangenheit nachvollziehbar machen.

Hier knüpften wir an und recherchierten in verschiedenen hervorragenden Museen und Gedenkstätten im In- und Ausland, was technisch und finanziell möglich ist, was wo mit welchem Erfolg für welche Zielgruppen eingesetzt wird. Es ging uns dabei nie um einen möglichst großen Medieneinsatz. Fotografie, Film, PC-Stationen müssen dem Verständnis helfen, sie haben eine im besten Sinne dienende Rolle und dürfen sich nicht als Installation in den Vordergrund drängen.

Museen und noch viel stärker Gedenkstätten haben sich zu „Identitätsfabriken“ umgestaltet, in denen der Umgang mit Dingen, haptisch und experimentierend, eine eigenständige Wissensaneignung möglich machen soll. „Partizipation“, „Narration“ und „multiperspektivische Ansätze“ sind hier die Stichworte. Moderne Ausstellungsmacher wollen den Betrachtern nicht vorschreiben, wie sie die ausgestellten Objekte zu werten haben – jeder Besucher sieht z. B. einen Schlagbaum der ehemaligen GÜSt anders, verbindet damit andere Vorstellungen.

Textliche und filmische Erzählungen nehmen also keine allwissende Erzählperspektive ein, sondern die der jeweils dargestellten Personen. Keine Zuschauerin, kein Zuschauer wird zu einer Sichtweise gezwungen, sondern mit verschiedenen Medien werden verschiedene Informationen und Zugänge angeboten. Je besser und passgenauer das Angebot, umso vielfältiger die Nutzung.

Das Thema „Geschichte“ boomt in den Medien – sei es in Form populärer Sachbücher, im TV als fiktionale oder non-fiktionale Serie, als „Histotainment“, mit Spezial-Zeitschriften, historischen Romanen, Audioguides durch Museen und Stadtquartiere, QR-Code geführte Rundgänge, Living History-Events, virtuellen Zeitreisen, transmedialen Aufbereitungen und Videowalks. Sowohl die neueren museumsdidaktischen Ansätze, als auch diese neue Formen der medialen Aufbereitung spielen besonders den Gedenkstätten in die Hand, da hier das eigene Erleben und Nachempfinden leichter inspiriert werden kann. In historischen Räumen können mit den passenden Medien authentische Geschichten angeboten werden.

Damit dies geschehen kann, müssen die Besucherinnen und Besucher der ehemaligen GÜSt ebenso wie die Nutzerinnen und Nutzer einer neu konzeptionierten Website als Partner verstanden werden. Diese tragen ihr eigenes, ganz unterschiedliches Interesse an die Ausstellung heran. Sie können aber auch Informationen, Medien und Geschichten haben, die der Dauerausstellung, thematischen Ausstellungen und dem Webauftritt etwas hinzuzufügen vermögen. „Sich-ernst-genommen-fühlen“ und „Sich-beteiligen-können“ und „Partizipation“ waren wichtige Stichworte bei der Entwicklung des Medienkonzeptes, bei der Verbindung zwischen Exponaten und Information auf der einen, und den Besucherinnen und Besuchern sowie Nutzerinnen und Nutzern auf der anderen Seite.

Partizipation

Unser Vorschlag ist, dass auf dem Gelände der Gedenkstätte ein „neuer Ort“ entsteht, der zum Treffen und Mitgestalten einlädt. Der „neue Ort“ wäre klar als neu und anders zu erkennen – ob im Außenbereich der ehemaligen GÜSt oder einem Neubau auf dem Gelände.

Hier können Partizipation und Austausch spontan stattfinden – oder initiiert durch die Gedenkstätte, die Anlässe und Themen vorgeben kann, zu denen sie sich Input von Besucherinnen und Besuchern erhofft. Dieser Input kann aus eigenen Erlebnissen, Artefakten oder Fragen bestehen. Der „neue Ort“ wäre zudem für kleinere Wechselausstellungen nutzbar, deren thematische Ausrichtung durch Besuchende inspiriert sein kann.

An einem Austausch interessierte Besucherinnen und Besucher können vor, während und nach dem Besuch der Gedenkstätte die Möglichkeit erhalten, Kontakt zu anderen Gesprächsinteressierten aufzunehmen. Dazu erhielte die Website der Gedenkstätte einen passwortgeschützten Bereich, dessen Inhalte nur für registrierte und eingeloggte User sichtbar sind.

Multiperspektivität

Durch einen klugen Medieneinsatz wird den Besucherinnen und Besuchern immer wieder sichtbar gemacht, wie verschiedenen die Erfahrungen und Interessen der Akteure in der Nutzungszeit der GÜSt waren. Es kann ein Zugang zum historischen Ort entstehen, der sich aus unterschiedlichen Perspektiven zusammensetzt, den Wandel von Routinen, Abläufen und Wahrnehmungsweisen erlebbar macht.

Auf der Website wird die Off-Line Ausstellung in eine Kommunikationsplattform verlängert, auf der nicht nur vertieft, sondern auch personalisiert gesucht werden kann. In sozialen Medien können die User Ideen, Wünsche und Inhalte einbringen, die in den veränderbaren Teil der Ausstellung einfließen können und sollen.

Was die Besucherinnen und Besucher und Nutzerinnen und Nutzer mehr interessiert, bleibt ihnen überlassen. Die Erfahrung zeigt: Wo Medieneinsatz sowohl themen- als



Still Videowalk



Mit Hilfe von Videowalks können die Besucherinnen und Besuchern die Geschichte des historischen Ortes erkunden.

auch nutzergerecht ist, hat er einen Mehrwert: Die Angebote werden häufiger und länger genutzt, sie werden besser verstanden und führen zu Anschlusskommunikation. Die Besucherinnen und Besucher erfahren mehr, vertiefen in Gesprächen und führen auf der Website das reale Erlebnis fort. Im Folgenden reiße ich einige unserer Ideen an.

Videowalks

Die Videowalks sind eine besondere Form eines Mediaguides, der es den Besucherinnen und Besuchern ermöglicht, die Geschichte des historischen Ortes nachzuvollziehen. Über ein ausleihbares Tablet führt der Walk mit gut strukturiertem und spannend aufbereitetem Bild- und Tonmaterial über das Areal. Die Videowalks bieten mit Nachvollziehbarkeit, Personifizierung und Identifikation ein interaktives Lernerlebnis. Sie vermitteln auf ansprechende und zugleich seriöse Weise Informationen über die ehemalige GÜSt. Sie ermöglichen vor allem jungen Besucherinnen und Besuchern ein besseres Verständnis der historischen Gegebenheiten und Akteure. Geschichte wird als von Menschen gemachter und gelebter Prozess erkennbar, der auch andere Entwicklungen zugelassen hätte.

Jeder einzelne Videowalk besteht aus einer genau recherchierten, historischen Szene. Die Nutzerinnen und Nutzer werden über ihr Tablet direkt vom Darsteller angesprochen und können so die historische Situation besser verstehen.

Da Geschichte nicht linear ist und es immer unterschiedliche Sichtweisen auf das Geschehene gibt, werden an jedem Ort zwei verschiedene Videowalks angeboten. Zum Beispiel gäbe es einen Videowalk aus der Perspektive eines Kontrolleurs des Staatssicherheitsdienstes, der in der Uniform der Grenztruppen seinen Dienst versah, und einen aus der Perspektive eines Reisenden.

Gerade bei der Darstellung der Repression an der GÜSt besteht hier die Herausforderung darin, die verschiedenen Perspektiven darzustellen, ohne in Beliebigkeit zu verfallen und den Respekt vor den Betroffenen und Opfern zu verlieren. Die Besucherinnen und Besucher sollten Mitgefühl mit den Leiden der Opfer entwickeln und die Handlungen der Täter strukturell verstehen können. Die Frage nach persönlicher Schuld oder Verstrickung wird nicht direkt gestellt, ergibt sich aber aus den Handlungen der Beteiligten. Diese können so diskutiert werden.

Eine Schulklasse kann in zwei Gruppen aufgeteilt werden, die je einen Videowalk verfolgt, und sich dann über die unterschiedlichen Perspektiven austauscht. Mit den Mitteln der Fotografie und des Films werden Gegenwart und Vergangenheit überblendet. Auf den Leih-Tablets der Gedenkstätte sind alle Anwendungen mit einer logischen Nutzerführung vorinstalliert und so auch für technisch nicht Versierte nutzbar. In der Ausstellung selbst wird dagegen nur historisches Audio- und Videomaterial zu jedem wichtigen Themenunterpunkt angeboten. Wo solches Material nicht existiert, wird mit Fotostrecken gearbeitet.

Fotografien per GPS und QR-Codes

Der Medieneinsatz dient in erster Linie dazu, die persönlichen Geschichten und Erfahrungen von Zeitzeugen mit historischem Material aus dem Archiv der GDT Marienborn zu verbinden und den Besucherinnen und Besuchern so einen informativen und emotionalen Zugang zu bieten.

Einige Beispiele: Fotografien aus der Ausstellung werden mit Zusatzinformationen in Form von Audio und Video auf der Website verbunden, die mittels eines QR-Codes mit dem Smartphone oder Tablet abgerufen werden können. Im Netz kann eine größere Vielfalt an Informationen geboten werden, da die Nutzerinnen und Nutzer jederzeit

selbst entscheiden können, wie viel, in welcher Tiefe und über welches Medium sie rezipieren möchten. Der Einstieg in ein neues Thema, einen neuen Unterpunkt ist immer ein Foto, da dies die Orientierung für sehr unterschiedliche Nutzergruppen leicht und eindeutig ermöglicht. Der informative Einstieg wird an jedem Ort der Gedenkstätte gleich gestaltet, um eine intuitiv verständliche Struktur zu bieten. In jeden Ort wird mindestens eine reale persönliche Geschichte erzählt, die die Funktion oder ein spannendes Geschehnis des jeweiligen Ortes heraushebt.

Die Einstiegsfotos finden sich real auf den Leittafeln der Gedenkstätte wieder. Per GPS bekommen die Nutzer an einer solchen Tafel weitere Fotos zum Thema. Die Funktion der PKW-Abfertigung wird mit einer Werbepostkarte, wie sie kostenfrei in Cafés und Kneipen ausliegen, erklärt. So wird die Ausstellung mit unterschiedlichen Motiven, aber im selben Stil und immer mit einem Informationsgehalt beworben.

Durch historische Fotos erfahren die Besucherinnen und Besucher, wie der heutige Ort zur Zeit seiner aktiven Nutzung aussah, worin diese Nutzung bestand und wie sie sich abspielte. Die Fotos sind monochrom eingefärbt, um sie als Zeitdokument und gleichzeitig als leicht erkennbaren Hinweis auf den Ort zu kennzeichnen.

Das Foto informiert, vermittelt aber auch Stimmungen und Emotionen. Die Fotos werden großformatig im Außenbereich aufgestellt. Das Motiv und der dadurch vermittelte Inhalt machen eindeutig klar, worum es beim jeweiligen Ort geht. Die Fotos können durch eine Beamer-Projektion von typischen (evtl. wechselnden) Zeitzeugen-Zitaten unterstützt werden. Sie werden auf Wände oder Böden projiziert. So werden Orte und Räume mit persönlichen Erfahrungen angereichert, ohne dass Spuren an den Gebäuden zurückbleiben, die dem Denkmalschutz widersprechen.

Audiobeiträge

Ergänzend gibt es Hörstationen: Interviewausschnitte von Zeitzeugen sollen die unterschiedlichen Perspektiven hörbar machen und an Orten oder Exponaten, die sich nicht selbst erklären oder zu denen besonders strittige Betrachtungsweisen existieren, den Besuchenden einen leichten Einstieg ermöglichen. An jedem Ort gibt es persönliche, emotionale und wissenschaftlich belegte Sachinformationen. Die Stationen werden mit einem Ohr-Icon gekennzeichnet, damit Besucher jeder Zeit erkennen könne, wo welches Medium angeboten wird.

Ebenso könnten kleine Hörspiele oder eine Zusammenstellung von Audio-Zitaten einer Besuchergruppe an einem bestimmten Ort eingespielt werden. Für jüngere Nutzgruppen werden diese Zitate durch eine Kommentirstimme erklärt und eingeordnet, aber nicht bewertet. Von jedem Interviewausschnitt ist im besten Falle eine Kurz- (bis 30 Sekunden) und eine Langfassung (bis 2 Minuten) verfügbar.

Video

Videoclips werden ähnlich wie Hörstationen eingesetzt. In den Archiven des DDR-Fernsehens, wie in denen der ARD und des ZDF gibt es zahlreiche Filme zur Situation an der GÜSt. Dass diese Filme die Lage sehr unterschiedlich interpretieren, unterschiedliche Themen zu unterschiedlichen Zeiten behandeln, ist ein zusätzlicher Reiz – aus dem ein Erkenntnisgewinn und Diskussionen folgen können.

Mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen werden Interview-Filme gedreht, die es den Besucherinnen und Besuchern ermöglichen, Informationen besser nachvollziehen zu können. Auf die Videos macht ein Auge-Icon aufmerksam. Alle Videos sind über Info-Terminals am Ort sowie über die entsprechende Website des GDT-Webauftritts abrufbar.

Neues Material wird durch Aufrufe in der Gedenkstätte und im Web gefunden, bei dem Gedenkstättenbesucherinnen und -besucher um eigene Video- oder Bilddokumente gebeten werden. Besonders zu Jahrestagen oder konkreten Themen ist das ein erfolgversprechendes Vorgehen.

Mit dem Mittel der Augmented Reality können diese Clips und Filme aber auch am jeweiligen Ort und zum jeweiligen Thema über Tablets oder Smartphone abgerufen werden.

Durch die Verquickung von Off- und Online, sowie durch den Einsatz von Tools, die sich immer wieder neu inhaltlich bespielen lassen, kann die neue Ausstellung „leben“ und also lange bzw. immer wieder „neu“ bleiben.



Blick auf die Schule (rechts) von Oskar Brüsewitz in Viešvile, ehemals Wischwill.

Die Lebensstationen des Oskar Brüsewitz von 1929–1964¹

Alexander Richter-Kariger

Wenn man sich als Betrachter in ein fremdes Leben drängt, stößt man unweigerlich auf viele andere Leben. Nicht zuletzt auf sein eigenes.

Mit der Beschreibung der Lebensstationen des Oskar Brüsewitz erfahren wir zum einen viel über den Menschen Brüsewitz, zum anderen werden uns auch die prägenden Zeitabschnitte und geschichtlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts intensiv vorgeführt. Um über diese Lebensstationen schreiben zu können, habe ich eine lange Reise durch die Zeit des Oskar Brüsewitz, die auch meine Zeit ist und die mein eigenes Leben maßgeblich bestimmt hat, unternommen. Ich habe über weite Strecken unseres Erdballs hinweg recherchiert, habe mit wichtigen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesprochen und mir vieles beim Lesen von jenen Dokumenten, die als „Stasi-Akten“ in die Geschichte eingegangen sind, erschlossen. Dokumente der genannten Art, „Stasi-

Akten“, hat es bis dahin in der fast nicht vorstellbaren Ausführlichkeit und in jenem persönlichkeitsverletzenden Ausmaß vermutlich in keiner anderen Staatsform als in jener der DDR gegeben.

Fast von selbst haben sich bei der Betrachtung der Brüsewitz'schen Lebensstationen Querverbindungen zu den Menschen aus seiner Umgebung aufgetan – die Familie, die Freunde, die Nachbarn, Gegner, Widersacher, Feinde. Sie alle haben eigene Lebenswege, die den Lebensweg des Oskar Brüsewitz berühren und mit prägen, ihn überdecken oder mit Hindernissen verstellen. Offenheit, Sympathie, Unverständnis, Verdrängung, Verweigerung, Angst oder Hass bestimmen die Erinnerungen, das Verhältnis und das Verhalten zu diesem Mann bis heute. Selten sind es Gleichgültige, Unbeteiligte, die auf ihn zurückschauen. Doch durch die Schilderung jedes Einzelnen wird Oskars Bild deutlicher, fassbarer; und wir alle können mit der Legende, die sich um den einstigen DDR-Pfarrer rankt, besser umgehen. Diese Legende wird mit der Beschreibung seiner Lebensstationen nicht entkräftet, nicht entschönt oder gar widerlegt. Sie wird vielmehr in ein stimmiges Verhältnis zu den jeweiligen gesellschaftlichen Systemen gesetzt. Sie wird verstehbarer, vor allem wird sie erklärt: Brüsewitz ist ein Mensch, er ist überzeugter Christ. Er hat die vielen Schwächen, die wir an ihm entdecken und er hat die unglaublichen Stärken, von denen wir in früheren Veröffentlichungen schon einiges erfahren hatten und die wir nun in der Beschreibung seiner Lebensstationen detailliert und ausführlich bestätigt finden. Er hat seine guten und großen Ziele, und immer wieder übernimmt er sich. Doch er gibt niemals auf. Auch nicht als er diese Welt im August 1976 verlässt.

Oskar Brüsewitz' Bedeutung ist weit größer als wir das heute meinen. Nur Wenige haben so verzweifelt, so elementar, so extrem und so ausdauernd verbissen wie er in die politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit gewirkt und Widerstand geleistet, nur Wenige auch sind – unwissend wie er – an bzw. nach ihrem Ende zum Vorbild, zum Ideal für viele Zaghaftere geworden.

Oskar Brüsewitz hat sich an jenem 18. August 1976 öffentlich in einer Kleinstadt der DDR mit Benzin übergossen und angezündet. Er ist, bis er dieses trotz aller Unfassbarkeit aufrüttelnde Signal setzte, einen kurzen weiten und sehr schweren Weg gegangen.



Die Schulklasse von Oskar Brüsewitz (obere Reihe, 2. v. r.).

Ich habe diesen Weg seit mehr als einem Jahrzehnt verfolgt und nun in einer Buchveröffentlichung nachgezeichnet. „Der Fall Brüsewitz“ lag mir schon deshalb eng am Herzen, da der Weg dieses Menschen Brüsewitz ein Stück entlang auch mein eigener Weg gewesen ist.

Die Geschichte der Familie Brüsewitz beginnt nicht, wie wir meinen, in Willkischken im Memelland. Der Ursprung reicht noch weiter in den Osten. Die Großeltern und die Eltern väterlicherseits stammen aus der Region von St. Petersburg in Russland. Sie wurden als deutsche „Untertanen“ geführt. Die Familie Brüsewitz hat diese Gegend irgendwann verlassen, um sich im Memelland anzusiedeln. Hier finden wir erste Spuren. So in Willkischken und in Wischwill, wo Oskar die Schule besuchte. Ein Klassenfoto zeigt ihn (hintere Reihe, 2. v. r.) als Dreizehnjährigen mit dem Hauptlehrer Franz Enseleit und 18 weiteren Mädchen und Jungen aus dem Sommer 1942 am Schulgebäude von Wischwill. In Wischwill gibt es heute noch deutliche Spuren der Familie Brüsewitz. Da ist die Schule, und da ist immer noch das Wohnhaus. Es ist geduckt und etwas schief. Das Dach ist stellenweise eingesunken. Der Vorgarten ist von Pflanzen überwuchert.

Burgstädt, nördlich von Chemnitz gelegen, ist nach dem Krieg die erste Station. Hier schloss Brüsewitz in der Werkstatt des Schuhmachermeisters Max Ogertschnig seine Ausbildung zum Gesellen ab. Ab 1947/48 taucht er dann in Melle bei Osnabrück auf. Er hat den Gesellenbrief in der Tasche und arbeitet bei Kost und Logis in einem großen Schuhgeschäft. Schon hier zeigen sich sein Erfindungsreichtum und sein Selbstbewusstsein. Nach Feierabend stellt er auf eigene Faust Damenschuhe her. Es ist eine von vielen Marktlücken in der Nachkriegszeit, in die er damit stößt. Es sind einfache Pumps, für die er eine feste Pappbrandsohle verwendet, die er über dem Leisten mit Leinen bespannt und mit einer attraktiven Färbung versieht. Er baut aus ausrangierten Einzelteilen ein brauchbares Fahrrad zusammen und fährt damit zu den Bauernhöfen, wo er schon erwartet wird. „Die Mädchen waren von seinen Schuhen absolut hingekissen“, sagt ein Freund. „Auch sonst kam er gut an und hätte leicht eine gute Partie machen können.“

Im Herbst, wenn die Haupterntezeit ist, müssen alle Angestellten bei der Gartenarbeit mithelfen. Die Gesellen, die Lehrlinge. „Das war damals so üblich“, sagt Oskars damaliger Jugendfreund. „In der Erntezeit wurde im Laden nur das Nötigste gemacht. Der Garten konnte ja nicht warten.“ Oskar hatte mit der Gartenarbeit keine Mühe und keine Probleme. „Er kannte sich aus, und das lag ihm.“ Alle sehen, es macht ihm Spaß. „Selbst das Umgraben ging ihm leicht von der Hand, und beim Jauchefahren war er fröhlich wie sonst.“

Mit dem Garten verbindet sich dann eine spezielle Erinnerung, die mit dem Schaf zu tun hatte, das dem Geschäftsinhaber gehörte. Es weidete an der Böschung des Flüsßchens Else und musste jeden Abend in den Stall gebracht werden. Oskars Freund lächelt aus tiefstem Herzen, als er die nun folgende Anekdote erzählt: „An jenem Abend sollten Oskar und ich das Schaf holen. Oskar kam hastig an und rief: ‚Jürgen, das Schaf ist noch draußen. Wir sollen es eben holen!‘ Wir gingen gleich los, doch als wir am Tor des Gartens ankamen, stellten wir fest, dass wir gar keinen Schlüssel dabei hatten. Wir konnten nicht rein. Ich wollte zurück nach Hause rennen, um den Schlüssel schnell zu holen. Aber Oskar sagte: ‚Macht nix, das geht schon‘, und er kletterte einfach über den Zaun. Das war gar nicht so einfach, denn der Zaun bestand aus hohen Latten, zwischen die man nicht ohne weiteres greifen und die Füße stellen konnte. Und oben waren ja

die Spitzen. Aber Oskar landete schon auf der anderen Seite und rannte zur Böschung hinunter. Kurze Zeit später stand er schon wieder da. Er hatte sich das Schaf über die Schultern gelegt und hielt es mit den Händen jeweils an zwei Beinen vorsichtig fest. Dabei hätte er das Tier gar nicht zu halten brauchen. Es lag ganz still und zufrieden da. Selbst als Oskar zurück über den Zaun kletterte, was wegen der Last auf seinen Schultern jetzt wohl noch schwieriger war, und er das Schaf loslassen musste, blieb es ruhig liegen. Oskar sah jetzt aus wie ein richtiger Hirte, der ein verlorenes Tier gerettet hat. Ein bisschen wirkte er sogar wie eine Gestalt aus der Bibel. Nicht nur ein bisschen.“

1949 meldet Oskar Brüsewitz in Melle ein Gewerbe für die Schuhmacherei an. Aber es ist ein schwieriges Geschäft. Die Erlöse sind dürftig, zudem gibt es allein in Melle mehr als zwanzig Schuhmacherwerkstätten. Oskar kann sich kaum über Wasser halten. Seine Pläne für eine moderne Schuhfabrik scheitern ohnehin, er übernimmt sich finanziell und gerät in die Insolvenz. Schließlich verlässt er Melle und geht nach Hildesheim, wo er durch ein Zeitungsinserat auf eine Werkstatt stößt und diese übernimmt. Abermals ist er erfolglos, abermals muss er in die Insolvenz. Doch er gibt nicht auf und geht für einige Monate nach Pirmasens. Pirmasens ist in der damaligen Zeit ein maßgeblicher Produktionsstandort der Schuhindustrie. Eine große Fabrik und verschiedene Zulieferer sind hier ansässig, dort nimmt Oskar eine Beschäftigung an. Der Grund des Ortswechsels ist jedoch abermals die Absicht, eine Schuhmacherwerkstatt zu eröffnen. Es gibt zu jener Zeit einen Werkstattinhaber in der Winzler Straße, dessen Betrieb Oskar übernehmen möchte. Doch auch hier sind die Aussichten schlecht. Zudem kann Oskar die Ablöse für die Maschinen nicht bezahlen. Er verlässt Pirmasens und verschwindet im April 1953 über die Zonengrenze. DDR, das ist sein Ziel. Hinter ihm liegen nicht nur wirtschaftliche Misserfolge, auch seine Ehe, aus der 1952 Tochter Renate hervorgeht, ist geschieden. Er geht mit leeren Händen und mit einem tiefen seelischen Leiden. Und er ist allein, einsam. Was ihm einzig bleibt, ist der Glauben an Gott und die Absicht, seine berufliche Zukunft bei der evangelischen Kirche zu suchen.

Doch die DDR erweist sich als christliches Brachland. Sie ist ein neues Land mit einer neuen Gesellschaft. Und mit einem neuen Gott, dessen Name Karl Marx ist. Der sozialistische Staat ist bereits in den 1950er Jahren mit der Unterwerfung der Kirche weit vorangeschritten. Dies zeigt sich im Mangel an Pfarrern und Predigern. Brüsewitz

möchte diesen Mangel lindern, er bewirbt sich in Wittenberg an der Predigerschule. Er wird abgelehnt und erkrankt heftig. Schließlich eröffnet er in Markkleeberg eine Schuhmacherwerkstatt, heiratet ein zweites Mal und schließt sich vorübergehend einer freien Kirchengemeinschaft an, in der er nochmals das Sakrament der Taufe empfängt. Zugleich ficht er mit vehementem Enthusiasmus bewusst und gezielt für den Glauben und die Kirche wider den sozialistischen Staat und dessen Ideologie. Auf einem brachliegenden Grundstück richtet er einen christlichen Jugendspielplatz ein. Am Freitag vor Pfingsten 1959 wird er dann nachts abgeholt und im Rathaus von Markkleeberg vor ein Tribunal gestellt. Er soll den christlichen Schmuck vom Grundstück entfernen, den er für den hohen Feiertag angebracht hat. Ihm wird dabei vorgehalten, die Kanarienvögel, die er dort in Käfigen hält, sollen den Sozialismus diskriminieren: Ein Gleichnis, das die nur wenig kaschierte Aussage führe, in der DDR würde die Taube des Friedens eingesperrt sein. Brüsewitz weigert sich, sein Grundstück zu beräumen. Schließlich wird er noch in der Nacht vom Freitag zum Samstag mit Polizeigewalt dazu gezwungen. Im Oktober erhält er dann eine Vorladung zur Volkspolizei. Er wird stundenlang verhört, man unterstellt ihm staatsfeindliche Handlungen und Motive. Ziel ist seine Inhaftierung. Doch er lässt sich nicht unterkriegen und das Verfahren, mit dem man ihn zur Strecke bringen will, wird eingestellt. Man muss ihn ziehen lassen, allerdings ist er gesundheitlich erneut schwer angeschlagen. Im Nachhinein wird ein verschleppter Infarkt vermutet.

Dennoch vermögen die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die mit der Zeit zunehmen, ihn nicht zu bremsen. In Weißensee in Nordthüringen, wohin er sich Anfang 1960 wendet, weiß man behördlicherseits bereits von seiner Widerspenstigkeit. Man will ihn mit allen Mitteln in eine Genossenschaft des Schuhmacher-Handwerks zwingen und ihn in seinen kirchlichen Aktivitäten ausbremsen. Ein intensiver „Kirchenkampf“, wie Brüsewitz das selbst nennt, wird entfacht. Fast allein stemmt sich der inzwischen Dreißigjährige gegen eine staatliche Übermacht. Zusehends fordert er die Organe und ihre Vertreter heraus. Er kennt keine Angst, aber oft auch keine Grenzen. Er riskiert viel, mit Äußerungen und mit Taten. Längst ist er im Visier des allmächtigen MfS. Die Berichte, die Polizei, IM und Offizielle über ihn anfertigen, häufen sich. Eigentlich wäre es nur eine Frage der Zeit, bis man ihn verhaften würde. Dass er sich der Verhaftung entziehen kann, hat mit seinem Ziel, Pfarrer zu werden, zu tun. Im Herbst 1964 bewirbt er sich an der Predigerschule, die inzwischen nach Erfurt verlegt wurde, um einen Studienplatz.

Er wird zur Probezeit angenommen und erhält nach einem Vierteljahr jene Nachricht, die ihm so sehr viel bedeutet.

Oskar Brüsewitz kann damit nach Abschluss der Probezeit die Ausbildung zum Prediger antreten. Er erhält den Bescheid am 20. Februar 1965. Am 8. März nimmt er die Ausbildung endgültig auf. Mit seinen 35 Jahren ist er um Jahre älter – allerdings auch erfahrener – als die meisten seiner Mitschüler. Er hat Familie. Er hat schon so viele Prüfungen in seinem Leben bestehen müssen. Er ist mit einer Vielzahl von Menschen zusammengekommen. Und er hat trotz der Widrigkeiten an seinem Ziel, das er nun erreicht hat, festgehalten. Er wird Pfarrer.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag basiert auf dem beim first minute Taschenbuchverlag erschienenem Buch „Der Fall Brüsewitz Lebensstationen 1929 – 1964“ (ISBN 978-3-932805-78-3)



Interzonenzug an der Grenzübergangsstelle Marienborn/Eisenbahn.

Zugkontrolle und Hinterlandsicherung

Die Transportpolizei im Grenzbezirk Magdeburg

Jana Birthelmer

Jedem Reisenden, der in der DDR mit dem Zug unterwegs war, waren sie bekannt: die Polizisten der „Trapo“, der Transportpolizei, zuständig für die Kontrollen in den Zügen und auf den Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn. Im Volksmund als „Bahnpolizei“ bezeichnet, fielen die Mitarbeiter dieses Dienstzweiges der Deutschen Volkspolizei häufig durch forsches und wenig fahrgastfreundliches Verhalten auf. In der historischen Forschung wurde die „Trapo“ bisher eher stiefmütterlich behandelt. Dennoch ermöglicht die Beschäftigung mit ihrer Tätigkeit einen interessanten Einblick in das Alltägliche des Reise- und Fortbewegungsnetzes der DDR, ebenso wie in die Kontrolle eines Raums, in dem nicht nur DDR-Bürger aufeinander trafen, sondern den auch westdeutsche Reisende betraten: den Zug.

Auf Grund seiner Lage in unmittelbarer Nähe zur Westgrenze der DDR war das Gebiet des späteren Bezirks Magdeburg¹ bereits seit der Staatsgründung 1949 ein wichtiger

Durchgangsbereich für den Auto- und Zugverkehr zwischen beiden deutschen Staaten bzw. der Bundesrepublik und West-Berlin. Die meisten Züge, die von der DDR aus in die Bundesrepublik fuhren, durchquerten den Bezirk als Transit- oder Interzonenzüge.² Mit Oebisfelde und Marienborn lagen gleich zwei wichtige Grenzübergänge im Verantwortungsbereich der Abschnittsverwaltung Transportpolizei Magdeburg. Vor allem Marienborn spielte dabei als eine der größten und prominentesten DDR-Grenzübergangsstellen im Alltag eine gewichtige Rolle.

Die Geschichte der Transportpolizei selbst begann bereits vor der Staatsgründung der DDR mit der Schaffung eines „Eisenbahnüberwachungsdienstes“ der Deutschen Reichsbahn im Jahr 1921.³ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1946 in allen Besatzungszonen eine Bahnpolizei aufgebaut, so auch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Die Aufgaben der Bahnpolizei dort umfassten beispielsweise den Schutz von Gütertransporten und Bahnanlagen vor Diebstählen, Überfällen und Sabotageakten.⁴ Am 16. Februar 1949 wurde die Eisenbahnpolizei zu einem Dienstzweig der Deutschen Volkspolizei (DVP) und ein Jahr später wurde im Ministerium des Innern der DDR eine Hauptverwaltung Transportpolizei gebildet. Diese Hauptverwaltung war bis 1990 für die Koordinierung und Leitung aller Transportpolizei-Dienststellen in der DDR verantwortlich.

Durch mehrere Umstrukturierungen im Laufe der Jahre wurde die Transportpolizei den Dienststrukturen der DVP angegliedert. Den sogenannten Transportpolizeiabschnittsverwaltungen (AVT)⁵, die sich an den Grenzen der Reichsbahndirektionsbezirke orientierten, wurden jeweils mehrere Transportpolizeiämter (TPÄ) unterstellt.⁶ Zum Bereich der AVT Magdeburg gehörten seit 1959 drei TPÄ: Magdeburg, Aschersleben und Stendal, wobei Magdeburg auf Grund seiner Lage und der wichtigen Verbindungen, die über den Magdeburger Hauptbahnhof liefen, eine besondere Stellung innehatte. Den TPÄ waren wiederum Transportpolizei-Reviere (TPR) nachgeordnet.⁷ Hinzu kam für den Bezirk Magdeburg das TPR Transit mit Sitz in Marienborn. Neben der durch die geographische Lage bedingten Zuständigkeit für einen Grenzbezirk zum „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ begründete eben die Zuordnung des TPR Transit die herausgehobene Stellung des TPA Magdeburg. Die Transportpolizisten des TPR Transit in Marienborn waren für die Kontrollen der Transitzüge auf DDR-Gebiet verantwortlich, die durch den Bezirk Magdeburg nach West-Berlin fuhren.

Die Hauptaufgaben der Transportpolizei bestanden nach 1949 allgemein in der Sicherung des Schienennetzes, der Kriminalitätsbekämpfung auf Reichsbahngelände, dem Schutz von Transportgut, der Überwachung des Personen- und Güterverkehrs und der Sicherung von Betrieben und Grundstücken der Deutschen Reichsbahn. Die Bezeichnung „Bahnpolizei“ ist insofern nicht ganz korrekt, als dass auch die Wasserschutzpolizei der Transportpolizei unterstand und somit die Überwachung der Wasserstraßen ebenfalls in ihre Zuständigkeit fiel. Im Grenzbezirk Magdeburg galt das vor allem für den z. T. grenzüberschreitenden Schiffsverkehr auf der Elbe, dem Elbe-Havel-Kanal und dem Mittellandkanal.

Ein erheblicher Teil der Transportpolizisten im Grenzbezirk Magdeburg war jedoch für die beiden Aufgabenschwerpunkte Zugkontrolle und Hinterlandsicherung im Einsatz. Sie sorgten nicht nur allgemein für die Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Deutschen Reichsbahn. Ebenso gehörten das Verhindern von Fluchtversuchen und damit verbunden das Ergreifen potentieller „Grenzverletzer“ sowie außerordentliche Absicherungsmaßnahmen zum Aufgabenspektrum der Transportpolizisten. Für den Grenzbezirk Magdeburg zählten dazu außerplanmäßige Zugfahrten im Rahmen von Kinder-Ferien-Aktionen, der „Ostseewoche“, verschiedener Großveranstaltungen wie dem Evangelischen Kirchentag, die Absicherung von Staatssonderfahrten und Militärtransporten der NVA und der Alliierten. Hinzu kam im besonderen Maße die Sicherung von Zügen und Bahnhöfen zu Fußballspielen des 1. FC Magdeburg. In diesen Fällen wurde die Personalstärke auf den Bahnhöfen erhöht sowie die Kontrolle durch die sogenannten Zugbegleitkommandos (ZBK) verstärkt. Die zusätzliche Absicherung stieß nicht immer auf Zustimmung, insbesondere bei den Fußballfans. Über die Jahre finden sich zahlreiche Beschwerdeschreiben, in denen Fahrgäste ihrem Ärger Luft machten: Durch die ausgedehnten und langwierigen Kontrollen auf den Bahnhöfen hatten sie die Fußballspiele, zu denen sie reisen wollten, teilweise oder sogar ganz verpasst.⁸

Die Aufstellung der ZBKs war „zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit in den Zügen“ bereits 1950 vom Chef der DVP, Karl Maron, beschlossen worden.⁹ Seitdem kontrollierten sie nicht nur den regulären Reise- und Berufsverkehr, sondern auch die Transit- und Interzonenzüge in Richtung der Staatsgrenze zur Bundesrepublik. Die ZBKs setzten sich aus bis zu fünf Angehörigen der Transportpolizei zusammen, darunter eine weibliche Schreibkraft für die Kontrolle weiblicher Fahrgäste. Ihre Aufgaben bestanden in der Beobachtung und Kontrolle aller Reisenden und der Kontrolle des gesamten

Fahrpersonals auf Genehmigung zum ordnungsgemäßen Passieren des Sperrgebietes, aber auch der Inspektion von Versteckmöglichkeiten im und am Reisezug, der sogenannten Innentransportmittelkontrolle (ITMK). Diese beinhaltete das Durchsuchen aller Versteckmöglichkeiten in Hohlräumen, die gründliche Überprüfung der einzelnen Abteile, das Abgehen des Zuges mit Spürhunden sowie die äußere Kontrolle auf Verstecke, „Anschmierungen“ und Schäden. Des Weiteren sollten Dinge aufgespürt werden, die illegal in den Zügen transportiert werden sollten und beispielsweise in den sanitären Anlagen, hinter Spiegeln und hinter Sitzen versteckt worden waren.¹⁰

Die „Zuführung“ von festgenommenen Personen und die Außensicherung der Züge bei Unfällen oder außerplanmäßigen Halten oblagen den ZBKs ebenfalls. An Langsamfahrtstellen oder Stellen, an denen Züge warten mussten, weil ein anderer Transitzug Vorrang hatte, mussten die Transportpolizisten den Zug von außen sichern, damit sich niemand dem Zug nähern oder den Zug verlassen konnte. Besonders brisant waren diese Halte innerhalb des Grenz- und Sperrgebietes, da sich so die Möglichkeit eines „ungesetzlichen Grenzübertritts“ ergeben konnte.¹¹ Im Zug- und Reiseverkehr hatten die ZBKs bestimmte Strecken innerhalb der Zuständigkeitsbereiche der TPÄ und der AVTs zu betreuen, auf denen sie vom Start- bis zum Zielbahnhof die Kontrollen in den Zügen durchführten.

In den monatlichen Berichten und Lageeinschätzungen des Leiters der AVT Magdeburg wurde festgehalten, welches ZBK im Bezirk Magdeburg am „erfolgreichsten“ gearbeitet hatte. Der Erfolg wurde daran gemessen, wie viele Personen u. a. auf Grund von Verstößen gegen das Passgesetz sowie von versuchtem Schmuggel von „Schundliteratur“ oder Wertgegenständen aufgegriffen worden waren. Die Zahlen für das 2. Quartal 1960 zeigen beispielhaft, dass das ZBK Magdeburg innerhalb des Bezirkes Magdeburg die meisten Festnahmen aufzuweisen hatte: Allein 467 Personen wurden wegen des Verdachts festgenommen, die DDR illegal verlassen zu wollen. Das ZBK Stendal konnte im gleichen Zeitraum 211, das ZBK Aschersleben 145 Festnahmen nachweisen.¹²

Ab Mitte August 1961 wurde – aus gegebenem Anlass durch die „Maßnahmen der Regierung am 13. August 1961“¹³ – die sogenannte „politisch operative Sicherung“ zu einer der Hauptaufgaben der Transportpolizisten erklärt. Der Druck auf die westliche Staatsgrenze habe sich seit dem 13. August 1961 verstärkt und Versuche, mit Zügen das Gebiet der DDR illegal zu verlassen, seien angestiegen, schätzte der Leiter der AVT

Magdeburg im Dezember 1961 die Lage im Bezirk ein.¹⁴ Die Auswertung der Statistiken der an der Grenze aufgegriffenen Personen ergibt jedoch ein anderes Bild: Deren Zahl nahm nach dem 13. August 1961 signifikant ab. Hatten von Jahresbeginn bis zum 12. August 1961 noch mehr als 900 Personen versucht, die Grenze im Bezirk Magdeburg illegal zu überqueren und wurden dabei von der Transportpolizei aufgegriffen, so verringerte sich deren Zahl danach erheblich: Für die Zeit vom 13. August bis Ende des Jahres 1961 wurden lediglich 49 Personen durch die Transportpolizisten aufgegriffen – 42 davon im Zeitraum vom 13. bis zum 31. August 1961.¹⁵

„Hinterlandsicherung“ lautete ab dem 13. August 1961 das Stichwort für die Transportpolizei, konkret das rechtzeitige Verhindern von Straftaten bzw. Grenzdelikten, bevor „potenzielle Täter“ das Grenzgebiet mit dem Zug erreichten. Bereits beim Einsteigen in den Zug sollte die geplante Tat erkannt und verhindert werden.¹⁶ Diese „potenziellen Täter“ waren vor allem DDR-Bürger, die mit dem Zug über die Grenze fahren wollten, um so die DDR zu verlassen. Die Transportpolizisten wurden geschult, um bereits am Verhalten und Auftreten von Reisenden beim Zustieg die Absicht zur Flucht erkennen zu können. Einen potenziellen „Grenzstraftäter“ sollte ein aufmerksamer Transportpolizist sofort an folgenden Verhaltensweisen und Merkmalen erkennen: Kein bzw. ein ungültiger Fahrausweis, ein Versuch, sich der Fahrkartenkontrolle zu entziehen, Bitten um Auskunft Züge ins Grenzgebiet betreffend, die Anreise aus dem Hinterland (meist ohne Gepäck), ein unsicheres Gesamtverhalten, das intensive Studieren von Karten oder Fahrplänen, ein erkennbarer Widerspruch zwischen Dialekt und Abgangsbahnhof, ein übermächtigtes und ungepflegtes Erscheinungsbild, die Anreise als Urlauber sowie verzögertes Aussteigen.¹⁷ Viele der in diesem Zusammenhang aufgegriffenen Reisenden versuchten sich im Abteil oder im Außenbereich der Züge zu verstecken. Dies gelang am ehesten während eines planmäßigen oder unplanmäßigen Halts. Der Versuch, mit einer gekauften Fahrkarte ohne Rückfahrticket in den Westen zu fahren, war meist ebenso zum Scheitern verurteilt wie unter gleichen Umständen die Fahrt mit offizieller Reiseerlaubnis, zum Beispiel für einen Verwandtenbesuch in der Bundesrepublik. Stellten die Transportpolizisten solche Personen fest, wurden diese auf Bahnhöfen oder in den Zügen festgehalten und meist noch am selben Tag an das MfS oder die DVP überstellt. Im Grenzbezirk Magdeburg wurden die meisten dem MfS übergebenen Personen direkt in die für den Bezirk Magdeburg zuständige Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg-Neustadt gebracht.¹⁸

Diese Zusammenarbeit der Transportpolizei mit dem MfS begann bereits in den 1950er Jahren. Von 1953 bis 1957 unterstanden die Transportpolizeiamter zunächst dem Staatssicherheitsdienst, bevor sie wieder dem Ministerium des Innern (Mdi) angegliedert wurden. Die Ergebnisse der Zugkontrollen, nach denen der Zugverkehr regelmäßig als „Angriffsfläche“ für Spionage und versuchten Menschenhandel genutzt worden sei, hatten das Interesse des MfS geweckt. Für die Jahre bis 1961 finden sich in den monatlichen Berichten der Transportpolizei vermehrte Hinweise auf die Ergreifung von Personen, die des Schmuggels von verdächtigen Gütern („Schundliteratur“, Wertgegenstände, Geld) beschuldigt wurden. So stellten die Magdeburger ZBKs im 1. Quartal 1960 221 Personen fest, die versucht hatten, insgesamt 1.137 Romane unbemerkt in die DDR einzuführen. Vorwiegend handelte es sich dabei um Jugendliche und Personen über 50 Jahren, die Liebes- und Kriminalromane sowie Illustrierte mit sich geführt hatten.¹⁹ Auch Alltagsgegenstände wurden zu „Schmuggelware“. Im Mai 1960 fielen beispielsweise drei Reisende auf, die versuchten, einen kompletten Familiensatz Silberbesteck nach Berlin zu bringen.²⁰ Zu den Deliktategorien, mit deren Verfolgung die Transportpolizei befasst war, gehörte weiterhin die sogenannte Feindtätigkeit. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1960 nahm sie 77 Personen unter diesem Verdacht fest und übergab sie im Anschluss daran an das MfS. Zu den diesbezüglich erfassten Straftatbeständen bzw. Tatvorwürfen zählten neben dem Verdacht auf Spionagetätigkeit auch die versuchte Kontakt- und Verbindungsaufnahme, Abwerbungsversuche sowie das Verbreiten von „Hetzmaterial“. Als Indizien für „Feindtätigkeit“ galten den Transportpolizisten bei überprüften Reisenden u.a. mitgeführte Zettel mit Telefonnummern und Adressen, Lageskizzen des Grenzgebiets oder Landkarten der DDR.²¹

Nach 1957 unterstand die Transportpolizei nicht mehr dem MfS, sondern dem Ministerium des Innern. Die monatlichen Berichte und Lageeinschätzungen des Leiters der AVT Magdeburg wurden jedoch weiterhin bis 1989 an das MfS übermittelt. Insbesondere die Statistiken über die Verhinderung und Aufklärung von „Republikflucht“-Versuchen waren für die Bezirksverwaltung des MfS von Interesse. Diese Statistiken führten aus, wie viele Personen im Grenzbereich aufgegriffen, welche „Verbrechen“ ihnen vorgeworfen (Versuchter illegaler Grenzübertritt, Schmuggel von Devisen, Gütern oder „Hetzmaterial“, Vandalismus, etc.) und an welche Sicherheits- bzw. Strafverfolgungsorgane

sie überstellt wurden. Stammten die aufgegriffenen Personen aus einem anderen DDR-Bezirk, beispielsweise dem Bezirk Halle, so wurden sie der DVP oder dem MfS in diesem Bezirk überstellt, nachdem vor Ort die Personalien aufgenommen, Beweise gesichert und eine erste Vernehmung durchgeführt worden war.

Die Zusammenarbeit des MfS mit der Transportpolizei intensivierte sich wieder in den 1970er Jahren im Zuge des zunehmenden Interesses der Staatssicherheit an „Vorfällen“ und „Vorkommnissen“ im Transitverkehr. Zu diesen zählten u. a. versuchte Kontaktaufnahmen westdeutscher Fahrgäste, die nach Fahrplänen oder Sehenswürdigkeiten fragten, Auskünfte haben wollten oder einfach so das Zugpersonal ansprachen. Weit verbreitet waren auch sogenannte „Schmierereien“, die man heute wohl als „Graffiti“ bezeichnen würde: Schriftzüge, die vor allem an den Wänden und Fenstern der Zugtoiletten hinterlassen wurden und mit denen Reisende ihre Meinung kundtaten.²² Gemeldet werden mussten auch liegen gelassene oder versteckte Gegenstände, wie Zeitungen, Bücher, persönliche Dinge und vor allem Geld. Die Bandbreite der in den Transitzügen gefundenen Geldbeträge reichte von liegen gelassenem Kleingeld unter und hinter dem Sitz bis hin zu mehreren Tausend Zloty, versteckt im Mülleimer auf der Zugtoilette. US-Dollar, britische Pfund oder französische Franc waren unter den aufgefundenen Fremdwährungen ebenso vertreten wie die Deutsche Mark.

Grundsätzlich galt für den Transitverkehr, dass jede Fundsache und jedes Vorkommnis unverzüglich an den Leiter der Passkontrollereinheit des MfS (PKE) zu melden war.²³ Bei Reisenden mit auffälligem Verhalten oder ohne die nötigen Papiere war umgehend der Zugführer der PKE an der nächsten Grenzübergangsstelle (GÜSt) in Kenntnis zu setzen.²⁴ Selbst wenn es sich nur um ein Auskunftersuchen oder die Frage nach einer Sehenswürdigkeit am Rande der Strecke handelte, wurde der Reisende sofort gemeldet und die Personalien gegebenenfalls herausgesucht und weitergeleitet.²⁵ Dies lässt sich in den monatlichen Berichten des Leiters des TPA Magdeburg an die Bezirksverwaltung des MfS bis Ende der 1980er Jahre detailliert nachvollziehen.

Ab den 1970er Jahren waren die ZBKs der Transportpolizei und die Passkontrollereinheiten des MfS gemeinsam für die Kontrolle, Abfertigung und die „politisch-operative Sicherung“ der Reisenden in den Transit- und Interzonenzügen verantwortlich.²⁶ Die beiden Kontrollinstanzen sollten sowohl eng miteinander, als auch mit den Mitarbeitern der MITROPA, den Dienststellen der Deutschen Reichsbahn und mit den Volkspolizeikreisämtern (VPKÄ) zusammenarbeiten.²⁷ Hinzu kam die Zusammenarbeit mit den

Grenzzollämtern an den Grenzübergangsstellen, die dort für die Waren- und Gepäckkontrolle verantwortlich waren.

Die Arbeit der Transportpolizisten begann im Transitverkehr mit dem Zustieg an der GÜSt. Erst nach einer gründlichen Innentransportmittelkontrolle (ITMK) durfte der Zug in die DDR weiterfahren. Die Kontrollen innerhalb der Transitzüge hatten gemäß der Vereinbarungen des Transitabkommens während der Fahrt zwischen der Ein- und Ausreise in die DDR stattzufinden.²⁸ Die Mitglieder der ZBKs und der PKE verließen den Zug erst wieder an den Ausreisegrenzübergangsstellen.²⁹

Das in den Unterlagen und Richtlinien für die Transportpolizisten vielfach beschworene Zusammenwirken zwischen den beteiligten Diensteinheiten und Institutionen scheint im Alltag nicht immer funktioniert zu haben. In einigen Monats-, Halbjahres- oder Jahresberichten aus den 1980er Jahren wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen den PKE und ZBKs im Grenzbezirk Magdeburg noch zu optimieren sei.³⁰ Sowohl die PKE als auch die ZBKs hatten die Befugnis, Reisende in den Zügen zu kontrollieren. Die Transportpolizei war jedoch grundsätzlich für alle Vorgänge auf dem Gelände und in den Zügen der Deutschen Reichsbahn verantwortlich. Durch diese Situation, in der sich die einzelnen Verantwortungsbereiche überschneiden, ist es durchaus vorstellbar, dass es im Alltag des Öfteren zu „Kompetenzgerangel“³¹ zwischen den Kontrollinstanzen kam.

Anhand der Darstellung bahnreisender DDR-Bürger in den monatlichen Berichten der Transportpolizei Magdeburg wird deutlich, dass tatsächlich jeder von ihnen als potenzieller „Grenzverletzer“ angesehen wurde. Die Transportpolizei rechnete zu jeder Zeit mit der Möglichkeit, dass eine Bahnreise einen potenziellen Fluchtversuch darstellte. Urlaub und Ausreisewünsche hatten durch die Abgeschlossenheit der DDR nach außen „eine gemeinsame Richtung“³², wie Heike Wolter in ihrer Monographie zum Tourismus in der DDR konstatiert. Dies gilt, wie die Akten der Transportpolizei Magdeburg zeigen, bereits seit den 1960er Jahren mit der Verschärfung der Lage an der Grenze.

Hinzu kamen die Kontakte der Transportpolizisten mit den Reisenden aus der Bundesrepublik. Die Transitzüge durch das Gebiet der DDR wurden von der Transportpolizeiführung als eine ständige, potenzielle Gefahrenquelle der „politisch-ideologischen Diversion“ eingeschätzt, wie die monatlichen Berichte des Leiters des TPA Magdeburg insbesondere für die 1980er Jahre eindrucksvoll schildern. Kontaktversuche, Geschenkkangebote, versteckte und liegengelassene Gegenstände wie Geld oder Zeitungen

sowie Schmierereien an den Wänden und Fenstern der Zugabteile erschwerten den Transportpolizisten die alltägliche Arbeit und machten es aus Sicht ihrer Vorgesetzten erforderlich, die Mitarbeiter genau zu schulen, das aktuelle „Feindbild“ immer wieder deutlich zu machen und den „Hass gegenüber dem Feind“³³ weiter auszuprägen.

Zugkontrolle und Hinterlandsicherung – die Transportpolizisten im Grenzbezirk Magdeburg hatten nicht nur direkten und entscheidenden Kontakt mit Menschen, die aus der DDR in den Westen flüchten oder als Westdeutsche in die DDR reisen wollten. Sie trugen durch ihre Arbeit auch zur Überwachung der Bevölkerung bei. Die Berichte und Lageeinschätzungen der Transportpolizei geben ein interessantes Bild der Situation auf den Bahnhöfen und in den Zügen im Grenzbezirk Magdeburg wieder, das nicht nur von alltäglichen Dingen geprägt war, wie dem Kontrollieren von Fahrscheinen, dem Absichern von Unfallstellen und unbenutztem Bahnareal oder der Festnahme von randalierenden Fans nach Auswärtsspielen des 1. FC Magdeburg. Sie zeugen auch vom Umgang der Transportpolizisten mit potenziellen „Grenzverletzern“ und der vermeintlich allgegenwärtigen Gefahr der „politisch-ideologische Diversion“.

Anmerkungen

- 1 Der Bezirk Magdeburg entstand erst 1952 und umfasste den nördlichen Teil des Landes Sachsen-Anhalt.
- 2 Der Transportpolizeiabschnittsverwaltung Magdeburg oblag damit die Aufsicht und Kontrolle über vier wichtige Eisenbahnlinien: Die Strecke Berlin – Magdeburg – Marienborn (Grenzübergang), die Strecke Berlin – Stendal – Oebisfelde (Grenzübergang), die Strecke Wittenberge – Stendal – Magdeburg – Halle (Ostseeverbindung) sowie die Strecke Oebisfelde – Magdeburg – Leipzig.
- 3 Vgl. Mittmann, Wolfgang: Die Transportpolizei (1945 – 1990), in: Wenzke, Rüdiger / Diedrich, Torsten / Ehler, Hans: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Augsburg 2004, S. 537.
- 4 Vgl. ebenda, S. 538 f.
- 5 Die AVTs der Transportpolizei der DDR waren: Schwerin, Pasewalk, Berlin, Cottbus, Dresden, Erfurt, Halle, Magdeburg.
- 6 Jedes TPA war weiterhin unterteilt in die Abteilungen Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Stab/Nachrichten, letztere u. a. verantwortlich für die Lageeinschätzungen.
- 7 Das TPA Magdeburg bestand aus drei TPR: TPR 1 (Hauptbahnhof Magdeburg, Eilsleben, Oschersleben), TPR 2 (Rothensee, Buckau, RAW Magdeburg, Herrenkrugbrücke), TPR 3 (Bahnhof Brandenburg, Genthin, Burg).

- 8 Beschwerdeschreiben aus den 1980er Jahren finden sich beispielsweise in: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg (LASA MD), Rep. M 26, Nr. 112/1, Beschwerde von Bürgern.
- 9 Vgl. Mittmann 2004, S. 542.
- 10 Vgl. Kuhlmann, Bernd: Deutsch-Deutsche Grenzbahnhöfe. Ost-West-Eisenbahnverkehr 1945 – 1990, 3. überarb. Aufl., München 2012, S. 24.
- 11 Vgl. Gemeinsame Festlegung des Arbeitsbereiches Paßkontrolle des MfS und der HA Transportpolizei des Mdl, in: BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 2297, Bl. 170; Bock, Peter: Interzonenzüge. Eisenbahnverkehr im geteilten Deutschland 1945-1990, München 2007, S. 119.
- 12 Vgl. Analyse 1. Halbjahr 1960, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 138, Bl. 20 ff.
- 13 Zitiert nach: Jahreseinschätzung 1961 ZBK, 15.12.61, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 138, Bl. 83.
- 14 Vgl. Plan der operativen Arbeit für Dezember 1961, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 7, Bl. 1.
- 15 Allein vom 1. bis zum 12. August wurden 331 Personen wegen Verstößen gegen das Passgesetz bzw. versuchter Republikflucht aufgegriffen. Die Statistik ergibt sich aus einer Auswertung der Einschätzungen, Monats- und Quartalsberichte der ZBK der Transportpolizei der Jahre 1957 bis 1961, zu finden in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 138, Bl. 3-35.
- 16 Vgl. Petzold, Frank: Zu einer elementaren MfS-Dienstvorschrift der achtziger Jahre für das Grenzregime, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Bd. 79), Berlin 1996, S. 329.
- 17 Vgl. BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 1338, Bl. 11.
- 18 Vgl. ebenda, Abt. IX, Beschuldigtenkartei der Abt. IX der BVfS Magdeburg.
- 19 Vgl. Analyse 1. Halbjahr 1960, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 138, Bl. 23.
- 20 Vgl. ebenda, Bl. 48.
- 21 Vgl. Monatsanalyse Mai 1960, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 138, Bl. 45.
- 22 Beispiele für solche „Anschmierungen“ finden sich in den monatlichen Transitberichten der Transportpolizei Magdeburg: „Scheiß DDR“, „Honecker ist doof“, „SED-Schweine“, „2000 Westmark für Honeckers Kopf“, „Wir im Westen sind die Besten“. Auszüge aus den Transitberichten des TPA Mgb von Dezember 1982 bis Juni 1987, in: LASA MD, Rep. M 26.
- 23 Vgl. Gemeinsame Vereinbarung zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Staatssicherheit, 1. Juni 1972, in: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 6405, Bl. 5.
- 24 Vgl. Gemeinsame Festlegung des Arbeitsbereiches Paßkontrolle des MfS und der HA Transportpolizei des Mdl, in: BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 2297, Bl. 178.
- 25 Vgl. Gemeinsame Vereinbarung zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Staatssicherheit, 1. Juni 1972, Bl. 6.

- 26 Die Organisation des Zusammenwirkens während der Fahrt oblag dem Leiter der Kontrollgruppe der PKE. Vgl. Gemeinsame Festlegung des Arbeitsbereiches Paßkontrolle des MfS und der HA Transportpolizei des Mdl, in: BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 2297, Bl. 172.
- 27 Vgl. Transportpolizeivorschrift Nr. 20/83 des Ministers des Innern für den Dienst der Transportpolizei auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn, 4. 10. 1983, in: BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 2297, Bl. 4.
- 28 Vgl. Gemeinsame Festlegung des Arbeitsbereiches Paßkontrolle des MfS und der HA Transportpolizei des Mdl, in: BStU, MfS, BV Mgb., Abt. XIX, Nr. 2297, Bl. 153.
- 29 Vgl. ebenda, Bl. 181.
- 30 In einem Transitbericht vom Juni 1984 wird beispielsweise erwähnt, dass der Leiter der Transitgruppe PKE die Arbeit des ZBKs „ernsthaft bemängelt“ habe. Dies zeigt, dass PKE und die Transportpolizei durchaus Kritik an der Arbeit der jeweils anderen Institution äußerten. Vgl. LASA MD, Rep. M 26, Nr. 18/1.
- 31 Zitiert nach: Lapp, Peter Joachim: Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland, Erfurt 2011, S. 87.
- 32 Vgl. Wolter, Heike: „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR (= Beiträge zur Historischen Verkehrsforschung Bd. 10), Frankfurt a. M. 2009, S. 64.
- 33 Zitiert nach: Jahreseinschätzung 1982, in: LASA MD, Rep. M 26, Nr. 611/2.



Während einer Aktion für den Frieden auf dem Gelände der Berliner Erlöserkirche Mitte der 1980er Jahre

„Du hast den Farbfilm vergessen!“¹ – Jugend in der DDR 1961 bis 1989

Kerstin Dietzel

Jugend in der DDR zwischen Konformität und Widerstand

Die Jugend, von Stuart Hall als Periode des „Sturm und Drang“ bezeichnet, kennzeichnet die Lebensphase eines Menschen am Übergang vom Kindsein hin zum Erwachsenen. Die Jugendphase ist ein fragiles System, in dem Grundfragen der Persönlichkeitsentwicklung und der Identitätsbildung mit der „eigenen Laufbahnzeit“² zukunftsorientiert verbunden sind. Kulturelle Ressourcen, auch die staatlich-politischen, werden vermittelt und angeeignet, außerschulische Freizeiten mitunter interessenbedingt erfahren und die „Welt der Peer-Gesellschaft“ auf der Suche nach Annäherung und Gemeinsinn wird zum Begleiter. Die Anthropologen Mead und Benedict betonen, dass besonders die Jugendphase „Sturm und Stress-Situationen“ unterliegt, wenn diese von außen, also durch den Staat und die Gesellschaft, zusätzlich angeheizt werden. Mit anderen

Worten: übt ein Staat oder eine Gesellschaft besonderen Druck auf ihre Jugend aus, erwächst Stress und daraus Widerstand. Befasst man sich mit den verschiedenen Jugendkulturen in der DDR wird schnell sichtbar, dass der politische Druck in der Homogenisierung der Jugend zunehmend deren Widerstände offenbarte, was auch schlussendlich zum Ende der DDR im Jahr 1989 beitrug. Doch was charakterisiert das Leben der Jugendlichen in den Jahren von 1961 bis 1989?

Die Jugend nach dem Mauerbau hat den Zweiten Weltkrieg nicht erlebt. An den Volksaufstand am 17. Juni 1953 können sie sich, wenn überhaupt, kaum erinnern. Den Mauerbau von 1961 erlebten sie als Kinder. Meist wurden sie in die Zeit des Mauerbaus hineingeboren. Die DDR und ihre Grenzen waren für sie alltäglich, sie kannten nichts anderes. Kontakte zu Verwandten in Westdeutschland gab es nur per Brief oder durch Besuche, meist von West nach Ost. In den 1960er und 1970er Jahren liebten sie den Rock'n'Roll, die Beatles und die Rolling Stones, später den Punk oder Heavy Metal. Staatliche Verbote, ihre Idole zu hören oder sich wie sie zu kleiden, provozierten rebellisches Verhalten Jugendlicher gegen den DDR-Staat, offen oder verdeckt. Die Jugendlichen fühlten sich in ihren Freiheiten beschränkt, hörten heimlich „ihre“ Musik im RIAS oder sahen „ihre“ Fernsehserien, wie in den 1960er Jahren „Bonanza“. Hausbesuche, auch von Lehrern, galten in dieser Zeit der Kontrolle der Familien dahingehend, nach welcher Himmelsrichtung der Grenze die Fernsehantennen ausgerichtet waren.

Jugendliche in der DDR waren seit 1946 zentral in der Freien Deutschen Jugend organisiert. Das „Gelöbnis der deutschen Jugend“ vom 11. Oktober 1949 propagierte, dass „zum ersten Mal in der langen Geschichte unseres Landes (...) das deutsche Volk und seine Jugend sich einen Staat und eine Regierung gegründet (haben), die den wahren Interessen der deutschen Nation entsprechen.“³ Die Jugend fühle sich mit ihrem Gelöbnis der DDR verbunden, „weil in ihr die Selbstbestimmung des deutschen Volkes zum erstenmal [sic!] im ganzen Umfang hergestellt sein wird!“⁴ Laut Staatsdoktrin kam „der Jugend“ die Aufgabe zu den Staat aufzubauen und zu festigen, in Gegenwart und Zukunft. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es, in der Lesart der Staatsführung, vor allem die Jugend, die der DDR zur Stärke verhalf. Die grundlegende Überzeugung bestand zu dieser Zeit darin, zum Frieden in der Welt beizutragen und mitzuhelfen einen Staat zu schaffen, der in Zukunft „ein besseres Leben bringen will und bringen wird.“⁵ Mit

Sport und Musik wurde eine Jugend geformt, die den wirtschaftlichen Aufbau der DDR maßgeblich trug und die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik garantieren sollte. Doch die Freie Deutsche Jugend war in der DDR nicht frei. Demokratische Grundrechte, wie z. B. Freiheitsrechte oder Grundfreiheiten der Person in der Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit sowie in der Gestaltung von Freiheitsräumen des Einzelnen kollidierten mit staatlichen Vorstellungen darüber, wie die sozialistische Jugend zu sein hat. Nicht „linientreu“ zu sein wurde staatlich kriminalisiert.

Jugendkriminalität und staatliche Maßnahmen

Die sogenannte Jugendkriminalität war seit dem Bestehen der DDR im Visier der Staatsmacht. Konkrete Maßnahmen wurden als immer notwendiger betrachtet, um den „Schwerpunkt der Jugendkriminalität, insbesondere des Rowdiums zu beseitigen“⁶. Dabei kam den Dienststellen der Volkspolizei bei der „Liquidierung des Schwerpunktes“⁷ besonderes Gewicht zu. Alle Abteilungen der Volkspolizei waren in der Aufklärung und „Zersetzung“ der Jugendgruppen in Verbindung mit dem MfS einbezogen, mit dem Ziel, „die Gruppen (...) von innen heraus ideologisch zu zersetzen.“⁸ Straftäter bzw. Straftaten wurden in einer Jugendschutzkartei erfasst und dokumentiert. Vierteljährlich war in der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) über den Stand des Rowdiums zu berichten, wobei der „Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung, Kreisdienststelle MfS, FDJ, Nationale Front, FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, K.D.), Rat des Kreises Abt. Volksbildung, Abteilung Inneres, Verantwortliche für Märkte und Messen und Staatsanwalt“⁹ zugegen waren. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Einfuhr von sogenannter Schundliteratur. Der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei (ABV) und die freiwilligen Helfer der Volkspolizei waren ebenfalls einbezogen. Sie sollten Informationen über die Bildung und Tätigkeit der Gruppen und Clubs in Erfahrung bringen und dokumentieren. Die Schutzpolizei sollte in ihrer Streifenförmigkeit auf „Zusammenrottungen“ von Jugendlichen achten und Vorkommnisse der Kriminalpolizei melden. Die Abteilung Verkehr überwachte „Fehlverhalten“ wie Kolonnenfahrten oder Raserei. Die Abteilung Pass- und Meldewesen leitete Akten zu Rückkehrern und Zuziehenden mit Hinweisen zum „Rowdium“ an die Kriminalpolizei weiter. Der Betriebsschutz war für Informationen aus den Lehrlingswohnheimen zuständig. Vor allem die FDJ sollte in Clubs und Heimen aktiviert werden, um „Schluss (zu) machen mit der Unterschätzung ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Erziehung der

Jugendlichen zu nützlichen Mitgliedern unserer Gesellschaft.“¹⁰ In Zusammenarbeit der FDJ mit dem Referat Jugendhilfe und Heimerziehung sollten Kontrollen zur „Einhaltung der VO (Verordnung, K.D.) zum Schutze der Jugend“¹¹ durchgeführt werden. Die Presse wurde für „eine breite Aufklärungsarbeit“ in der Bevölkerung instrumentalisiert.¹²

Überprüfung und Erziehung „westlich-dekadenter“ Jugendlicher

Jugendliche, die sich „westlich“ kleideten oder „westliche“ Musik hörten, galten als „negativ dekadent“. Sie gefährdeten nach Ansicht des SED-Staates die Ordnung des Sozialismus. Die DDR-Jugend sollte verstärkt nach 1961 diszipliniert und „linientreu“ erzogen werden. Besonderes Augenmerk galt aus staatlicher Sicht den jugendlichen Rückkehrern und Erstzuziehenden, denen per se „Staatsverbrechen und andere gesellschaftsgefährliche Verbrechen“¹³ zur Last gelegt wurden. „Sie propagierten die westdeutsche Lebensweise und bestärkten damit bei einem Teil der Jugendlichen die noch bestehenden Unklarheiten über den Charakter der beiden deutschen Staaten.“¹⁴

Einem Bericht der BDVP über den Stand der Jugendkriminalität und des Rowdytums im Bezirk Magdeburg von 1961 ist zu entnehmen, dass es unerlässlich sei, „dass die Jugend durch eine breite Vorbeugungsarbeit aufgeklärt und erzogen wird.“¹⁵ Dazu wurden eine Reihe von Richtlinien für das MfS und die BDVP erlassen, die es umzusetzen galt. Eine Leitlinie dafür bildete u. a. die erste Durchführungsbestimmung zum Befehl 11/66 zur Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Verbreitung dekadenter Einflüsse unter jugendlichen Personenkreisen, insbesondere in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR, welche vom Ministerium für Staatssicherheit ausgearbeitet wurde und die Unterschrift Erich Mielkes trägt. Die Durchführungsbestimmung enthielt klare Anweisungen, „ein umfassendes und lückenloses System von Mitteln, Maßnahmen und Kräften zu schaffen, das darauf gerichtet sein muss, die aufgezeigten Tendenzen zurückzudrängen und diesem Personenkreis keinen Raum zur weiteren Entfaltung zu lassen.“¹⁶ Mit „diesem“ Personenkreis waren Jugendliche mit „dekadenten Verhalten und Aussehen“¹⁷ gemeint, die die „Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft“¹⁸ bedrohten. Das betraf Jugendliche mit langen Haaren und Jugendliche, die durch „rowdyhafte Handlungen“, Arbeitsbummelei oder durch kriminelle, d. h. auch staatsfeindliche Handlungen auffielen.¹⁹ Allein der Verdacht einer politisch „schädigende(n) Beeinflussungswirkung“²⁰ genügte, um ins

Visier des MfS und damit oft auch letztlich der Jugendhilfe in der DDR zu gelangen. Entsprechend der Richtlinie 1/76 waren Jugendliche im Fokus des MfS, bei denen der Verdacht auf Terror- und Gewaltverbrechen in Verbindung zur Staatsgrenze, Zusammenrottungen, Rowdytum und Hetze vorlag, aber auch Jugendliche vor allem mit kulturellem und konfessionellem Hintergrund mit einbezogen. Es wurden „jugendspezifische Besonderheiten“ seitens des MfS definiert, auf die sich die operative Arbeit stützen sollte. Zum „Schwerpunktprinzip“ wurde die Intensivierung der IM-Arbeit benannt, die auf „alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen Jugendliche besondere Verantwortung übernehmen [...] in allen sozialen Schichten der Arbeiterjugend [...] der Wehrerziehung [...] und Freizeit“²¹ ausgedehnt werden sollte. Notwendigerweise war die Sicherheitsüberprüfung in der Frage „Wer ist wer?“ „mit allen erforderlichen politisch-operativen Mitteln und Methoden zu erreichen.“²² Die in den 1960er und 1970er Jahren entworfenen Anweisungen und Befehle gegen die Jugend in der DDR bestanden bis zu ihrem Ende.

Trotz der Verfolgung und Diskriminierung von Jugendgruppen entwickelten sich weiterhin neue Jugendkulturen. U. a. wurde das Prinzip seitens der BDVP so erklärt, dass sich die durch die Liquidierung zerschlagenen Jugendgruppen neu definieren, sich mit Mitgliedern neu zusammensetzen, sich neu konstituieren. In den 1980er Jahren waren es Punks, Anhänger des Heavy Metal und Gruffies, denen seitens der staatlichen Organe, mitunter bewusst, auch eine Nähe zu den Skinheads vorgeworfen wurde, um das rigide Eingreifen öffentlich zu legitimieren. Als „negativ-dekadente“ Jugendkulturen standen sie im Fokus der Stasi und der BDVP. Punks wurden als „schmuddelig [...] und ihre Haltung zu jeglichen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens (als) asoziale Lebensweise“²³ kriminalisiert. Ihre Nähe zur Kirche und ihr „rowdyhaftes Auftreten“ stellte die Stasi als „Diskreditierung der Staatsmacht“²⁴ heraus. Den Anhängern des Heavy Metal wurde ebenfalls rowdyhaftes Verhalten zur Last gelegt, besonders „Tätlichkeiten unter Alkoholeinfluss.“²⁵ Gruffies fielen durch eine „pessimistische Lebensauffassung“ auf. Sie traten zwar „nicht operativ“ in Erscheinung, verletzten aber durch ihre Kulthandlungen (Grabschändungen) „die Normen der Gesellschaft.“²⁶ Anhand eines Berichtes vom 10. April 1989 zu „aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrän-

gung“²⁷, welcher durch die Hauptabteilung XX des MfS (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) angefertigt wurde, kann bestätigt werden, dass diese Gruppierungen operativ durch das MfS beobachtet wurden, und zwar nicht nur innerhalb der DDR, sondern dies betraf auch Jugendliche, die als Skinheads eingestuft wurden und aus der DDR bereits ausgewandert waren²⁸.

Die Beispiele zeigen deutlich: mit ihrem Leben in der DDR war die Jugend zunehmend unzufrieden. Sie fühlte sich in ihrer individuellen, freiheitlichen Entfaltung beschränkt, sie wurde verfolgt und in ihren Zukunftschancen und -möglichkeiten begrenzt. In den Jahren 1987 und 1988 waren es hauptsächlich Jugendliche, die durch ihre Fluchtversuche und Ausreisearträge zum Ende der DDR beitrugen. Die Bestände der Bezirksdirektion der Volkspolizei Magdeburg belegen nach 1961, dass der überwiegende Anteil aller wegen Grenzdelikten Beschuldigter, Jugendliche bzw. junge Erwachsene waren. Seitens der DDR-Führung lag der Grund dafür seit 1961 klar auf der Hand: die Jugend war „dem unmittelbaren Zugriff des Klassengegners ausgesetzt. [...] Gegenwärtig stellt der Gegner seine ideologische Diversion auf die neue Lage in Deutschland ein und versucht verstärkt, durch Rundfunk und Fernsehen unsere Bürger und insbesondere die Jugend zu beeinflussen. Wir müssen erkennen, daß der Klassengegner alles versucht, seine Hetz- und Verleumdungskampagne ganz bewußt auf die unter neuen, sozialistischen Verhältnisse heranwachsende Generation zu konzentrieren.“²⁹ 84 Prozent der sogenannten „Grenzkriminalität“ im Bezirk Magdeburg wurde 1966 Jugendlichen im Alter bis zu 25 Jahren unterstellt³⁰ – ein Trend, der bis zum Ende der DDR anhielt. Demnach war die Jugend in der DDR auch seit dem Bestehen der „Mauer“ ein Schwerpunkt der „Grenzverletzerbewegung“ und wurde von den Staatsorganen der DDR als potentiell „grenzkriminell“ angesehen. Nicht nur durch Fluchten, sondern auch durch aktiven Widerstand gegen das SED-Regime in der DDR bekehrten sie auf. In den 1980er Jahren sind aus Rapporten der BDVP und des MfS „Schmierereien und Losungen“ wie „Die Mauer muss weg“, das Singen des Deutschlandliedes und das Verbrennen oder Beschädigen von Bildern der Partei- und Staatsmacht bekannt.³¹ Politisch oder sozial auffällige Jugendliche, besonders auch Rückkehrer und Zuziehende, wurden observiert, asozialisiert und kriminalisiert. Das MfS wurde dazu angehalten, IMs in Jugendkreise operativ-verdeckt zu integrieren um „westlich dekadente“ Jugendgruppen von innen heraus zu „liquidieren“. Maßnahmen der Liquidierung waren u. a. Gaststätten-, Berufs-

und Studienverbote, die Einziehung zum Wehrdienst, Schikane durch Vorladungen bei der Stasi und bei der Kripo sowie letztlich Ermittlungsverfahren, die gegen Jugendliche eingeleitet wurden. Die „Liquidierung“ der Jugendgruppen hatte konkrete Auswirkungen: im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1982 und dem 31. Dezember 1982 wurden DDR-weit 28,4 Prozent der Übersiedlungersuchen allein von Jugendlichen unter 18 Jahren gestellt.³² 72,4 Prozent aller Personen, die 1982 einen Grenzdurchbruch wagten, waren Jugendliche und junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren.³³ Jugendlichen wurde ein „mehr oder weniger ausgeprägtes, dauerhaftes Defizit an sozialistischen Einstellungen hinsichtlich Ordnung, Disziplin, Gesetzlichkeit, Mitgestaltung und gesellschaftliches Zusammenleben“³⁴ unterstellt, das der SED-Staat systematisch zu bekämpfen versuchte. Vor allem die FDJ sollte in Clubs und Heimen aktiviert werden, „Schluss (zu) machen mit der Unterschätzung ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Erziehung der Jugendlichen zu nützlichen Mitgliedern unserer Gesellschaft.“³⁵ In den Aktenbeständen der BDVP befinden sich über das Bestehen der DDR hinweg Aussagen zur „Bekämpfung der Jugendkriminalität“. Interessant sind die Darstellungen hinsichtlich der „Schwere“ der zur Last gelegten Verbrechen.

Während im 1. Halbjahr 1965 in Magdeburg und Halberstadt vorwiegend Eigentumsdelikte begangen wurden, standen im Kreis Wernigerode vordergründig „Verbrechen gegen das Passgesetz“ im Vordergrund der Jugendkriminalität. Häufig traten diese in Verbindung mit Heimeinweisungen auf. „Im Mai 1965 erhielt der 16-jährige F. Kenntnis, daß er auf Ersuchen seiner Mutter wieder in einen Jugendwerkhof eingewiesen werden soll. Er nahm mit den gleichaltrigen R. und L., alle in Schwanebeck wohnhaft, Verbindung auf und sagte, daß er nach „dem Westen abhaut“. Der R. und L. waren sofort einverstanden, sich dem F. anzuschließen, worauf die Marschroute festgelegt und der folgende Tag zur Ausführung genannt wurde. In Deersheim wurden sie von einer Streife der VP gestellt und festgenommen.“³⁶ Dieses und ähnliche Beispiele stehen symptomatisch für eine Jugend in der DDR, die zwischen propagierter Freiheit und Kontrolle ihren Weg suchte, tatsächlich frei zu leben – ein Weg, der für viele in eine Sackgasse führte.

Exkurs: Mein „Farbfilm“ – Erinnerungen an Katrin B.

Punks in der DDR ist ein gern diskutiertes Thema, wenn es um die Diskriminierung und Verfolgung von Jugendlichen in der DDR geht. Für viele Punks bedeutete das Ausleben

ihrer Jugendkultur das Herauslösen aus einer homogenen DDR-Jugendkultur. Ihr Bekenntnis zum Punk trugen sie durch ihr Aussehen, also u. a. dem Tragen wilder bunter Haare wie dem Irokesen und lochdurchzogener Strumpfhosen zur Schau. Sie fühlten sich in ihrer Jugendkultur einer Gruppe zugehörig, die sich ähnlich kleidete und die gleiche Musik hörte. Die Jugendlichen waren bunt und fielen in der sonst eher uniformen Umgebung anderer Jugendlicher in der DDR deutlich auf. In der Öffentlichkeit sah man sie an bestimmten Plätzen, u. a. auch in Magdeburg. Punks galten als „Aussteiger“ aus der sozialistischen Gesellschaft. Stasi-Akten besagen, dass die „sogenannte ‚Punk-Bewegung‘ [...] ein Erscheinungsbild der kapitalistischen Gesellschaft (ist) und [...] in ihrem Hauptinhalt die bürgerliche Lebensweise ab(lehnt). Sie ist eine auf Gewalt beruhende Erscheinung, gesellschaftsablehnend und pessimistisch orientiert.“³⁷ Im November 1983 wurden 900 Punks in der DDR registriert, vorrangig in den Bezirken Leipzig, Magdeburg, Berlin, Karl-Marx-Stadt, Halle und Erfurt.³⁸

Ich selbst, sechszehnjährig, kam zum ersten Mal in der Schule mit einer Punkerin in Berührung. An einer Erweiterten Oberschule in Magdeburg wurden im Sommer 1987 die neuen 11. Klassen gebildet. Es gab sieben 11. Klassen, die 11/7, der auch ich zugeteilt wurde, war die einzige Klasse mit der zweiten Fremdsprache Französisch. Wir waren nur wenige Schüler in der Klasse. Eine Schülerin war bunt. Katrin B. war Punk. Sie trug die dunkelblonden Haare wild nach oben toupiert, ein Halsband mit Nieten, einen kurzen Rock, Strumpfhosen und schwarze Springerstiefel. Katrin war sichtbar anders als alle anderen. In der Schule lernte sie und ich erinnere mich an gute Leistungen. Sie war klug, nett und höflich zu jedem. Sie saß vorne, direkt hinter dem Lehrertisch, alleine. Unser Klassenlehrer, schon älter und kurz vor der Pensionierung, wie auch einige andere Lehrer verhielten sich ihr gegenüber anders als zu uns. Ich erinnere mich an mitunter laute, scharfe Töne und auch an beleidigende, abfällige Bemerkungen ihr gegenüber im Unterricht, die sie vor der gesamten Klasse bloßstellten. Andererseits gab es auch Lehrer, die keinen Anstoß an ihrem Äußeren nahmen, nur ihre eigentliche Leistung und den Menschen sahen und würdigten. Katrin war still. Sie ertrug es vermutlich schweigend. Nicht lange, denn nach den Herbstferien, bereits nach wenigen Wochen in unserer Klasse, war Katrin plötzlich nicht mehr da. Keiner informierte uns über die Gründe. Niemand sprach mit uns darüber. Sie war einfach weg – von heute auf morgen und als einzige Schülerin unserer Klasse bis zum Abitur.

Noch heute erinnere ich mich an Katrin. Immer wieder frage ich mich: Musste sie gehen, da sie anders war? Was waren die Gründe? Entsprach sie für die Lehrer nicht dem Bild einer zukünftigen staatlichen DDR-Elite, die in den Erweiterten Oberschulen ausgebildet werden sollte? Welche Rolle spielten die Lehrer dabei und der Schulleiter? Was ist aus ihr heute geworden? Über mögliche Hintergründe für ihr Gehen dachte ich intensiver erst später nach, als ich mich mit Jugendkulturen sowie deren Verfolgung und Diskriminierung in der DDR beschäftigte.

Kindheit und Jugend in der DDR ist ein Thema! Bisherige Recherchen und deren Befunde zeigen klar, das typische Idealbild „der“ Jugend in der DDR gab es nicht – nicht einmal für die Staatsmacht. Die Jugendkulturen in der DDR sind in den Archiven und in den Erinnerungen präsent. Zwischen Biografie und Aktenrecherche ist es eine aktuelle Aufgabe von Forschung, diese Bestände aufzuarbeiten und sich in Anlehnung an das Lied von Nina Hagen die Frage zu stellen: wie bunt war die Jugend in der DDR tatsächlich?

Anmerkungen

- 1 In Anlehnung an das gleichnamige Lied von Nina Hagen, das seit den 1980er Jahren bei jungen Menschen in der DDR und bis heute Kultstatus hat. Das Lied steht in diesem Beitrag für das freiheitliche Denken der Jugend in der DDR gegenüber einem Staat, der seine Jugend uniformierte und diskriminierte. Nina Hagen, als Sängerin des Liedes, steht dafür selbst als Beispiel. Der Farbfilm fehlte in der DDR für viele Jugendliche. Für sie galt die Gratwanderung im Einheitszwang, als Schwarz-Weiß-Denken, sich mit dem DDR-Staat zu arrangieren oder gegen ihn, im aktiven Ausleben der eigenen Jugendkultur, aufzubegehren.
- 2 Krüger, Heinz-Hermann / Grunert, Cathleen: Jugend und Bildung. In: Tippelt, Rudolf / Schmidt, Bernhard (Hg.) (2009): Handbuch Bildungsforschung. 2. Auflage, S. 642.
- 3 Zentralrat der FDJ (Hg): Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1982, S. 183.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 LASA M 24/163, S. 107
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd., S. 108
- 10 Ebd., S. 109

- 11 Ebd., S. 110
- 12 Ebd.
- 13 LASA Rep M24/337, S. 121.
- 14 LASA Rep M24/1212, S. 132.
- 15 LASA Rep M 24/ 1212, S. 001
- 16 BStU, MfS, BdL Dok., Nr. 001081, S. 1.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Vgl. ebd.
- 20 BStU, MfS, ZAIG, Nr. 27022, S. 159.
- 21 Ebd., S. 161.
- 22 Ebd.
- 23 BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, S. 89 f.
- 24 Ebd., S. 90.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd., S. 91.
- 27 Ebd., S. 84 ff.
- 28 Verweis auf den Fall V., der in Berlin ein Skinhead-Anführer gewesen sein soll und 1988 die DDR verließ (vgl. ebd., S. 85).
- 29 LASA Rep M24/337, S. 118.
- 30 Analyse der Kriminalität durch vorbereitetes, versuchtes und vollendetes illegales Verlassen der DDR im Bezirk Magdeburg für das Jahr 1966 vom 10. 02. 1967 in: LASA Rep M 24/1196, S. 188.
- 31 BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, S. 74.
- 32 Vgl. BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, S. 131.
- 33 Vgl. ebd. S. 130.
- 34 Ebd., S. 73.
- 35 LASA M24/163, S. 109.
- 36 Vgl. LASA M24/1212, S. 140.
- 37 BStU, MfS, Abt. XX, Sachakten, Nr. 1477, Bl. 005-006 zit. in: Shanghai: Der Punk im Schrank. Ein Report über die Einflußnahme des MfS auf die Punkrockszene in Sachsen-Anhalt. Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 6, Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, 1997 Magdeburg, S. 6.
- 38 Vgl. ebd.



Michael Viebig, Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) referiert auf der Tagung „Kein Krieg nirgends“ – Sowjetische Kriegsgefangene in Halberstadt und Umgebung am 25.06 2016.

Bericht über die wissenschaftliche Tagung „Kein Krieg nirgends“ – Sowjetische Kriegsgefangene in Halberstadt und Umgebung“ am 25. Juni 2016 in der Hochschule Harz in Halberstadt

Evelin Wittich

Als Winston Churchill am 22. Juni 1941 vom Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion erfuhr, reagierte er erleichtert. Gab es nun doch die realistische Hoffnung für Großbritannien, nicht durch die deutsche Wehrmacht besetzt zu werden. Die Opfer, die dieser Krieg kostete, waren allerdings mit 50 bis 60 Millionen Toten sehr hoch, davon 27 Millionen allein in der Sowjetunion. Die meisten von ihnen waren Zivilisten. Die Opfer unter den Soldaten, insbesondere die Situation der Kriegsgefangenen in der Region wollten die Veranstalter Rosa Luxemburg Club Harz und der Geschichtsverein Halberstadt und nördliches Harzvorland mit dieser öffentlichen Tagung genauer betrachten.

Dr. Jörn Schütrumpf, Historiker und Geschäftsführer des Karl Dietz Verlages Berlin, analysierte in seinem Eröffnungsbeitrag die Strategie Hitlers und seiner Militärs im Krieg gegen europäische Länder seit 1939 und die neue barbarische Strategie im „Plan Barbarossa“, dem Krieg gegen die Sowjetunion, der von vornherein als Vernichtungskrieg geplant war. Beginnend mit der sukzessiven Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen in der eigenen Bevölkerung wie den „Zigeunern“, Behinderten, Homosexuellen, politisch Andersdenkenden und den Juden war der Krieg im Osten ein Krieg gegen die Slaven und den „Bolschewismus“. Das zeigte sich auch in der Behandlung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern. In den ersten Monaten nach dem 22. Juni 1941 bis zur Schlacht vor Moskau machte die deutsche Wehrmacht mehr als 3 Millionen Kriegsgefangene für deren Versorgung und Unterbringung überhaupt keine Vorkehrungen getroffen wurden. Die meisten verhungerten oder erfroren auf dem Weg nach Deutschland, wenn sie nicht zu den ca. 140.000 Kommissaren gehörten, die während des gesamten Krieges sofort vor Ort erschossen wurden. Demgegenüber wurden bis zur Schlacht vor Moskau nur 7.000 deutsche Kriegsgefangene gemacht, stellte Dr. Tatjana Timofejeva von der Lomonossow Universität Moskau fest. Das änderte sich spätestens während und nach der Schlacht um Stalingrad, wo hunderttausende deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft gerieten. Lange Märsche in die Gefangenenlager, Hunger und Kälte forderten auch unter ihnen große Opfer. Timofejeva stellte in einem Dokumentarfilm, den sie für das Russische Fernsehen gedreht hat, Schicksale deutscher Kriegsgefangener vor. Ausschnitte daraus waren auf der Tagung zu sehen.

Konkrete Schicksale sowjetischer Kriegsgefangener – insbesondere das eines Armeniers, der überlebte – wurden in einem Schülerprojekt der KZ Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge erforscht und dokumentiert, vorgestellt in einem Film von Gesine Daifi, pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte.

Dr. Paul Kannmann, Pädagoge am Gymnasium in Burg, stellte seine eindrucksvollen Forschungsergebnisse zum Kriegsgefangenen-Stammlager Altengrabow und den in seiner Arbeit dokumentierten Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im heutigen Brandenburg und Sachsen-Anhalt und insbesondere in der Harzregion vor. Anhand von Informationen über Exhumierungen von Gefangenen legte Paul Kannmann den brutalen, menschenverachtenden Umgang bis hin zu den Erschießungen offen.

Außerordentlich aufschlussreich war auch der Vortrag von Michael Viebig, Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der sich mit Sondergerichten in Deutsch-

land, speziell in Mitteldeutschland, so auch dem Landgericht in Halberstadt beschäftigt hat. Im Mittelpunkt des Vortrages standen Verfahren wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen. Dabei ist auch hier ein selektives Vorgehen abzulesen: Beziehungen zu französischen, belgischen, italienischen Kriegsgefangenen wurden hart geahndet. Ungleich brutaler jedoch wurde geurteilt, wenn polnische Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter aus dem Osten involviert waren. Interessant ist auch die Bemerkung, dass mehr als 90 Prozent der Verfahren vor Sondergerichten auf Denunziationen von Mitbürgern zurückzuführen waren.

Erinnerungsarbeit heute ist dem Vorsitzenden des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge in Sachsen-Anhalt, Landtagspräsident a. D. Dieter Steinecke, ein ganz zentrales Anliegen. Engagiert forderte er auf, sich mit den Kriegseignissen auseinanderzusetzen und deren Folgen gerade jungen Menschen näher zu bringen. Einen interessanten Abschluss der Vorträge bildete der Beitrag von Sascha Gunold vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zur Geschichte der sowjetischen Garnison in Halberstadt.

Während lebhafter Diskussionsrunden beantworteten die Referenten zahlreiche Nachfragen. Ausschnitte aus dem Film „Die Abenteuer des Werner Holt“ ergänzten das Tagungsprogramm ebenso interessant wie die zweisprachige Rezitation und musikalische Interpretation von Jewgeni Jewtuschenkos „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ sowie Vorträge von Episoden aus den Kriegstagebüchern des Oberkommandos der Wehrmacht, dargeboten von Kerstin Lassak und Thomas Baldovski. Beendet wurde die Veranstaltung durch die Vorführung des Films „Und morgen war Krieg“ im Kino in der Zuckerfabrik.



Symposium der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ am 8. und 9. April 2016 im Niedersächsischen Landtag. Sitzungsleitung: Prof. Daniela Münkel, Referent: Hartmut Büttner.

„Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Eine Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages

Daniela Münkel

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2015 eine Enquetekommission eingesetzt, die das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Niedersachsen und die Kollaboration von Bürgerinnen und Bürgern mit dem SED-Regime aufarbeiten soll. Damit ist Niedersachsen das erste westdeutsche Bundesland, welches sich diesem dunklen Kapitel deutsch-deutscher Geschichte in dieser Form stellt. Den Anstoß für die Einrichtung der Enquetekommission gab nicht zuletzt eine mehrteilige, gut recherchierte Fernsehsendung des NDR, „Die Stasi – Mitten in Niedersachsen“, zu den Aktivitäten der Stasi in Niedersachsen. Da Niedersachsen eine der längsten Grenzen zur ehemaligen DDR hatte, stand das Bundesland besonders im

Fokus des SED-Regimes. Hinzu kamen einige Institutionen, die sich mit dem DDR-Unrecht befassten, wie die „Zentrale Erfassungsstelle“ in Salzgitter, die seit 1961 DDR-Unrecht systematisch dokumentierte und erfasste. Darüber hinaus standen vor allem die niedersächsischen Sicherheitsorgane, Wirtschaft und Wissenschaft im Mittelpunkt der Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit.

Die Kommission, der 17 Mitglieder angehören, davon elf Landtagsabgeordnete und sechs externe Sachverständige, trat am 21. April 2015 zu ihrer konstituierenden Sitzung erstmals zusammen. Der Abschluss der Arbeit ist für das Frühjahr 2017 geplant. Inhaltlich sind im Einsetzungsbeschluss neun Themenfelder benannt, denen sich die Enquetekommission widmen soll:

- „1. Ziele des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Niedersachsen,
2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele,
3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS,
4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS,
5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS,
6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS,
7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS,
8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären,
9. Täter identifizieren und deren Motivation offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten.“

Die Arbeit der Kommission gliedert sich in verschiedene Abschnitte: Zunächst galt es, sich einen Überblick über die Quellenlage und bereits vorhandene Vorarbeiten zu verschaffen. Dazu besuchten die Kommissionsmitglieder auch die Archive des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin und Magdeburg sowie das Niedersächsische Landesarchiv in Hannover. Darüber hinaus wurden diverse Anhörungen durchgeführt. So unterrichtete die Niedersäch-

sische Landesregierung die Kommission über Materialien und den Kenntnisstand zum Thema in den einzelnen Ministerien. Ebenso wurde über die Fragen nach der „Verankerung der Themen der DDR-Geschichte bzw. des DDR-Unrecht in den Lehrplänen für niedersächsische Schulen“, über die an „niedersächsischen Hochschulen angebotenen Lehrveranstaltungen und bestehende zeithistorische Professuren sowie vom Land Niedersachsen unterstützte Forschungsvorhaben zu den Themen DDR-Geschichte bzw. DDR-Unrecht“ informiert.

Ein weiterer wichtiger Komplex war die Anhörung von Stasiopfern. In zwei bewegenden Sitzungen berichteten Opfer der Staatssicherheit, die seit langem in Niedersachsen leben, über ihre Erfahrungen mit dem repressiven DDR-System, über ihre Haft und ihr Leben danach. Dabei wurden auch immer wieder Fragen von Renten und Entschädigungen thematisiert.

Für die Zukunft sind weitere Sachverständigenanhörungen und Zeitzeugenbefragungen zu den Themen des Einsetzungsbeschlusses geplant. Darüber hinaus hat die Enquete-Kommission eine wissenschaftliche Mitarbeiterin beauftragt, alle in Frage kommenden Quellenbestände in den diversen Archiven zu sichten und zu dokumentieren. Auf dieser Basis sollen dann nach Abschluss der Kommissionsarbeit valide Empfehlungen für zukünftige Forschungsprojekte zum Themenkomplex „Stasi in Niedersachsen“ ausgesprochen werden.

Eine erste Zwischenbilanz und die Präsentation bereits vorhandener Forschungen zum Thema „Stasi in Niedersachsen“ konnten am 8./9. April 2016 einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden. Nach einer allgemeinen Einführung über Methoden, Ziele, Strategien der DDR-Staatssicherheit in der alten Bundesrepublik, spannte sich der Bogen der Vorträge von den Aktivitäten des MfS an der Technischen Universität Braunschweig, über die „Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter“, die Ost-Akademie Lüneburg, den Fall des mysteriösen Todes des Fußballspielers Lutz Eigendorf bis hin zur Städtepartnerschaft zwischen Braunschweig und Magdeburg sowie der Präsenz der Stasi im südniedersächsischen Grenzgebiet. Der zweite Tag des Symposiums war der didaktischen und medialen Vermittlung des Themas gewidmet. Hier kamen Praktiker aus Schule, Gedenkstätten, politischer Bildung und Pressearbeit zu Wort. Die Resonanz

auf die Konferenz war durchweg positiv und die breite mediale Berichterstattung über die Veranstaltung unterstreicht nochmals die Relevanz des Themas. Die Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission werden dem Landtag und der Öffentlichkeit in Form von drei Publikationen zugänglich gemacht: Als erster Band ist die Veröffentlichung eines kommentierten Findbuches zu den Akten in den Archiven des BStU, des Niedersächsischen Landesarchivs und seinen diversen Standorten, die für die Themenbereiche des Einsetzungsbeschlusses relevant sind, geplant. In einem zweiten Band werden die Beiträge des Symposiums publiziert. Der dritte Band dokumentiert die Zeitzeugenanhörungen.

Das breite öffentliche und mediale Interesse an der Arbeit der Enquetekommission zeigt einmal mehr, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur und dem Wirken ihrer Geheimpolizei ein gesamtdeutsches Thema ist und sein muss.

Aus der Arbeit der Stiftung





Die Teilnehmer des Internationalen Workcamps.

„Den Frieden selbst gestalten“.

Das Internationale Jugendcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zu Gast in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Andreas Froese-Karow

Vom 23. Juli bis zum 7. August 2016 waren 22 Jugendliche und junge Erwachsene aus sieben Ländern gemeinsam mit fünf Team-Betreuenden unterwegs in Sachsen-Anhalt und Berlin. Als Teilnehmende des Internationalen Jugendcamps des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. setzten sie sich zwei Wochen lang unter dem Motto „Den Frieden selbst gestalten“ mit der Geschichte von Krieg und Gewalt im 20. Jahrhundert in Europa und mit der gegenwärtigen Gedenkkultur in Deutschland auseinander. Zum Programm gehörten Besuche und Pflegearbeiten in mehreren Grab- und Gedenkstätten. Neben dem Westfriedhof in Magdeburg und dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin zählte auch die Gedenkstätte Feldscheune Isen-

schnibbe Gardelegen zu den besuchten Orten. Es war das erste Jugendcamp in dieser Gedenkstätte seit ihrer offiziellen Aufnahme in die landeseigene Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Nach ihrer Ankunft in der Gedenkstätte begrüßten Gardelegens Bürgermeisterin Mandy Zepig, Volksbund-Kreisvorsitzender Hans-Joachim Becker und Gedenkstättenleiter Andreas Froese-Karow die Jugendlichen. Aus Magdeburg waren der Volksbund-Landesvorsitzende und ehemalige Landtagspräsident Dieter Steinecke sowie der Volksbund-Landesgeschäftsführer Jan Scherschmidt und Jugendreferent Friedrich Armin Bethke in die Gedenkstätte gereist, um die Teilnehmenden persönlich willkommen zu heißen. Anschließend führte Andreas Froese-Karow die jungen Besucherinnen und Besucher aus Belarus, Deutschland, Italien, Polen, Syrien, der Türkei und der Ukraine durch das Gelände der Gedenkstätte. Die gemeinsame Verständigung innerhalb der Gruppe erfolgte auf Englisch mit gelegentlicher Übersetzung in andere Sprachen.

Für die meisten Teilnehmenden war es der erste Besuch der Gedenkstätte in Gardelegen. Einige hatten bereits vor ihrer Anreise zum Jugendcamp von der Geschichte des Feldscheunen-Massakers im April 1945 gehört. Bei ihrem gemeinsamen Rundgang durch die Gedenkstätte interessierten sich die jungen Menschen sowohl für die Geschichte des Todesmarschverbrechens und der nachkriegszeitlichen Gedenkkultur als auch für das neue Besucher- und Dokumentationszentrum, das in den kommenden Jahren durch finanzielle Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt auf dem Gelände der Gedenkstätte entstehen wird. Auch an Fragen nach unterschiedlichen Formen und Traditionen des Gedenkens an die NS-Verbrechen im geteilten Deutschland nach 1945 und an Vergleichen mit aktuellen Beispielen für Rassismus, Gewalt und Kriegsverbrechen im internationalen Kontext waren die Teilnehmenden des Jugendcamps interessiert.

Anknüpfend an das US-amerikanische Magazin „Life“, das die Fotos vom Feldscheunen-Massaker bereits im Mai 1945 unter dem Titel „Der Holocaust von Gardelegen“ veröffentlicht hatte, gestaltete Gedenkstättenleiter Andreas Froese-Karow gemeinsam mit den Teilnehmenden des Jugendcamps einen Workshop zum Thema „Holocaust“. Dabei ging es sowohl um eine begriffs- als auch um eine ereignisgeschichtliche Einordnung dieses Todesmarschverbrechens in eine Gesamtperspektive. Anhand von





Workcampteilnehmerinnen beim Reinigen von Metallkreuzen auf dem Ehrenfriedhof.

Quellenbeispielen aus verschiedenen Jahren wurden den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffs „Holocaust“ im zeitlichen Wandel und sein spezifischer Bezug zum Massaker von Gardelegen deutlich.

Neben pädagogischen Methoden, inhaltlicher Gruppenarbeit und Diskussionsrunden stand für die Teilnehmenden des Jugendcamps auch die Pflege des Ehrenfriedhofs auf dem Programm. In Kleingruppen reinigten sie die Metallkreuze und die Kiesoberflächen der mehr als tausend Einzelgräber von wetterbedingten Verschmutzungen und Wildwuchs. Im Gegensatz zum thematischen Workshop, der in diesem Jahr von Seiten der Gedenkstätte zum ersten Mal stattfand, griff die Grabpflege eine lange Tradition der jährlichen Jugendcamp-Besuche in Gardelegen auf. Im Mittelpunkt stand dabei weniger die eigentliche Pflegearbeit als vielmehr eine persönliche Annäherung der jungen Erwachsenen an den Ehrenfriedhof, ein besonderer und einzigartiger historischer Gedenkort in Sachsen-Anhalt. Abends lud der Rotary Club Gardelegen die Teilnehmenden des Jugendcamps zu einem gemütlichen Grillabend in den Ferienpark Zichtau bei Gardelegen ein.

Nach ihrem zweitägigen Aufenthalt in der Altmark kehrten die jungen Erwachsenen nach Magdeburg zurück. Die Mitarbeitenden der Gedenkstätte Feldscheune Isenschibbe Gardelegen danken allen Teilnehmenden und Mitwirkenden des Internationalen Jugendcamps 2016 und freuen sich bereits auf eine Fortsetzung dieses spannenden Vermittlungsformats gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. im kommenden Jahr.



Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Tangermünde

Edda Ahrberg, Daniel Bohse

Nach jahrelangen Bemühungen erinnert seit dem 18. Oktober 2016 eine Informationstafel auf dem Burgberg in Tangermünde an die Opfer der sowjetischen Besatzungspolitik in der Stadt. Der Text auf der Tafel lautet: „Im Kapitelturm, im ehemaligen Amtsgericht und in der Alten Kanzlei hielt die sowjetische Besatzungsmacht 1945 Zivilisten gefangen, für die hier ein Leidensweg in sowjetische Speziallager und Gefängnisse begann, den sehr viele Menschen nicht überlebten. Wir gedenken der Opfer!“

Grundlage für die Errichtung einer Gedenkstele mit der Informationstafel war ein mehrheitlich gefasster Stadtratsbeschluss im Dezember 2015, dem eine kontroverse Diskussion vorausgegangen war. Die Initiative für das Vorhaben ging von Liese-Lore Hopp aus. Ihr Vater war von 1942 bis 1945 Schulleiter in Rogätz, wurde als NSDAP-Mitglied am 12. August 1945 von sowjetischen Soldaten festgenommen und starb am 10. Juli 1947 im Speziallager Sachsenhausen. Seit vielen Jahren hatte sie sich mit Unterstützung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und der jeweiligen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen um ein Erinnern an die unmittelbare Nachkriegszeit in Tangermünde bemüht. Nun konnte sie an der feierlichen Veranstaltung zur Einweihung der Tafel zur Erinnerung an die im Sommer und Herbst 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht auf dem Burgberg in Tangermünde internierten Männer und Frauen teilnehmen.

Während der Veranstaltung zitierte Liese-Lore Hopp aus Kassibern ihres Vaters, die er aus der Haft auf dem Tangermünder Burgberg herauschmuggeln konnte. In einem Kassiber vom 20. August 1945 heißt es: „Liegen auf der Burg, in einem mittelalterlichen Speicher, 260 Mann in 2 Etagen, aus dem ganzen Bezirk Magdeburg. Arbeiten nicht, nur herumsitzen, hungern nach Luft, Licht und Freiheit. Ich sehne mich nach der Tagelöhnerarbeit, wie glücklich war ich trotz ihrer Schwere. Verpflegung ist leidlich. Etwas abnehmen werde ich natürlich, das schadet aber nichts. – Der Russe räumt



Liese-Lore Hopp bei der Gedenkveranstaltung am 18. Oktober 2016 vor der neu errichteten Gedenkstele auf dem Burgberg in Tangermünde.

scheinbar das Gebiet nicht, alle Kameraden haben den Eindruck. Wir sind auch nicht die einzigen, die weggekommen sind, mehrere werden folgen.“ Frau Hopp gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das Sprechen über diese Vergangenheit die Schrecken der Kriege und deren Folgen verdeutlichen könne und somit künftige Kriege verhindern helfe.

Weiterhin sprachen der Tangermünder Bürgermeister Jürgen Pyrdok, der Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg Daniel Bohse, der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt Dr. Carl Gerhard Winter und die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt Birgit Neumann-Becker zu den zahlreich erschienenen Besuchern. Unter diesen waren Angehörige von ehemaligen Speziallagerhäftlingen, Vertreter von Häftlingsorganisationen und Mitglieder des Stadtrats von Tangermünde. Während der Veranstaltung wurde bekannt, dass acht Tage zuvor eine der letzten Zeitzeugen, die in Beetzendorf geborene Elisabeth Neudeck im Alter von fast 97 Jahren in Österreich verstorben ist. Sie war im dritten Monat schwanger, als sie 1945 nach Tangermünde verbracht und dort inhaftiert wurde. Ihren Sohn musste sie im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen zur Welt bringen.



Die Burg Tangermünde gehörte im Sommer und Herbst 1945 zu den zahlreichen Gebäudekomplexen in Mittel- und Ostdeutschland, in denen Einheiten der Roten Armee und sowjetischer Sicherheitsdienste deutsche Zivilisten inhaftierten, bevor diese als sogenanntes Spezialekontingent ohne gerichtliche Untersuchung der gegen sie erhobenen Vorwürfe auf unbestimmte Zeit in Internierungslager überführt wurden. Im Unterschied zu den Amerikanern und Briten, die die Altmark von Mitte April bis Ende Juni 1945 besetzt hatten, fassten die sowjetischen Einheiten den Kreis der zu Internierenden deutlich größer. Die Angehörigen erhielten von den Festgenommenen bzw. „Abgeholt“ oftmals nie wieder eine Nachricht oder ein Lebenszeichen: Fast 43.000 der 122.000 Internierten verstarben in einem der zehn vom NKWD bzw. MGB betriebenen Speziallager und Gefängnisse, viele auch in einem der unzähligen sogenannten GPU-Keller, in Sammelgefängnissen oder nach der Deportation in Arbeitslagern auf dem Territorium der Sowjetunion.

Die Tangermünder Burg, zuvor Sitz des Amtsgerichts, wurde von Juli bis mindestens November 1945 als Sammelgefängnis durch die Gegenauflösung SMERSCH der 3. Stoßarmee genutzt, die mit ihrem Stab im benachbarten Stendal stationiert war. Auf der Grundlage von Einlieferungslisten des Speziallagers Weesow, ab September 1945 Sachsenhausen, bzw. der Begleitpapiere zu Häftlingstransporten dorthin lassen sich Aussagen zu den in Tangermünde inhaftierten Männern und Frauen treffen. Für den Zeitraum August bis November 1945 sind sechs Transporte mit insgesamt 491 Häftlingen überliefert, zu denen als Abgangsort Tangermünde entweder vermerkt oder aufgrund der Unterschrift des Verantwortlichen, Gardemajor Pronin als Chef der SMERSCH der 3. Stoßarmee, nachvollziehbar ist. Bei drei weiteren Transporten vom August 1945 mit 318 Häftlingen ist nicht sicher, ob sie auch von Tangermünde oder vom Landgerichtsgefängnis Stendal aus nach Weesow geschickt wurden.

Die meisten der in Tangermünde Inhaftierten stammten aus der Altmark und Börde, viele auch aus dem nördlichen Harzvorland. Für 15 verzeichnen die Unterlagen der SMERSCH die Stadt Tangermünde als letzten Wohnort. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in Tangermünde in der zweiten Jahreshälfte 1945 weitaus mehr Menschen von Festnahmen betroffen waren, da in der Region auch andere sowjetische Einheiten, vor allem des NKWD, Zivilisten abholten und in Speziallager, überwiegend nach Ket-

schendorf, überführten. Gegen nicht wenige Festgenommene ermittelten zudem die sowjetischen Offiziere aufgrund mannigfaltiger und oft auch konstruierter Vorwürfe, wie Widerstand bzw. Propaganda gegen die Besatzungsmacht, die Beteiligung an NS- und Kriegsverbrechen oder die Misshandlung sowjetischer Fremdarbeiter und Kriegsgefangener. Zumeist nach Magdeburg oder Halle überführt, mitunter aber auch in Stendal und anderen Städten der Region, sahen sie sich sowjetischen Militärtribunalen (SMT) gegenüber, die sie zu Lagerstrafen von 10 Jahren bis lebenslänglich oder zum Tode verurteilten. Für Bewohner der Altmark und Börde sind für die Jahre 1945 bis 1952 Hunderte SMT-Verfahren überliefert.

Den meisten der im Spätsommer und Herbst 1945 im Burgkomplex in Tangermünde Festgehaltenen machten die sowjetischen Besatzer zum Vorwurf, in der NSDAP auf Ebene der Ortsgruppe oder niedriger eine Funktion ausgeübt zu haben: z. B. Blockleiter, Ortsgruppenkassenleiter, Frauenschaftsleiterin usw. Bei manchen reichte die bloße Parteimitgliedschaft oder ein Amt – z. B. stellvertretender Bürgermeister –, bei Jugendlichen pauschal der Vorwurf „Werwolf“ als Haftgrund aus. Sie alle fielen unter die vom NKWD im April 1945 festgelegten Internierungskriterien. Nur wenigen der hier im ehemaligen Amtsgericht, im Kapitelturm und in der Alten Kanzlei Inhaftierten gelang es, Briefe an ihre Angehörigen herauszuschmuggeln, die für diese oft ein letztes Lebenszeichen waren, uns aber heute in die Lage versetzen, nachvollziehen zu können, unter welchen Bedingungen die Männer und Frauen hier über Wochen in Haft gehalten wurden.

Die hohe Todesrate unter den Speziallagerinsassen betrifft natürlich auch die hier inhaftierten und anschließend in Speziallager deportierten Menschen aus der Region. Die unsäglichen Haftbedingungen – mangelhafte Ernährung, schlechte hygienische Zustände, erzwungene Untätigkeit und Ungewissheit über das eigene Schicksal und das ihrer Angehörigen – führten nicht nur im Hungerwinter 1946/47 zum Tod unzähliger Menschen. Die mittlerweile für die meisten Speziallager erstellten Totenbücher geben hierüber Auskunft und reißen zugleich viele der verstorbenen Häftlinge aus der Anonymität. Denn ihr Schicksal durfte bis 1989 in der DDR offiziell nicht thematisiert werden, viele Angehörige erhielten erst Ende der 1950er Jahre oder erst nach dem Ende der DDR Auskunft. Daher verwundert es auch nicht, dass die Listen der im Sommer 1948



aus dem Speziallager Sachsenhausen Entlassenen nur wenige Namen enthalten, die sich bereits auf den die Transporte aus Tangermünde betreffenden Einweisungslisten fanden.

Die letzten sowjetischen Speziallager wurden Anfang 1950 aufgelöst. Der Vorwurf, der der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren deutschen Helfern gemacht werden muss, liegt nicht in der Festnahme der Menschen an sich, sondern in der menschenverachtenden Unterbringung, der bis zum Schluss nicht durchgeführten Überprüfung der Haftgründe nach rechtlichen Normen und dem Verschweigen des Schicksals der Verhafteten.

Die auf dem Tangermünder Burgberg eingeweihte Gedenkstele soll an dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte erinnern. Sie wurde durch die Stadt Tangermünde und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V. mit Mitteln der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt und privaten Spenden errichtet. Damit war einer auf ehrenamtlichem Engagement basierenden Initiative Erfolg beschieden, auf einen der zahlreichen weitgehend unbekanntem bzw. vergessenen Orte des an vielen Männern, Frauen und Jugendlichen begangenen Unrechts und ihres Leidens hinzuweisen.



Autoren

Edda Ahrberg ist freischaffende Publizistin in Cobbel (Altmark) | **Dr. Susan Baumgartl** ist Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | **Jana Birthelmer** ist wissenschaftliche Volontärin in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen | **Daniel Bohse** ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg | **György Dalos** ist ungarischer Schriftsteller, Dissident und Historiker | **Prof. Dr. Kerstin Dietzel** ist Professorin für Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Elementarpädagogik an der Fachhochschule Clara Hoffbauer Potsdam | **Andreas Froese-Karow** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen | **Prof. Dr. Daniela Munkel** ist Projektleiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BSTU | **Rainer Potratz** ist Referent für Historische Forschung, Gedenkstätten und Öffentlichkeitsarbeit bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur | **Alexander Richter-Kariger** ist Redaktionsleiter und freier Autor | **Dr. Evelin Wittich** ist Mitarbeiterin in der Rosa Luxemburg Stiftung | **Prof. Dr. Ilona Wuschig** ist Journalistin, Expertin für Medien und Partizipation und Vorstandsvorsitzende im gemeinnützigen Mitgliederverein der Magdeburger Akademie für Praxisorientierte Psychologie MAPP e. V.

Fotonachweis

Titelbild: Kontrollspiegel im Bereich Einreise PKW der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn. Nikolaus Becker | S. 1: György Dalos | S. 10: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Laura Bender) | S. 22: Rüdiger Herm | S. 24, 29: Achim Walther | S. 34: Hochschule Magdeburg-Stendal, M.A. Cross Media | S. 38: Stefan Mittelstädt | S. 41: Markus Augé, Nica Giuliani, Jörg Hartwig, Stefanie Lange | S. 46, 48: Alexander Richter-Kariger | S. 53: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Wolfgang Thiessner) | S. 64: Nikolaus Becker | S. 74: Evelin Wittich | S. 77: Niedersächsischer Landtag | S. 82, 84: Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen (Andreas Froese-Karow) | S. 87: Edda Ahrberg

Impressum

Herausgeber: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Susan Baumgartl | Daniel Bohse | Matthias Ohms | Sven
Sachenbacher | Michael Viebig

Gestaltung | Druck: behnelux gestaltung, Halle (Saale) | garlow media, Magdeburg

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autoren die Verantwortung.

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr
Freitag 9 bis 13 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13 bis 17 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 9 bis 16 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | phone (03941) 56 73 24 | phone/fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 9 bis 15.30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober | jedes letzte Wochenende im Monat
14 bis 17 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | phone (03907) 716 176 | fax (03907) 716 111
mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10 bis 14 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10 bis 16 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13 bis 17 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599
mail: anmeldung-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 16 Uhr
Donnerstag 9 bis 18 Uhr | Freitag 9 bis 14 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: täglich 10 bis 17 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Grenzdenkmal Hötensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT